

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

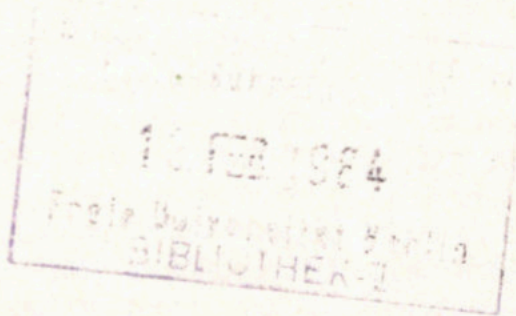
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Februar 1984

Einzelheft 4,- DM

XXIV. Jahrgang

D 3476 E



Die größte gesellschaftspolitische Auseinandersetzung dieses Jahrzehnts in unserem Land hat begonnen. Die Gewerkschaften, die sich dafür entschieden haben, die 35-Stunden-Woche jetzt durchzusetzen, allen voran die IG Metall und die IG Druck und Papier, sammeln ihre Kräfte. Jedem Gewerkschafter dürfte klar sein, daß dieser Kampf außerordentlich schwierig wird. Sein Ausgang und das dann vorweisbare Ergebnis werden maßgeblich davon bestimmt sein, wie es gelingt, die Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren. Dies ist aber am ehesten in den Betrieben möglich.

Auf der Solidaritätskonferenz der IG Metall in Frankfurt erklärte deren Vorsitzender, Hans Mayr, daß seine Gewerkschaft in den nächsten Wochen den Belegschaften in der unmittelbaren Konfrontation mit den Unternehmern im Betrieb den Charakter des Konflikts verdeutlichen werde. Auf dieser Linie liegt auch die Aktion der IG Metall im Bezirk Stuttgart. Hier werden die Unternehmer auf den „Prüfstand“ gestellt und an ihren eigenen Argumenten gemessen. Es ist ihnen dann nicht mehr möglich, sich mit allgemeinen volkswirtschaftlichen Daten, die von dem einzelnen Beschäftigten sowieso nicht nachprüfbar sind, aus der Affäre zu ziehen. Sie werden anhand ihrer eigenen Praxis gewogen, und da kann man

ganz sicher sein —, als zu leicht befunden. Es wäre allerdings falsch, den Gegner und seine Stärke zu unterschätzen. Die IG Metall richtet sich, wie Hans Mayr sagte, darauf ein, die 35-Stunden-Woche gegen den geschlossenen Widerstand des gesamten Unternehmerlagers sowie gegen die Bundesregierung und die sie tragenden politischen Kräfte zu erstreiten. Da dies so ist, kann der Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht nur Angelegenheit der Gewerkschaften sein, die jetzt unmittelbar in die Auseinandersetzung gehen, sondern aller Gewerkschaften des DGB, also auch derjenigen, die in der Arbeitszeitfrage der Tarifrrente den Vorzug geben. Auch diese haben auf dem letzten DGB-Bundeskongreß die Entschlossenheit bekräftigt, „durch ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchzusetzen“. In diesen Gewerkschaften ist solidarisches Bewußtsein vorhanden, das sich in dem Maße, wie sich die Auseinandersetzungen zuspitzen werden, in aktive Solidarität umsetzen wird. Aber dies geschieht nicht im Selbstlauf, vielmehr muß diese Solidarität, wenn sie Wirkung erzielen soll, organisiert werden.

Bei dieser unumgänglichen Koordinierung wächst dem DGB-Bundesvorstand eine große Aufgabe zu. Der Aufforderung des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit auf der Solidaritätsveranstaltung der IG Metall, angesichts der Haltung der Unternehmer und der Bundesregierung: „Setzen wir unsere gemeinsame Kraft dagegen“, müssen nunmehr Taten folgen. Wenn der Generalsekretär des IMB, Hermann Rebhahn, meinte, der Kampf der IG Metall um die 35-Stunden-Woche sei schicksalbestimmend für die Arbeitnehmer über die Grenzen der Bundesrepublik und Europas hinaus, dann muß auch internationale Solidarität organisiert werden. Die Rechnung der Unternehmer wird nicht aufgehen, wenn die Gewerkschafter zusammenstehen. Sorgen wir alle dafür, daß denen, die Wind säten, der Sturm ins Gesicht bläst.

Jetzt heißt es mobilisieren und koordinieren

2/84

Aus dem Inhalt:

Regierung mißverstehet sich als Unternehmerunterstützungsverein	2
Unternehmer auf den Prüfstand und dann auf die „Anklagebank“	4
Preise, Produktivität, Umverteilung Das Tarifprogramm der IG Chemie	5
„Aufkaufen — zumachen!“ Warum war Grundig am Ende?	9
Kostenargumentation der Unternehmer wie Kursentwicklung an New Yorker Börse Interview mit Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Druck und Papier	11
„Gewerkschaftsbewußtsein“ — ein Grundproblem des VS	12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

IG-Metall-Aktion Leistungsschraube stop!	
Willi Bleicher: Gewappnet bleiben gegen Angriffe von rechts	
Ausländerfeindlichkeit nutzt Spaltung der Gewerkschaften	13—24
AfA-Konferenz für Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum	27
Parteitag der DKP orientiert auf „Frieden und Arbeit“	28
Ein Novum in der Sozialversicherung: Bei längerer Krankheit — Beitrag	30
DDR: Nach wirtschaftlichem Erfolg auch für dieses Jahr große Ziele	32
Talbot und kein Ende? Die Probleme bleiben	34

Regierung mißverstehet sich als Unternehmer-Unterstützungs-Verein

Das zentrale Thema der Neujahrspressekonferenz des DGB-Bundesvorstandes am 17. Januar in Düsseldorf war, wie nicht anders zu erwarten, die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Diese Tarifrunde, meinte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, sei keine wie jede andere. Hier stießen zwei verschiedene strategische Konzepte aufeinander. Er verwies hierbei auf das Konzept des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, das dieser 1977 zum ersten Mal vorstellte. Es beruhe auf drei Säulen: Verkürzung der Arbeitszeit, Förderung des qualitativen Wachstums und soziale Beherrschung des technischen Fortschritts.

Das Gegenkonzept der Unternehmer habe darin bestanden, den Tabukatalog zu aktualisieren und in ihn die Verkürzung der Arbeitszeit und den Ausbau der Mitbestimmung aufzunehmen. Die Vorstellungen der Unternehmer seien im Oktober 1982 in den Rang eines Regierungsprogramms erhoben worden. Auf eine kurze Formel gebracht, ziele es auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmer durch die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Zweimal CDU

1983

CDU-Bundeskanzler Kohl meinte, die Förderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche sei „absurd, dumm und töricht“.

1965

In einem Flugblatt der CDU zur Bundestagswahl wurde nicht nur versprochen, den durchschnittlichen Stundenlohn des Arbeiters bis zum Jahre 1975 zu verdoppeln. Seine Arbeitszeit werde in diesem Zeitraum auch „auf 35 Stunden in der Woche fallen“. Zur Bekräftigung wird dann noch vermerkt: „Die SPD macht Versprechungen, und die CDU/CSU hält sie.“

Das Anspruchsdenken der Unternehmer nehme aufgrund der praktischen und moralischen Unterstützung durch die Regierung, die sich zunehmend als Unternehmer-Unterstützungs-Verein mißverstehet, Ausmaße an, daß dies von den Gewerkschaften nicht hingenommen werden könne. Die Unternehmer sollten nicht glauben, „daß sie alles gleichzeitig haben könnten, z. B. höhere Gewinne, niedrigere Steuern, unveränderte Arbeitszeiten, sinkende Reallohne der Arbeitnehmer, dazu fortlaufenden Sozialabbau, Abbau der Arbeitnehmerschutzrechte, Aushöhlung von Mitbestimmungsrechten, uneingeschränkte Zustimmung zu den neuen Informationstechnologien und gleichzeitig millionenfache Arbeitslosigkeit, die ihnen die Durchsetzung all dieser Ziele erleichtert“.

Es seien immer die Unternehmer, die wirtschaftliche Entscheidungen fällen, und sie würden dies selbstverständlich immer in ihrem Interesse tun. Breit verwies auf die Schwierigkeiten des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, die Berechtigung ihrer Forderungen nachzuweisen. Die Machtpositionen der Unternehmer erlaubten es ihnen, Vorschriften des Jugendarbeitsschutzes in „ausbildungshemmende Vorschriften“ zu verwandeln. Er meinte dann, wer die größere Macht habe, der habe keineswegs immer die besseren Argumente, aber die größere Möglichkeit, solche Tatbestände zu schaffen, die seine Argumente als die besseren erscheinen zu lassen.

Wer aber nun erwartet hatte, daß Ernst Breit etwas dazu sagen würde, wie der DGB nun darangehen will, das propagandistische Trommelfeuer der Unternehmer und ihrer Verbündeten im politischen Raum zu durchbrechen und den unver-

meidlichen Kampf zu unterstützen gedenkt, sah sich getäuscht. Auch bei der Beantwortung von Fragen der Journalisten hielt sich Breit bedeckt und flüchtete meist in allgemeinste Formulierungen.

Nach weiteren Friedensaktivitäten des DGB befragt, meinte Breit, daß es für den DGB keine Ursache gebe, dieses Thema zu den Akten zu legen. Besonders am 1. September sei mit gewerkschaftlichen Aktivitäten zu rechnen. Über die Teilnahme an den diesjährigen Ostermärschen sei noch nicht beraten worden. Bekanntlich hatte sich der DGB-Bundesvorstand in früheren Jahren außerordentlich schwergetan, sich hier positiv zu entscheiden.

Von NACHRICHTEN befragt, teilte Ilse Brusis, verantwortlich für die Jugend im DGB-Bundesvorstand, mit, daß die Spenden, die im Rahmen einer Aktion der DGB-Jugend für Nicaragua aufgebracht wurden — über eine halbe Million Mark — nach Nicaragua überwiesen worden seien. Diese Mittel würden für den Aufbau eines Ausbildungszentrums auf der Insel Solentiname verwandt.

Im Gespräch mit NACHRICHTEN verwies Lothar Zimmermann, zuständig für die Tarifpolitik, darauf, daß es von historischer Bedeutung sei, daß alle Mitgliedsgewerkschaften des DGB in einem historisch außerordentlich kurzen Zeitraum in der Frage der Arbeitszeitverkürzung kampffähig würden, da die entsprechenden Tarifverträge gekündigt oder bald kündbar seien. Die Solidarität unter den DGB-Gewerkschaften sei größer als dies gegenwärtig nach außen erscheine. Er sehe seine Aufgabe gegenwärtig darin, dafür zu wirken, daß die größtmögliche Solidarität im Kampf um Arbeitszeitverkürzungen hergestellt werde.

H. Sch.

GLOSSE

Die Besten

Es besteht überhaupt kein Grund zur Sorge um unser Land und Wohlergehen. Die politische Führung in Bonn ist selbstverständlich von hoher Qualität, seriös, integer, klug, von großer Sachkenntnis, moralisch sauber und unfehlbar. Jedenfalls fast.

Gewiß, da ist der Kanzler und CDU-Vorsitzende; der ist manchmal ein bißchen ahnungslos, weshalb er dann und wann mit einer bestimmten Sorte Stengelobst verglichen wird. Und manche Leute behaupten, daß ihn mit seiner Sekretärin nicht nur die Arbeit verbinden soll. Bisweilen flunkert er auch mal, etwa wenn es um Lehrstellen geht. Aber ansonsten ist er ganz sauber.

Na ja, dann ist da Heiner Geißler, der CDU-Generalsekretär und Familienminister. Er hat sich nicht immer unter Kontrolle, tobt und beleidigt gern, wenn er schlechte Argumente hat. Und Pazifisten

haßt er mehr als Nazis. Aber ansonsten hat er manchmal einen kühlen Kopf.

Auch der Innenminister Zimmermann von der CSU! Sieht man davon ab, daß er mal einen Meineid geschworen hat, die SS-Hilfsorganisation „Hiag“ aus der Liste der rechtsextremistischen Organisationen streichen ließ und im übrigen einen Horror vor Ausländern und allen Leuten hat, die links von ihm und Strauß stehen, dann ist er ein ganz normaler Demokrat.

Mag sein, daß Graf Lambsdorff, der Wirtschaftsminister von der FDP, ein bißchen bestechlich ist, wie die Staatsanwaltschaft meint. Doch wenn man's ihm nachsieht, ist er ganz ehrlich.

Nun schön: Der Wörner, Verteidigungsminister und CDU! Gebietet über Vernichtungsmaschinen für Millionen Menschen und ganze Völker! Natürlich muß der ein ganz besonders makelloser Charakter sein. — Ist er ja auch, wenn man mal von seinem Skandal absieht...

Summa summarum: CDU/CSU und FDP haben unserem Volk zur politischen Führung die besten Männer gegeben, die sie haben. — Bessere haben sie nicht. okulus

Den Spaltern keine Chance

Hans Janßen, im Vorstand der IG Metall verantwortlich für die Tarifpolitik, sagte es unmißverständlich: „Dem Kapital und seinen Helfershelfern in der Politik geht es offenkundig darum, die gegenwärtige Krise zur Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften zu nutzen.“ Damit wollten sie „die Existenz der Gewerkschaften als unabhängige, widerstandsfähige und demokratische Organisation zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen“ treffen.

Die „Frankfurter Allgemeine“, das Leib- und Magenblatt des Großkapitals, unternimmt die größten Anstrengungen, um nicht zu leugnende Differenzen zwischen einzelnen Gewerkschaften zu vertiefen, den Spaltplatz in die Gewerkschaften zu schmuggeln, in der nicht unbegründeten Hoffnung, daß, wenn ihre Vorstellungen zum Tragen kämen, die Gewerkschaften kampfunfähig würden.

In einem Artikel „Die Kluft wird tiefer“ wird am 2. Januar der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß über das Vehikel der Arbeitszeitfrage wohl auch entschieden wird, welche ideologische Richtung künftig innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung größeren Einfluß haben wird“. Den „Gegenmacht-Theoretikern“ ginge es angeblich beim Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht zuletzt um den Kampf an sich, hingegen würden sich die „Pragmatiker“ für diesen Staat mitverantwortlich fühlen und die Konfrontation um der Konfrontation willen ablehnen.

Am 19. Januar werden dann „Bruchlinien im Gewerkschaftsbund“ festgestellt. Es habe immer Gewerkschaftsführer gegeben, die nicht blind ideologischen Parolen

folgten, sondern neue Wirklichkeiten erkennen und danach handeln wollten, zum Beispiel Georg Leber. „Die fünf Gewerkschaften, die jetzt versuchen, mit einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit Entlastung für den Arbeitsmarkt zu schaffen, handeln ähnlich, nämlich im Geist einer vorwärtsorientierten Politik.“ Die Absicht wird deutlich, die Guten nach Meinung der FAZ, die die Vorruhestandsregelung jetzt bevorzugen, ins Töpfchen, die Schlechten aber, die die 35-Stunden-Woche anvisieren, ins Kröpfchen. Sie werden diffamiert. Ihnen wird unterstellt, daß sie nicht die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sondern nur den Kampf wollten. Sie sollen zu Radikalismus gestempelt werden, die unfähig zu einer rationalen Politik sind.

Diese hinterhältige Strategie der Spaltung muß durchkreuzt werden. Sicherlich werden dazu die Gewerkschaften, die die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht als vorrangiges Ziel ansehen, einen wichtigen Beitrag zu leisten haben. Der beste wird die praktische Solidarität mit denen sein, gegen die sich der Hauptstoß der Unternehmer und ihrer Freunde richtet. Vor allem die IG Metall und ihre Funktionäre, auf die sich das Feuer der unternehmerhörigen Medien konzentriert, bedürfen der Unterstützung.

Der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, wehrt sich in „metall“ vom 6. Januar gegen die Versuche der Unternehmer, die Gewerkschaften in „vernünftige“ und „unvernünftige“ auseinanderzudividieren. Seine Schlußfolgerung: „Wir müssen diesen durchsichtigen Manövern geschlossen entgegentreten.“

H. Sch.

Quadratur des Kreises

Die SPD will das nunmehr 25 Jahre alte Godesberger Programm erneuern. Die Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand legte nunmehr einen Entwurf für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vor. Sein Titel: „Arbeit für alle — Die Zukunft gestalten“.

Obwohl schon der erste Satz auf die Massenarbeitslosigkeit verweist, wird aber eine Analyse der Ursache der Arbeitslosigkeit nicht vorgenommen. Es findet sich der lapidare Hinweis, daß Arbeitslosigkeit kein Naturereignis wäre und die Feststellung, daß sie „immer auch die Folge politischer Fehleinschätzungen und politischen Fehlverhaltens“ sei. Aber letzteres ist eine Binsenweisheit. Den Mut, zu sagen, daß sich Arbeitslosigkeit aus der Profitlogik des Kapitalismus ergibt, hatte man nicht, möglicherweise aber auch nicht die Einsicht.

Es wäre sonst unmöglich gewesen, folgenden Satz zu formulieren: „Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich.“ Das ist aber nichts anderes als die Zustimmung zum ganz normalen Kapitalismus. Wenn es dann noch heißt: „Sozialdemokraten gehen in der Bundesrepublik Deutschland von einer marktwirtschaftlichen, aber sozial verpflichteten Wirtschaftsordnung aus“, dann wird hier die Quadratur des Kreises angestrebt oder versucht, Feuer und Wasser zu vereinen. Wo aber unterscheidet sich hier im Grundsatz die SPD von CDU oder FDP?

H. Sch.

Vernunft

Die DDR lasse sich auch weiterhin von der alten Volksweisheit leiten, daß es auf jeden Fall besser sei, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen. Dies erklärte Egon Krenz, Mitglied des Politbüros der SED, auf dem Parteitag der DKP in Nürnberg. Der Redner vertrat diese Auffassung, obwohl er feststellte, daß mit der begonnenen Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles sich die USA anschickten, das militärstrategische Gleichgewicht zu zerstören und daher militärische Gegenmaßnahmen der UdSSR, der DDR und der ČSSR unvermeidlich seien.

Der aufmerksame Zuhörer bemerkte, daß Krenz dies nicht in einem Ton des Triumphes oder gar der Drohung sagte, sondern eher mit dem des Bedauerns. Er verwies noch einmal auf den Vorschlag des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker, der der Regierung der Bundesrepublik vorgeschlagen hatte, die Territorien beider deutscher Staaten in eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone zu verwandeln und damit zum Kern eines von Atomwaffen freien Europa zu werden.

Sch.

Zehntelprozent-Spiel

In Bonn wird mit Zehntelprozenten jongliert. Erst hieß es, zum 1. Juli dieses Jahres würden die Renten um netto (nach Abzug der Steigerung des Krankenversicherungsbeitrages um zwei Prozent) um 1,3, dann 1 Prozent erhöht. Doch dann wurde wieder nach „oben“ korrigiert, auf 1,2 Prozent. (S. Für viele ab Juli 1984: Nur 10 DM mehr im Monat, NACHRICHTEN Nr. 1/1984, Seite 33).

Will man die Rentner auch noch zum Narren halten? Dieses Jonglieren mit Zehntelprozenten resultiert daraus, daß die Renten diesmal erstmals „aktuell“ an die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsverdienste im Jahr 1983 gegenüber ihrem Niveau im Jahr 1982 angepaßt werden. Und diese wurde zunächst mit 3,4, dann mit 3,1 und schließlich mit 3,3 Prozent ermittelt, wovon nach Abzug der Steigerung des von der neuen Gesamtrente abzuzie-

henden Krankenversicherungsbeitrages 1,2 Prozent dem Rentner verbleiben.

Doch ob 1,3, 1,1 oder 1,2 Prozent: Mit der diesjährigen Mini-Renten Anpassung wird nicht nur die Steigerung der Lebenshaltungskosten für die Rentner nur zu etwa einem Drittel ausgeglichen. Die Rentner werden damit auch gegenüber den pensionierten Bundestagsabgeordneten z.B. erneut extrem benachteiligt. Die 4,26-prozentige Erhöhung ergibt schon bei der Mindestpension eine Aufstockung um 80 DM auf 1955 DM, bei der Höchstpension um 240 DM auf 5865 DM! Die Netto-1,2-Prozent-Anpassung aber bringt den Bezieher einer Versichertenrente im Durchschnitt 9,20 DM in der Arbeiterrenten- und 13,80 DM in der Angestelltenversicherung mehr. So wird in Bonn „soziale Gerechtigkeit“ praktiziert!

A. B.

Unternehmer auf den Prüfstand und dann auf die „Anklagebank“

In der Metallindustrie tritt die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in ein entscheidendes Stadium. Nachdem die Unternehmer glaubten, mit Glanzpapierbroschüren in Millionenaufgaben den Kampf um die Hirne der Beschäftigten gewinnen zu können, bläst nunmehr die IG Metall zur Attacke. Sie trägt die Auseinandersetzung in die Betriebe. Dort und mittelbar vor Ort sollen die Beschäftigten mit ihrer eigenen konkreten Situation konfrontiert und ihnen plastisch vor Augen geführt werden, was sie von den Unternehmerargumenten zu halten haben.

Die drei Tage vom 19. bis 21. Januar waren von ganz besonderer Bedeutung. In der Heilbronner Festhalle „Harmonie“ führte die Bezirksleitung der IG Metall Stuttgart ihre Auftaktveranstaltung durch. 2000 Funktionäre waren gekommen. In Bonn stellten die Vorstände der IG Metall und der GEW ihren gemeinsamen Aufruf eines Schülerwettbewerbs zur Arbeitszeitverkürzung vor, und in Frankfurt machte die IG Metall die Öffentlichkeit mit den ersten Ergebnissen der Gesamtauswertung der „Umrageaktion 35-Stunden-Woche“ bekannt. Dort wurde auch eine Solidaritätskonferenz des Vorstandes und ein Solidaritätskonzert vor 10000 Gewerkschaftern durchgeführt.

In Heilbronn setzte sich der Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen unseres Landes auseinander. Eine Wirtschaftsordnung, meinte er, die den Arbeitnehmern durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen das Recht auf Arbeit verweigere, diene nicht dem Menschen und werde auch nicht den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft gerecht. Eine Politik, die darauf gerichtet sei, dem Gewinnstreben der Unternehmer noch mehr Freiräume zu schaffen, richte sich frontal gegen die Interessen der arbeitenden Menschen.

Aus der Angst um den Arbeitsplatz werde die Peitsche der Disziplinierung geflochten. Die Unternehmer und ihre politischen Vollstreckungsgehilfen hielten die Zeit für reif, um den Handlungsspielraum der Gewerkschaften einzuengen sowie ihre Durchsetzungs- und Widerstandskraft zu schwächen. Die Gewerkschaften, rief Eisenmann unter dem Beifall der 2000 Funktionäre aus, dürften sich unter dem ideologischen Druck der Unternehmer nicht in eine allgemeine Lähmung manövrieren lassen. Es müßten Zuversicht entwickelt, reale und durchsetzbare Alternativen in der Wirtschaftspolitik aufgezeigt und daher die unmittelbare politische Auseinandersetzung geführt werden.

Der Abwehrkampf würde aber unter den heutigen Bedingungen nur Erfolg bringen, wenn er mit der weitgehenden Forderung nach vorn gerichtet werde. Dies betreffe vor allem die 35-Stunden-Woche und sei

eine Machtfrage. Dies dürfe allerdings kein Grund zum Zurückweichen sein. „Da müssen wir durch“, meinte Eisenmann.

Zu dem Unternehmervorschlag der Vorruhestandsregelung konnte Eisenmann darauf verweisen, daß in der Metallindustrie über Neunundfünfzigjährige kaum noch vorhanden sind. Von den 7500 Beschäftigten bei Magirus-Deutz in Ulm seien es keine 60 mehr, ähnlich wäre es bei Siemens in Karlsruhe. Starken Beifall erhielt er, als er fragte: „Warum sollen wir eigentlich für Arbeitnehmer, für die wir im Jahre 1973 einen Tarifvertrag erstreikt haben, der ihnen in der Regel die Verdienstsicherung und einen Kündigungsschutz gewährt, jetzt einen Tarifvertrag abschließen, der nicht nur

Mehr „als warmen Tee“

Auf der Solidaritätsveranstaltung der IG Metall am 21. Januar in Frankfurt erklärte der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren: Die Metallunternehmer und deren Hilfstruppen würden „ihr blaues Wunder erleben“, wenn sie Machtpolitik an die Stelle vernünftiger Tarifpolitik setzen wollten. Wer auf die IG Metall einschlage, um alle DGB-Gewerkschaften zu treffen, könne sicher sein, „daß die Solidarität der Postgewerkschaft wesentlich mehr umfaßt als warmen Tee für Streikposten und scharf formulierte Pressemitteilungen“.

das Einkommen schmälert, sondern der zu einem späteren Zeitpunkt auch noch die Rente reduziert?“

Bei Audi-NSU in Neckarsulm habe der Unternehmer 4000 Angestellte befragt, ob sie mit der Teilung des Arbeitsplatzes und einer Arbeitszeit von 30 bis 39 Stunden in der Woche einverstanden wären. Ganze 16 oder 4 Promille hätten ihre Bereitschaft bekundet. Wie sollten auch, fragte Eisenmann, beispielsweise Arbeiter der Metallindustrie in der Lage sein, ihr Einkommen mit anderen zu teilen, wo sich der durchschnittliche Nettoverdienst lediglich zwischen 1743 DM in Südbaden, 1828 DM in Südwürttemberg und 1928 DM in Nord-

württemberg bewege. Angesichts solcher Zahlen könne das Unternehmerangebot nur als eine Unverschämtheit betrachtet werden.

Die Unternehmer wollten den Arbeitskampf, sie suchten ihn geradezu. Wenn aber die Gewerkschaften nicht wollten, daß die Unternehmer ihr Diktat durchsetzen und die Arbeitnehmerschaft demütigen könnten, dann müßten die Kräfte zu gemeinsamem, zielgerichtetem Handeln gesammelt und die Organisation befähigt werden, diese Auseinandersetzung durchzustehen.

Im Bezirk Stuttgart der IG Metall wurde damit begonnen, erneut eine Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ zu starten. Zuerst soll geprüft werden, wie sicher die Arbeitsplätze tatsächlich sind und wieviel Arbeitsplätze trotz Lohn- und Sozialabbau vernichtet wurden, und zwar ganz konkret in den einzelnen Abteilungen und im Gesamtbetrieb. Dann werden die Arbeitszeitsvorschläge der Unternehmer unter die Lupe genommen. Alle ihre Vorschläge laufen auf Kurzarbeit bei gleichzeitiger flexibler Anpassung an die betrieblichen Verwertungsbedingungen hinaus. Im ersten Schritt werden die Arbeits- und Leistungsbedingungen geprüft und der Raubbau an Gesundheit und Beschäftigungsmöglichkeiten nachgewiesen. Schließlich werden der Lohnausgleich untersucht und dabei die Bruttoerträge der Unternehmer in den letzten beiden Jahren erfaßt.

Man kann davon ausgehen, daß solche Untersuchungen vor Ort die Mobilisierung der Belegschaften erleichtert und auch die Tarifverhandlungen beleben wird, wenn die Unternehmer über die Situation in ihren Betrieben aufgeklärt werden. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Unternehmer, wenn sie auf dem „Prüfstand“ auf Herz und Nieren untersucht sein werden, sich nicht als Ankläger aufspielen können, sondern sich auf der „Anklagebank“ wiederfinden werden.

Wie der Leiter der Abteilung Tarifpolitik im Vorstand der IG Metall, Klaus Lang, gegenüber NACHRICHTEN bestätigte, werden auch in anderen Bezirken ähnliche Aktionen durchgeführt oder sind geplant. In Hamburg sprach der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler. Die Wendepolitik, sagte er, beschleunige den Prozeß der Umverteilung von unten nach oben und verurteile Millionen Menschen zu einem Leben in Angst. Armut drohe wieder zur Peitsche in der Leistungsgesellschaft zu werden. Die herrschende Wirtschaftsordnung hat sich nach Steinkühlers Auffassung als unfähig zur Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse erwiesen. Die Gewinne, die als vorrangiges wirtschaftliches Steuerungsinstrument gelten, seien zur „Prämie für die Verletzung gesellschaftlicher Ziele und für die Vernichtung menschlicher Existenzen“ geworden. Er unterstrich auch die gewerkschaftlichen Forderungen nach gesellschaftlicher Kontrolle der Wirtschaft durch volkswirtschaftliche Rahmenplanung und arbeitsorientierte Strukturpolitik sowie Investitionslenkung und Überfüh-

rung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Ob dieser Äußerungen, und das zeigt auch ihre Schwäche, geriet die BDA in Rage. Sie unterstellte Steinkühler, daß er sich am Rande politischer Hysterie befände. Diese Reaktion zeigt nur, wie anfällig die Unternehmer werden, wenn ökonomische Forderungen mit einer grundlegenden antikapitalistischen Orientierung verbunden werden.

Auf der Solidaritätskonferenz der IG Metall hatte deren Erster Vorsitzender, Hans Mayr, festgestellt, daß in dieser Gesellschaft die prinzipielle Trennungslinie zwischen „Kapital und Arbeit“ verlaufe. Auf Kohl verweisend, meinte Mayr, „die Lehrstellengarantie hat er nicht geschafft, den Aufschwung, die Neuordnung der Stahlindustrie und Hilfe für die Werften hat er nicht geschafft, und uns wird er auch nicht schaffen.“ Heinz Schäfer

Tarifabschluß für Schuharbeiter

Am 24. Januar hat die Gewerkschaft Leder für die rund 50000 Beschäftigten der Schuhindustrie einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Rückwirkend ab 1. Januar steigen die Löhne und Gehälter um 3 Prozent und ab 1. Juli nochmals um 0,3 Prozent. Der Urlaub erhöht sich ab 1985 um einen auf 27 Arbeitstage. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten. Falls es zu keinem Abschluß gekommen wäre, hätte die Gewerkschaft gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergriffen.

Seehafen-Betriebsräte für 35 Stunden

Einstimmig hat sich Mitte Januar in Bremerhaven eine Konferenz von 200 in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Seebetriebsräten für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ausgesprochen. Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, so erklärten sie in einer Resolution, sei dazu keine Alternative, sondern eine sinnvolle Ergänzung.

Vorrangiges HBV-Ziel: 35-Stunden-Woche

Auf einer Pressekonferenz in Westberlin Anfang Januar hat der 2. Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Dieter Steinborn, die 35-Stunden-Woche als „vorrangiges tarifpolitisches Ziel“ bezeichnet. Von diesem Ziel würde sich seine Gewerkschaft „weder durch Drohungen noch durch unüberlegte Aussagen von Politikern abbringen lassen“.

Preise, Produktivität, Umverteilung Das Tarifprogramm der IG Chemie

„Die IG Chemie-Papier-Keramik gibt sich ein tarifpolitisches Programm.“ So steht es im Initiativantrag 11, den der „Fortsetzungs“-Gewerkschaftstag der IG Chemie im November 1980 in Hamburg verabschiedete. Nunmehr hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft den Entwurf eines solchen Programms vorgelegt und die Organisation aufgefordert, darüber zu diskutieren (Wortlaut siehe im Einhefter). Es wird für die Anziehungskraft dieser Gewerkschaft, bei Mitgliedern und noch nicht Organisierten sicherlich dienlich sein, wenn dieser Entwurf öffentlich diskutiert wird.

Auch der Auftrag zur Diskussion „in allen Gremien und Gliederungen der Organisation“ ist in dem beschlossenen Initiativantrag enthalten. In dem Programm sollen „die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele, die über Tarifverträge erreicht werden sollen, sowie die Aktivitäten der Organisation zur Erreichung dieser Ziele“ festgeschrieben werden. Der bevorstehende Gewerkschaftstag im September in Westberlin soll die endgültige Fassung des Tarifpolitischen Programms verabschieden.

Der Programmtext macht Aussagen zu den verschiedenen tarifpolitischen Bereichen. An der Spitze steht die Feststellung: „Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und aus humanitären Gründen und zur Steigerung der Lebensqualität ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Einführung der 35-Stunden-Woche das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund.“ Die Anerkennung der Gemeinsamkeit dieser Zielsetzung bedeutet jedoch keine Kursänderung oder die Signalisierung einer solchen. Der von der IG Chemie gegenwärtig bevorzugte Weg der Arbeitszeitverkürzung lediglich für Ältere und die Vorruhestandsregelung wird als „kurzfristige Schritte und Zwischenschritte“ gekennzeichnet. Dazu werden auch der Abbau von Mehrarbeit und die Gewährung von Freizeitausgleich für unvermeidliche Mehrarbeit gezählt.

Im Programmtext bekräftigt der Hauptvorstand die Forderung, daß jede Form von Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich vorzunehmen ist. Alle anvisierten tariflichen Arbeitszeitbedingungen müßten durch die Betriebsräte wirksam kontrolliert werden können. In dem Abschnitt „Arbeitszeitverkürzung“ am Beginn des Programmtextes findet sich die vom Gewerkschaftsvorsitzenden Hermann Rappe auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag 1982 formulierte These, wonach „alle Gruppen der Gesellschaft“ im Rahmen einer „gesamtgemeinschaftlichen Verabredung“ zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen müßten. Darin verbirgt sich die Illusion und Konzeption, als seien auch unter den verschlechterten ökonomischen und politischen Bedingun-

gen noch sozialpartnerschaftliche Praktiken erfolgversprechend. Die Realität spricht jedoch eine andere Sprache.

Die IG Chemie lehnt nach dem Entwurf Teilzeitarbeit „nicht prinzipiell“ ab. Sie fordert jedoch, daß aus Gründen der sozialen Sicherung Teilzeitarbeitsverträge 21 Wochenstunden nicht unterschreiten dürfen. Als Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung werden nur Schichtarbeit, gleitende Arbeitszeit, Teilzeitarbeit und Saisonarbeit anerkannt, alle anderen jedoch, wie etwa Job-sharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit usw., abgelehnt.

Die Ausweitung des Jahresurlaubs über 30 Tage hinaus sei für die IG Chemie „gegenwärtig kein aktuelles Ziel“. Unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeit“ wird in dem Programmtext Mitbestimmung bei Planung, Vorbereitung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen gefordert. Auf vertraglicher Basis soll „der Einfluß der Betroffenen und ihrer Betriebsräte auf Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisation, Arbeitsablauf, Arbeitsplatzgestaltung“ verbessert werden. Gesetzeslücken, etwa beim Kündigungsschutz, sollen „tarifpolitisch geschlossen“ werden. Per Tarifvertrag wird auch angestrebt, über das Betriebsverfassungsgesetz hinaus eine bessere Mitbestimmung der Betriebsräte bei Rationalisierungsmaßnahmen zu vereinbaren.

Bemerkenswert ist die im Programmtext enthaltene Formel für die Einkommenspolitik: „Ausgleich der Preissteigerungsrate plus Produktivitätszuwachs plus Umverteilungskomponente = Tarifzuwachsrate.“ So richtig diese Formel für die Verteidigung und Verbesserung der Lohnposition der Arbeitnehmer ist, so sehr widerspricht ihr jedoch die von der IG Chemie geübte Praxis der letzten Jahre, „Verständnis“ für die veränderten Rahmenbedingungen und „Schwierigkeiten“ der Unternehmen zu zeigen und Lohn- und Gehaltsvereinbarungen noch unterhalb der Preissteigerungsrate abzuschließen. Wenn die Bekräftigung der obigen Formel im Programmtext bedeuten soll, daß sie wieder ernsthaft der tarifpolitischen Orientierung dienen soll, so ist das sehr zu begrüßen. Gerd Siebert

HBV gegen „faule Wechsel“ — für die 35-Stunden-Woche

Am 29. Februar laufen die Gehaltstarifverträge für die rund 330 000 Bankangestellten aus. Fristgerecht wurden sie von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gekündigt. Das gab das für diesen Bereich zuständige geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied Lorenz Schwegler am 18. Januar auf einer Pressekonferenz in Frankfurt bekannt. Über die Forderungshöhe wird die Gesamtarifkommission Banken am 7. Februar — kurz nach Redaktionsschluß — befinden. Einen Monat später, am 31. März, endet dann auch die Laufzeit der Gehaltstarifverträge für die knapp 220 000 Versicherungsangestellten.

Neben Gehaltserhöhungen stehen in beiden Bereichen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Gehaltsausgleich im Mittelpunkt der diesjährigen Tarifrunde. Mehrarbeit soll durch Freizeitausgleich abgegolten und unangemessene Arbeitsbelastungen sollen durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz und erweiterte Beteiligungsrechte der Betriebs- und Personalräte verhindert werden. Bereits zum Jahresende waren sowohl bei Banken als auch bei Versicherungen die Manteltarifverträge gekündigt worden. Auf der Pressekonferenz bekräftigte Lorenz Schwegler die Ablehnung des Blüm-Modells durch die Gewerkschaft HBV. Die Bank- und Versicherungsangestellten könnten rechnen. Sie seien gegen „faule Wechsel“ und investierten nicht „jahrzehntelang in ihre überbetriebliche und betriebliche Altersversorgung, um sich dann mit der Begrenzung ihrer Einkommen auf 65 Prozent ein besseres Arbeitslosengeld verordnen zu lassen“, erklärte der HBV-Funktionär.

Ohne ganz erhebliche materielle Aufbesserung „in Richtung auf 100 Prozent“ wäre nach den Worten Schweglers eine Vorruhestandsregelung in den Banken und Versicherungen „ein Geistertarif ohne jede praktische Bedeutung“. Und selbst im Falle einer solchen „Nachbesserung“ bliebe die Beschäftigungswirkung überaus gering. „Man sollte da besser von Humanisierung für ältere Kollegen sprechen.“ Die Frauen, die mit 60 Jahren die flexible Altersgrenze beanspruchen könnten, gingen „praktisch leer aus“ — und damit etwa 50 Prozent aller älteren Beschäftigten. Der danach verbleibende Beschäftigungseffekt sei äußerst gering. Faktisch gleiche er dem Versuch eines Deichvogts, mit Teelöffeln eine Sturmflut zu bekämpfen.

Auf der Pressekonferenz ging Lorenz Schwegler auch auf die hohen Gewinne bei Banken und Versicherungen ein, die beweisen, daß die Unternehmer nicht nur die 35-Stunden-Woche finanzieren können. Nach Angaben des HBV-Funktionärs machten selbst die Kompositversicherungen, ein relativ personalintensiver Bereich, in den letzten Jahren bei jeweils 2 DM Personalkosten 1 DM Gewinn. Insgesamt lag der Zinsüberschuß 1982 bei 111 020 DM je

Beschäftigten. Und während im Durchschnitt je Bankangestellten 50 860 DM Personalkosten anfielen, verblieben den Unternehmern 1982 pro Beschäftigten 60 160 DM. Im Vergleich zu 1979 ist das eine Steigerung von 65,32 Prozent, während sich die Gehälter im gleichen Zeitraum nur um 15,48 Prozent erhöhten. Wäre 1982 die 35-Stunden-Woche mit der von Unternehmerseite behaupteten 12,5-prozentigen Kostenbelastung eingeführt worden, so wären in den Tresoren der Banken immerhin noch 53 802 DM je Beschäftigten geblieben.

Für 15,2 Millionen: Arbeitszeitverträge kündbar

Seit dem 31. Dezember des vergangenen Jahres sind für 76 Prozent aller Lohn- und Gehaltsabhängigen die Wochenarbeitszeitverträge kündbar. Geht man von den rund 20 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus, die es nach statistischen Angaben in der Bundesrepublik gibt, so könnte theoretisch in diesem Jahr für rund 15,2 Millionen Arbeiter und Angestellte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Kraft treten. Dabei handelt es sich insbesondere um

- die Metallindustrie
- die meisten Metallhandwerksbereiche
- den Steinkohlenbergbau
- verschiedene Energieversorgungsbereiche
- die Sägeindustrie
- die Eisen- und Stahlindustrie
- das Baugewerbe und Gebäudereinigerhandwerk
- die Mineralölverarbeitungsbereiche
- die feinkeramische Industrie
- einige Bereiche der Holzverarbeitenden Industrie
- die Druckindustrie
- die Textil- und Bekleidungsindustrie
- einige Bereiche im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
- die Mehrzahl der Großhandelsbereiche
- das private Bank- und Versicherungsgewerbe und
- den gesamten öffentlichen Dienst.

(Bereiche aus WSI-Tarifbericht August '83)

3,1 Prozent für Bergarbeiter

In der dritten Verhandlungsrunde wurde für die 3200 Beschäftigten der Braunschweigischen Kohlenbergwerke AG ein neuer Lohn- und Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Danach steigen ab 1. Januar die Löhne und Gehälter um 3,1 Prozent. Um den gleichen Prozentsatz wurden auch die Ausbildungsvergütungen angehoben. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten.

Vor den Journalisten setzte sich Schwegler auch mit dem Argument des CDU-Fraktionsführers im Bundestag, Dregger, auseinander, daß die Bundesrepublik bei der Arbeitszeitverkürzung in der EG nicht den Vorreiter machen könne. Was die Banken betrifft, so sind die Beschäftigten in der Bundesrepublik bereits abgekoppelt, denn schon heute wird in Großbritannien und Portugal in den Banken die 35-Stunden-Woche praktiziert. In Belgien und Frankreich sind es 37, in Finnland 38 Stunden. Unter 13 westeuropäischen Ländern gehört die Bundesrepublik zu den fünf, in denen die Bankangestellten 40 Stunden und länger arbeiten. G.M.

Bessere Arbeitsbedingungen für Fernfahrer ausgehandelt

Rückwirkend ab 1. Januar hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) mit den Unternehmern des Güter- und Möbelfernverkehrsgewerbes einen neuen Bundes-Manteltarifvertrag für Fernfahrer abgeschlossen. Dieser Tarifvertrag bringt einige Verbesserungen in die insgesamt noch schwierigen Arbeitsbedingungen für die rund 50 000 Fernfahrer. Die Verhandlungen, die sich über ein Jahr hinzogen, kamen erst durch den 48stündigen Warnstreik im Oktober vergangenen Jahres in eine entscheidende Phase.

Folgendes Ergebnis steht zu verbuchen: Die Einsatzzeit des Fernfahrers wird begrenzt. Für die Einmannfahrerbesatzung beträgt die Höchstarbeitszeit 113 Stunden in der Doppelwoche oder 244 Stunden im Kalendermonat. Ist das Fahrzeug mit zwei Fahrern besetzt und mit einer Schlafkabine ausgerüstet, so können höchstens 34 Stunden Kabinenzeit in der Doppelwoche oder höchstens 74 Stunden Kabinenzeit im Kalendermonat zusätzlich abverlangt werden. Die Schicht darf für Fernfahrer maximal 12 Stunden dauern, dann haben sie Anspruch auf eine Ruhezeit. Falls innerhalb dieser Schichtzeit der Haltplatz, eine Raststätte oder der Wohnort nicht zu erreichen sind, kann die Schichtzeit zweimal in der Woche bis auf 15 Stunden ausgedehnt werden. Hierüber liegt die Entscheidung aber ausschließlich beim Fahrer selbst; der Unternehmer darf lediglich über eine Schichtzeit von 12 Stunden verfügen.

Zweimal im Monat hat nach den Bestimmungen des neuen BMT jeder Fernfahrer Anspruch auf 40 und zweimal im Monat auf 149 Stunden Ruhezeit. Für den grenzüberschreitenden Verkehr, wenn die Fahrer oft wochenlang unterwegs sind, kann der Betriebsrat eine abweichende Betriebsvereinbarung abschließen, wobei der Freizeitananspruch aber nicht geschmälert werden darf. Auch der Überstundenzuschlag wurde neu festgelegt. Er beträgt für Einmannfahrer ab der 41. Wochenstunde und für Zweimannfahrer ab der 51. Wochenstunde 25 Prozent. Außerdem werden die Spesensätze um 5 Prozent erhöht, unabhängig davon, ob es sich um eine Eintags- oder Mehrtagsfahrt handelt. An finanziellen Leistungen holte die ÖTV für jeden Fernfahrer eine einmalige Zulage für den Monat Februar von 150 DM zusätzlich zum Lohn heraus.

Um Maßregelungen für diejenigen Fernfahrer zu vermeiden oder rückgängig zu machen, die sich an den gewerkschaftlichen Warnstreiks beteiligt haben, wurde eine Protokollnotiz angefertigt. Die Tarifvertragsparteien versuchen, Kündigungen, die im Rahmen des Tarifkonflikts ausgesprochen wurden, rückgängig zu machen. Das gleiche gilt für Abmahnungen oder andere Benachteiligungen.

In der Forderung nach einem Be- und Ent-

ladeverbot für die Fahrer konnte die Gewerkschaft erste Schritte machen. Die Unternehmer erklärten sich bereit, nach Abschluß des Tarifvertrages über Möglichkeiten zur wirksamen Vermeidung von unzumutbarer körperlicher Arbeit der Fahrer beim Be- und Entladen zu verhandeln, und zwar im Rahmen der Spitzenverbände der verladenden Wirtschaft, von Vertretern der Bundesregierung und anderen Verkehrsverbänden. Der neue BMT Fernverkehr gilt bis zum 31. Dezember 1987. Die Warnstreiks der Gewerkschaft und die Einsatzbereitschaft der Fernfahrer für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen haben nicht unwesentlich zu diesem Fortschritt beigetragen. Renate Bastian

Berichtigung

Der Autor unseres Beitrages „Wie mit der 35-Stunden-Woche Arbeitszeit ‚flexibel‘ wird...“, Detlef Haag, ist nicht 1., sondern 2. Bevollmächtigter der IG Metall Friedrichshafen.

Umfrageergebnis bestätigt IG Metall

Durch die Ergebnisse einer Umfrageaktion sieht sich die IG Metall in ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche bestätigt. 610 000 Fragebogen aus 4100 Betrieben wurden ausgewertet. Nach den Ergebnissen der Umfrage, die am 20. Januar auf einer Pressekonferenz in Frankfurt bekanntgegeben wurden, erwarten 75 Prozent, daß durch Rationalisierung und Einsatz moderner Technik in dem Betrieb, in dem sie beschäftigt sind, „einige Arbeitsplätze“ und „Arbeitsplätze in großer Zahl“ abgebaut werden. Über die Hälfte der Befragten fühlen sich auch persönlich betroffen: 55 Prozent geben an, daß sie ihren Arbeitsplatz als „eher unsicher“ (35 Prozent) bzw. „sehr unsicher“ (20 Prozent) ansehen. Bei einer Frage mit mehreren Antwortmöglichkeiten haben 55 Prozent der Befragten sich dafür ausgesprochen, „Überstunden und Sonderschichten einzuschränken“, um durch die 35-Stunden-Woche möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen.

Tarifverhandlungen vor dem Scheitern

Nach bisher vier Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Nahrung—Genuß—Gaststätten (NGG) im Bezirk Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar und dem Hotel- und Gaststättenverband droht ein Scheitern der Verhandlungen. Das gab die NGG am 20. Januar bekannt. Für die rund 70 000 Beschäftigten verlangt die Gewerkschaft die Festschreibung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, während die Gaststätten-Unternehmer die 46-Stunden-Woche wollen. Darüber hinaus geht es der NGG um die Verbesserung des Jahresurlaubs, der weit unter dem anderer Bereiche liegt. Beispielsweise beträgt er in der Eingangsstufe lediglich 17 Arbeitstage.

GTB: Im Volumen 6,5 Prozent

Fristgerecht zum 29. Februar hat die Gewerkschaft Textil—Bekleidung (GTB) den Lohn- und Gehaltstarifvertrag sowie den Vertrag über Jahressonderzahlungen für die Beschäftigten des Textilreinigungsgewerbes gekündigt. Im Rahmen eines Gesamtvolumens von 6,5 Prozent verlangt die Gewerkschaft die Verbesserung der Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen und der Jahressonderzahlungen sowie die Arbeitszeitverkürzung.

ÖTV-Empörung wegen BAT-Kündigung

Empört hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr gegen die Mitte Januar erfolgte Kündigung von Teilen der Vergütungsordnung des Bundesangestelltentarifs (BAT) reagiert. Mit dieser Kündigung wollen Bund und Länder die Eingangsstufen für Neueingestellte und Dienstanfänger absenken. Das bedeutet für die Betroffenen spürbare Einkommensverluste.

In Getränkeindustrie 3 bis 3,2 Prozent

Rückwirkend ab 1. Dezember erhalten die Beschäftigten der niedersächsischen und bremischen Erfrischungsgetränkeindustrie höhere Löhne und Gehälter. Die Erhöhung liegt bei 3 bzw. 3,2 Prozent in den unteren Lohngruppen. Der entsprechende Tarifvertrag wurde am 24. Januar abgeschlossen.

Zauberwort Flexibilisierung

Der Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche hat Gesamtmetall die Verhandlungsbereitschaft über eine vorgezogene Ruhestandsregelung, höhere Löhne und vor allem über die Flexibilisierung der Arbeitszeit entgegengestellt. Flexibilisierung ist zum neuen Schlagwort geworden. Sie wird auch von den Medien zu einem Allheilmittel hochstilisiert, das angeblich den Beschäftigten wie der ach so gebeutelten Wirtschaft diene.

Selbstverständlich werden sogleich „Beweise“ für den „wachsenden Wunsch nach mehr ‚Zeitautonomie‘, nach eigenbestimmter Einteilung des Arbeitstages oder sogar des ganzen Arbeitslebens“ (FAZ 26. 1. 1984) angeführt. Dubiose „Umfragen über die Einstellung der Bürger zu ihrer Arbeit haben gezeigt, daß viele mit dem herkömmlichen Acht-Stunden-Arbeitstag nicht mehr zufrieden sind. Viele fühlen sich vom starren Korsett dieses ‚Normalarbeitstages‘ eingeschnürt. Sie wollen freiwillig bei weniger Lohn weniger arbeiten, oder sie suchen überhaupt nur für wenige Stunden am Tage eine Tätigkeit“, heißt es an gleicher Stelle.

Die 3 Millionen Arbeitslosen, dies ist sicher, hat die FAZ, die im übrigen ihre Quellen im dunkeln läßt, bestimmt nicht gefragt. Dennoch kann damit die Sache nicht einfach abgetan sein. Realität ist, daß bereits nicht geringe Teile höher verdienender Angestellter und Beamter, z. B. Lehrer, in sogenannten flexiblen Arbeitszeitverhältnissen arbeiten. Dies ist zum einen dem in Schichten der Intelligenz tatsächlich vorhandenen Bedürfnis nach Zeitautonomie, zum anderen, zum weitaus größeren Teil, der prekären Stellsituation in solchen Bereichen geschuldet, wo dann — vermeintlich solidarisch — Stellen geteilt, später dann nicht selten um so besser eingespart werden. Die GEW z. B. hat damit ihre einschlägigen Erfahrungen gemacht.

DAS ARGUMENT

Wie aber sieht es in anderen Bereichen aus, wo Beschäftigte mit weitaus geringeren Verdiensten angeblich „freiwillig bei weniger Lohn weniger arbeiten wollen“? Die Beschäftigten im Handel stehen am unteren Ende der Einkommensskala. Hier sind Frauen hauptsächlich teilzeitbeschäftigt, manchmal bis zu 80 Prozent an der Gesamtbelegschaft. „Kapovaz“, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, heißt das Zauberwort der Unternehmer, mit dem sie die sich zu Hause einsatzbereit haltenden Frauen je nach Bedarf zu den Spitzeneinkaufszeiten in die Märkte abrufen.

Schon heute haben sich die Unternehmer ein breites Instrumentarium geschaffen zum flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte: Leiharbeit, Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Teilzeitarbeit in den verschiedenen Formen, Kapovaz, job-sharing usw. Sie sichern ihnen bei geringsten Arbeitseinsatzkosten optimale Verwertungsbedingungen, dort, wo sie möglich sind.

Die Unternehmer aber wollen mehr. Noch steht dem bisher ein in Jahrzehnten von der Gewerkschaftsbewegung erkämpftes Tarifvertragswerk einschließlich gesetzlicher Regelungen entgegen. Hier setzt das von Gesamtmetall offerierte Gegen„angebot“ zur 35-Stunden-Woche, Flexibilisierung, an. Flexible Arbeitszeiten entsprechend dem unternehmerischen Bedarf, bei guter Auftragslage etwa 50 Stunden pro Woche, bei schlechter evtl. nur 30 Stunden — selbstverständlich ohne Lohnausgleich —, sollen auch noch tarifvertraglich festgeschrieben werden. Tarifverträge enthielten dann künftig nicht mehr feste Wochenarbeitszeiten, sondern z. B. nur noch das Arbeitszeitbudget eines Jahres.

Schützenhilfe erfährt diese Politik der konsequenten „Verbilligung der Arbeit“ von staatlicher Seite mit dem Abbau von Mitbestimmungsrechten und Arbeitsschutzbestimmungen, mit der Festschreibung der Arbeitszeitordnung aus Hitlers Tagen und mit dem derzeit im Blümschen Arbeitsministerium vorbereiteten Gesetz zur Flexibilisierung, das den Abschluß befristeter Arbeitsverträge und Teilzeitbeschäftigung erleichtern soll. Bei Verwirklichung all dieser Pläne würden abhängig Beschäftigte in weitaus größerem Umfang als bisher zur variablen Verschiebemasse der Unternehmer degradiert.

Dem gewerkschaftlichen Anliegen, mit der 35-Stunden-Woche Arbeitsplatzvernichtung vorzubeugen, steht Flexibilisierung diametral entgegen. Die optimale zeitliche Nutzung der Arbeitskraft würde — von extremem Streß und Arbeitskräfteverschleiß ganz abgesehen — das Millionenheer der Arbeitslosen noch vergrößern.

Die tarifvertraglich durchgesetzte wöchentliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich kann der Flexibilisierungshysterie der Unternehmer ein Stück entgegenarbeiten. Um die staatlich unterstützten, langfristigen Strategien zur Flexibilisierung, zur möglichst billigen Anwendung der Arbeitskraft, zu brechen, kommt man an Eingriffen in die bestehenden Machtstrukturen nicht vorbei. Bernhard Keßeler

TARIEKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Zahlen entsprechen dem neuesten Stand. Sie wurden dem Tarifbericht des WSI entnommen.

29. Februar - 2,0 Mill.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, Hessen (376 500); privates Bankgewerbe einschließlich private Bausparkassen (327 200); Hotel- und Gaststättengewerbe Rheinland-Pfalz, Bayern (195 700); Groß- und Außenhandel — auch genossenschaftlicher — Bayern (164 000); Einzelhandel Hessen, Coop-Unternehmen Hessen (128 000); Elektrohändler Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern (132 100); Stationierungstreitkräfte Bundesgebiet (115 500); Kfz-Gewerbe Hamburg, Nordrhein-Westfalen (82 400).

31. März - 3,2 Mill.

Baugewerbe Bundesgebiet und Westberlin (1 004 400); Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Klöckner-Werke Bremen, Osnabrück, Georgsmarienhütte, Stahlwerke Peine-Salzgitter (203 700); Druckindustrie Bundesgebiet und Westberlin (164 000); Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland (403 000); privates Versicherungsgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (218 000); privates Verkehrsgewerbe Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Westberlin (241 800); Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg, Westberlin (148 000); Landwirtschaft alle Tarifbezirke (109 800); Kfz-Gewerbe Pfalz, Bayern (58 900); Holzverarbeitende Industrie Saarland, Bayern (36 100); Bäckerhandwerk Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (48 000).

30. April - 2,3 Mill.

Einzelhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Limburg-Oberlahn, Rheinland-Pfalz, Bayern (768 000); Groß- und Außenhandel Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Pfalz (270 000); Textilindustrie Bundesgebiet und Westberlin — ohne Saarland (239 100); Bekleidungsindustrie Bundesgebiet — ohne Gesamtvereinigung Niedersachsen, Bremen, Saarland, Westberlin — (166 600); Steinkohlenbergbau Ibbenbüren, Ruhr, Aachen, Saar (180 000); Volkswagen AG Niedersachsen (119 000); Maler- und Lackiererhandwerk Bundesgebiet und Westberlin (106 600); Gebäudereiniger Baden-Württemberg und Westberlin (48 000); Dachdeckerhandwerk Bundesgebiet und Westberlin (44 300); Bäckerhandwerk Hamburg, Rheinhessen/Pfalz, Baden-Württemberg (30 200); Friseurhandwerk Bayern (23 000).

„Aufkaufen — zumachen!“ Warum war Grundig am Ende?

Philips übernimmt Grundig — diese Meldung zum Jahreswechsel konnte den Beobachter kaum noch überraschen. Trotz gegenteiliger Aussagen des Firmenchefs Max Grundig war klar, daß der Familienkonzern Grundig, spezialisiert auf Unterhaltungselektronik, allein nicht überleben konnte. Dies ist nicht etwa — wie in der Presse kolportiert — dem Starrsinn des 75jährigen Firmenchefs zuzuschreiben. Grundig ist das Opfer der objektiven Tendenz zur Zentralisation des Kapitals geworden, die unter dem Druck kapitalistischer Krisen vor allem mit Rationalisierung und Betriebsschließungen verbunden ist.

Die Unternehmenslandschaft der kapitalistischen Welt ist unter dem Druck der beiden letzten zyklischen Krisen von 1974/75 und 1980/82 nachhaltig in Bewegung geraten. Nicht nur kleinere und mittlere Unternehmen, Konzerne aus den Spitzengruppen müssen aufgeben und sich anderen Konzernen anschließen. Das wohl spektakulärste Ereignis dieser Art ist die Anfang 1984 bekanntgewordene Übernahme des US-Ölkonzerns Getty Oil durch Texaco zu einem Kaufpreis von 10 Milliarden Dollar!

Auch im Fall Grundig muß ein Konzern aus der Spitzengruppe der „100 größten“ Unternehmen der Bundesrepublik seine Selbständigkeit aufgeben. Den Hintergrund bildet die Neuorganisation der westeuropäischen Unterhaltungselektronik. Die Verantwortung für diese mit großen Verlusten an Arbeitsplätzen verbundene Umstrukturierung der Branche wird vielfach „den Japanern“ zugeschoben (siehe auch nebenstehenden Kasten).

Gegenüber derart nationalistisch gefärbten Tönen ist höchstes Mißtrauen am Platz. Der von Grundig 1982 bevorzugte französische Fusionspartner Thomson-Brandt hatte noch 1981 mit Thorn-Emi (Großbritannien), AEG-Telefunken und JVC (Japan) eine gemeinsame Gruppe gründen wollen. Dieses Vorhaben war aber am Einspruch der sozialistischen Regierung in Frankreich gescheitert. Es geht hier also nicht um „Nationalitäten“, sondern um die Expansionsstrategien international operierender Konzerne, deren Opfer — sei es in Japan, USA oder Westeuropa — die Arbeitsplätze der Beschäftigten sind.

Tatsächlich haben die japanischen Elektronikkonzerne in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der Videorecorder gewaltige Kapazitäten angehäuft. Sieben Konzerne verfügen über eine Produktionskapazität von 16 Millionen Stück jährlich, davon entfallen 2 Millionen auf die Branchenführer JVC und Betamax (Sony). Zum Vergleich: Die Kapazitäten von Philips und Grundig belaufen sich auf 1,1 Millionen Stück. Nach Branchenschätzungen kann aber der gesamte Weltmarkt heute nur etwa 10 Millionen Stück aufnehmen. Vor diesem Hintergrund lautet die Devise welt-

weit: rationalisieren; denn der Vorsprung der japanischen Monopole in diesem Bereich ist dem hohen Rationalisierungsgrad, der geringen Fertigungstiefe und den gewaltigen Stückzahlen der japanischen Fabriken zuzuschreiben — nicht den „Dumpingpreisen“. Und den niedrigeren japanischen Löhnen schon gar nicht — die Personalkosten haben bei Video-

Liebe Mitarbeiterinnen,
liebe Mitarbeiter!

...Wie Sie wissen, hat sich in der Branche der Unterhaltungselektronik und der damit verbundenen Bauelementeindustrie der Wettbewerbsdruck mit ruinösen Dumpingpreisen seitens der Anbieter aus Fernost weiter verstärkt. Dadurch werden — und daran besteht kein Zweifel — Arbeitsplätze gefährdet...

Seit langem dirigieren die japanischen Hersteller im Bereich Videorecorder ihre Überkapazitäten — sie produzieren 4 Millionen Geräte mehr, als der Weltmarkt nachweislich aufnehmen kann...

Die freie Marktwirtschaft öffnet hier den Japanern Tür und Tor. Wenn allerdings diese freie Marktwirtschaft mißbraucht wird, wenn durch ruinöse Preise und Überkapazitäten Arbeitsplätze gefährdet werden, dann ist es unser gutes Recht, die zuständigen Behörden um Unterstützung anzufragen...

Eine enge Kooperation ist für das Überleben der europäischen Unterhaltungselektronik und damit für die Bauelementeindustrie unabdingbar. Wir kommen damit zu höheren Stückzahlen, wir können die Kosten auf mehrere Schultern verteilen, und — das ist das Wichtigste — wir sichern durch einen solchen Zusammenschluß in der europäischen Unterhaltungselektronik langfristig Arbeitsplätze und damit das soziale Gefüge und den Wohlstand... Ihr Max Grundig

(Aus einem offenen Brief Max Grundigs an alle Beschäftigten anläßlich der geplanten Übernahme durch Thomson-Brandt, November 1982)

recordern nämlich nur einen Anteil von etwa 10 Prozent der Fertigungskosten.

Es geht vielmehr darum, daß vor dem Hintergrund moderner Technologien wenige Werke mit hohen Stückzahlen profitabler sind als kleinere, spezialisierte Fabriken. Und ein weiterer Aspekt ist zu erwähnen: Die Unterhaltungselektronik stagniert unter dem Druck rückläufiger Massenmarktkraft. Die Konzerne suchen ihr Heil daher nicht mehr in expandierenden Umsatzzahlen, sondern in niedrigen Kosten. Und unter diesen Bedingungen lassen sich die kostengünstigeren hohen Stückzahlen je Fabrik eben nur durch Betriebsstillegungen erreichen.

Dieser Zusammenhang macht deutlich, was „europäische Lösung“ für die Beschäftigten heißt: umfangreiche Arbeitsplatzvernichtungen. Dies gilt für alle diskutierten Varianten. Die erste, umfassendere Variante war im letzten Jahr am Widerstand von Philips gescheitert. Ursprünglich schien die Übernahme von Grundig durch den französischen Elektromulti Thomson-Brandt beschlossene Sache. Nachdem sich aber Philips geweigert hatte, seine Minderheitsbeteiligung an Grundig aufzugeben, scheiterte der Fusionsplan Grundig-Thomson am Einspruch des Bundeskartellamts. Daher war die Übernahme von Grundig durch Philips eine nur logische Folge.

Der niederländische Philips-Konzern setzt damit seine bislang höchst erfolgreiche Zentralisationsstrategie fort, die ihn an die 28. Stelle in der Rangliste der kapitalistischen Industriekonzerne geführt hat. Philips — nebenbei wie Grundig ein Familienkonzern — hat durch Aufkäufe und Fusionen seine Position ständig erweitern können, auf dem Beleuchtungsmarkt scheint er inzwischen der größte Anbieter zu sein. Eine wichtige Rolle bei seinem Aufstieg nach dem zweiten Weltkrieg spielt die Rüstung: sein Jahresumsatz von 16 Milliarden Dollar besteht schätzungsweise zu einem Viertel aus Rüstungsgütern.

Der Kernpunkt dieser Strategie läßt sich mit den beiden Worten „aufkaufen — zumachen“ umschreiben. Allein von seinen 260 westeuropäischen Fabriken hat Philips in den letzten Jahren 17 geschlossen. Und auch der Kauf von Grundig wird einigen weiteren Produktionsstätten in Europa den Tod bringen: die Reduktion der Grundig-Belegschaft von 32 000 auf 27 000 in den letzten Jahren reicht keineswegs aus.

Vor allem auf zwei Gebieten, auf denen Philips und Grundig ohnehin schon längere Zeit kooperieren, stehen Veränderungen bevor: bei Videogeräten und bei Farbfernsehern. Ziel ist es, wenige zentrale Produktionsstätten einzurichten, von denen aus die Märkte beliefert werden. Das Video-Werk von Philips in Wien läßt schon längere Zeit kurzarbeiten, in Krefeld wurde die Belegschaft um 700 Beschäftigte reduziert. Auch das Grundig-Werk in Fürth steht zur Disposition im Rahmen einer solchen Umstrukturierung.

Jörg Goldberg

Börsenboom

Das Jahr 1983 wird allgemein als „Jahr der Börse“ bezeichnet. Tatsächlich stiegen die Aktienkurse innerhalb eines Jahres um etwa 40 Prozent. Diese Entwicklung gilt für die Börsen aller kapitalistischen Länder mehr oder weniger, überall stiegen die Kurse ruckartig an. Der Kurswert der börsennotierten Aktiengesellschaften erhöhte sich von 164 Milliarden DM auf etwa 230 Milliarden DM, ein — insgesamt allerdings fiktiver — Vermögenszuwachs der Aktionäre in Höhe von rund 70 Milliarden DM!

Trotzdem greift das Schlagwort vom „Jahr der Börse“ zu kurz: Denn es wurden kaum mehr Aktien neu emittiert als in den Vorjahren, zum Nominalwert von etwa 3,8 Milliarden DM. Die von 35 auf mehr als 80 Milliarden DM (1983 gegenüber 1982) emporgeschleunigten Umsätze der Aktienbörse wurden überwiegend mit alten Papieren getätigt.

Ein wichtiger Grund für den ruckartigen Anstieg der Aktienkurse ist natürlich in der verbesserten Ertragslage der Konzerne zu suchen: Die Anleger erwarten höhere Dividenden und — ein spekulatives Moment — infolgedessen höhere Kurse, was die Nachfrage nach Aktien und damit auch die Kurse ansteigen läßt. Eine Aktienhausse nährt sich also eine gewisse Zeitlang selbst.

Dies ist auch eine keineswegs neue Erscheinung: Zwischen 1958 und 1959 stieg der Kursindex um 75 Prozent, zwischen 1966 und 1967 um 45 Prozent und zwischen 1974 und 1975 um 35 Prozent. Es ist auch keineswegs überraschend, daß solche Kurssprünge in die Endphasen der zyklischen Krisen fallen. Es sind dies in der Regel Perioden, in denen die Unternehmerprofite wieder nach oben tendieren, die Zinsen auf festverzinsliche Wertpapiere relativ niedrig sind und zudem große Kapitalmassen in liquider Form existieren.

Letzteres Merkmal gilt für die Gegenwart in besonders starkem Maße: Während die Summe aus Gewinnen und Abschreibungen zwischen 1982 und 1984 um etwa 70 Milliarden DM steigen soll, wird für die Anlageinvestitionen im gleichen Zeitraum ein Anstieg um etwa 40 Milliarden DM erwartet. Es existiert also selbst in der Periode der konjunkturellen Belebung ein Liquiditätsüberschuß bei den Unternehmen und Selbständigen, der auf den Geld- und Kapitalmärkten Anlage sucht. Der Aktienmarkt ist dabei eine von vielen Anlagemöglichkeiten. Gleichzeitig wurde 1983 mit 88 Milliarden Mark ein neuer Absatzrekord bei festverzinslichen Rentenpapieren erreicht.

Die staatliche Wirtschaftspolitik ist auf doppelte Weise am Boom der Aktienkurse beteiligt: durch die steuerliche und einkommenspolitische Förderung der Unternehmerrückgewinne und durch die damit verbundene Beschneidung der Konsumtionskraft, die die Schwäche der Produktion

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	November 1983	Veränderung in v.H. gegenüber Oktober 1983	November 1982
Produktion	105,0	+3,8	+ 5,1
Auftragseingänge ¹	116,9	+3,0	+10,6

1) nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	Dezember 1983	Veränderung in v.H. gegenüber November 1983	Dezember 1982
Lebenshaltung	135,7	+0,2	+2,6
Industriepreise	116,9	+0,2	+1,4
Landw. Erzeugerpreise	108,7	+0,4	-0,3
Importpreise	118,5	+1,1	+0,9
Exportpreise	113,4	+0,2	+2,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Dezember 1983	Veränderung in 1000 gegenüber November 1983	Dezember 1982
Arbeitslose	2349	+ 156	+ 126
Kurzarbeiter	514	+ 20	- 601
Offene Stellen	64	- 3	+ 6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Aktienkurse

	Index 1958 = 100 ¹
1950	19,73
1957	64,80
1960	210,75
1962	168,43
1966	139,50
1969	254,08
1970	187,43
1972	224,74
1974	177,20
1975	240,41
1981	221,06
1982	252,95
1983	351,83

1) Jeweils am Jahresende

(Quelle: FAZ-Aktienindex, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 12. 1983)

und des Absatzes, damit aber auch der realen Investitionstätigkeit, begünstigt.

Vom Standpunkt der Arbeiter und Angeestellten ist daher der anhaltende Boom der Aktienkurse in der gegenwärtigen Form keineswegs eine begrüßenswerte Erscheinung. Bei anhaltend hohen Zinsen wird vielmehr unterstrichen, daß der Trend zur Expansion geldkapitalistischer, spekulativ orientierter Kapitalanlagen zu Lasten von Realinvestitionen anhält. J. G.

ÖTV solidarisch

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Monika Wulf-Mathies, hat Ende Januar auf einer Gewerkschaftsveranstaltung in Nürtlingen erklärt, daß auch für sie die 35-Stunden-Woche Vorrang hat. Das Arbeitgeber-Tabu müsse durch gemeinsames entschlossenes Handeln durchbrochen werden.

Argumentation der Unternehmer wie Kursentwicklung an New Yorker Börse

Interview mit Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Druck und Papier

Die IG Druck und Papier zieht bei der Forderung nach der 35-Stunden-Woche am gleichen Strang wie andere Gewerkschaften. Das erklärte Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Druck und Papier, am 27. Januar auf einer DGB-Arbeitsmarktkonferenz in Frankfurt. Anhand konkreter Fakten widerlegte er das Unternehmerargument von dem Ruin der Wirtschaft durch die 35-Stunden-Woche. Insbesondere zum Komplex der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung stellten unsere Redakteure Gisela Mayer und Bernhard Keßler dem Gewerkschaftsvorsitzenden anläßlich der Frankfurter Tagung einige Fragen.

NACHRICHTEN: Ihre Gewerkschaft rechnet — wie auch andere Gewerkschaften — mit harten Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche. Wie bereitet sie sich darauf vor?

Erwin Ferlemann: Wir rechnen im Zusammenhang mit der 35-Stunden-Woche mit harten tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Ich kann das an einem Beispiel deutlich machen. Seit über zwei Jahren verhandeln wir über eine neue Lohnstruktur. Die Unternehmer haben uns am 24. Januar einen Gegenentwurf mit der Bedingung verknüpft vorgelegt, sie verhandelten nur über diesen Gegenentwurf, wenn wir auf die 35-Stunden-Woche verzichten. Das macht die Unternehmerstrategie deutlich. Und wir sehen auch in der Öffentlichkeit, mit welcher publizistischen Trommelfeuer die Unternehmer gegen die 35-Stunden-Woche vorgehen.

Wir werden also harte Auseinandersetzungen führen müssen und haben auf drei Ebenen erhebliche Vorarbeit zu leisten. Das erste ist, auch den letzten Kollegen im Betrieb zu überzeugen, daß die 35-Stunden-Woche notwendig ist. Das zweite ist, die Öffentlichkeit zu informieren, daß die 35-Stunden-Woche notwendig ist. Denn für eine solche harte Auseinandersetzung, das haben wir in den Arbeitskämpfen '76 und '78 gemerkt, ist es sehr wertvoll und notwendig, wenn die Öffentlichkeit, die breite Bevölkerung weiß, wozu es geht, diese Gründe versteht und — wenn sie auch nicht aktiv miteinsteigt —, doch mit einer passiven Solidarität zu dieser Auseinandersetzung steht.

Die dritte Ebene ist natürlich die gewerkschaftliche Strategieplanung: über diese redet man nicht, die hat man. Und die Unternehmer werden merken, welche Strategieplanung wir entwickelt haben.

NACHRICHTEN: Die Unternehmer behaupten, die 35-Stunden-Woche wäre ihr Ruin und würde die Arbeitslosigkeit noch

vergrößern. Was ist an solchen Behauptungen dran?

Erwin Ferlemann: Wenn sich die Gewinne reduzieren, reden die Unternehmer immer vom Ruin. Aber ich glaube, man muß einmal sehr deutlich machen, wie hoch die Kostenbelastung ist. Ich habe kürzlich auf einer Veranstaltung gesagt, die Kostenargumentation der Unternehmer entwickelt sich wie die Kurse an der New Yorker Börse; sie steigen jede Woche. D. h. die Unternehmer rechnen nicht mit Fakten, sondern sie kalkulieren und versuchen, Zahlen in die Öffentlichkeit zu setzen, die einfach erschrecken.



Wir haben die Kostenbelastung für die Druckindustrie einmal exakt durchrechnen lassen. Ich kann also nur von der Druckindustrie reden, weil wir da konkrete Zahlen haben. Durch die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würden sich die Endprodukte der Druckereien bei der Abgabe um 2,6 bis 3 Prozent verteuern. Und

das ist der Ruin der deutschen Wirtschaft. Wenn Wochenzeitschriften ihren Abgabepreis am Kiosk von 3 DM auf 3,50 DM erhöhen — das ist eine Erhöhung von 17 Prozent —, dann redet in dieser Republik kein Mensch davon. Das macht einmal die Größenordnung deutlich. Ich meine, es ist verdammt nicht zuviel, 3 Prozent Kostenbelastung für die Schaffung von 1,4 Millionen Arbeitsplätzen und die Verhinderung von weiterem Arbeitsplatzverlust zu tragen.

NACHRICHTEN: Können Sie auf die Solidarität auch der Gewerkschaften zählen, die andere Formen der Arbeitszeitverkürzung vorziehen? Und war die Arbeitsmarktkonferenz des DGB Frankfurt, von der Sie gerade kommen, ein Beispiel für solche Solidarität?

Erwin Ferlemann: Eine ganze Reihe von Veranstaltungen, die in der letzten Woche gelaufen sind, zeigt deutlich, daß die Solidarität auch der Gewerkschaften, die, aus welchen Gründen auch immer, die 35-Stunden-Woche nicht fordern können oder aus ihrer Struktur heraus nicht fordern wollen, wächst. Und die Welle der Solidarität wächst da, wo wir sie unmittelbar brauchen: in den Ortskartellen und in den DGB-Kreisen. Und ich meine, daß genau die Arbeitsmarktkonferenz heute, von der wir gerade kommen, ein sehr treffendes Beispiel dafür ist,

1. daß man die Kollegen und Kolleginnen ansprechen kann,
2. daß sie die Probleme verstehen und
3. daß sie solidarisch mitgehen.

Das wird sich sicher auswirken an den Informationsständen, die überall in der Bundesrepublik in den Städten aufgebaut werden, um die Bevölkerung zu informieren.

NACHRICHTEN: Die Deutsche Journalisten-Union führt am 26. März in Frankfurt ihren ersten Journalistentag durch. Wird auch hier die 35-Stunden-Woche eine Rolle spielen?

Erwin Ferlemann: Selbstverständlich wird auf dem ersten Journalistentag der Deutschen Journalisten-Union die Frage der 35-Stunden-Woche eine entscheidende Rolle spielen. Ich werde selbst ein Grundsatzreferat halten. In dem Grundsatzreferat — das könnte ich gar nicht anders, dazu brennt mir die Frage der 35-Stunden-Woche viel zu sehr auf der Seele — werde ich auch die entsprechenden Aussagen zur 35-Stunden-Woche machen. Wir brauchen im extremen Maß die Solidarität der Journalisten, denn wir sind auf dem Weg zu den berühmten zwei R, Redaktion — Rotation, d. h. Wegrationalisieren der Zwischenschritte. Das kann nur in den Betrieben funktionieren, wenn die Journalisten auf diesem Trip voll mitmachen. Wenn die Journalisten mit uns gemeinsam in einer Solidargemeinschaft versuchen, das zu verhindern, nur dann können wir es schaffen. Deshalb gehört ein Thema wie die 35-Stunden-Woche auch in jede Journalistenveranstaltung.

„Gewerkschaftsbewußtsein“ – ein Grundproblem des VS

Man stelle sich vor: Erwin Ferlemann protestiert — unter Berufung auf den verabschiedeten Antrag Nr. 13 des Gewerkschaftstages 1983 — öffentlich im Namen aller IG-Druck- und Papier-Mitglieder dagegen, daß Minister Zimmermann für den öffentlichen Dienst eine Lohnpause für 1984 fordert. Ferlemann wird deswegen von 2 Prozent der Mitglieder heftigst attackiert, und zwar nicht in gewerkschaftlichen Gremien, sondern in den bürgerlichen Medien. Dort wird sein Rücktritt gefordert — und der gesamte Hauptvorstand wirft auch tatsächlich das Handtuch.

Unvorstellbar? Im VS hat sich dies kürzlich parallel so abgespielt. Denn Engelmänn konnte sich bei seiner Kritik an Manes Sperbers „Friedensrede“ auf Beschlüsse der letzten VS-Bundesdelegiertenkonferenz („der VS versteht sich als Teil der Friedensbewegung“) stützen. Es war Engelmänn's Pflicht, den Mund aufzumachen, angreifbar wäre er gewesen, wenn er geschwiegen hätte.

Aber er wurde angegriffen, weil er protestierte und weil der VS-Bundesvorstand zusammen mit dem PEN in einem Polen-Telegramm einen unbestimmten statt eines bestimmten Artikels (Wiederzulassung eines Schriftstellerverbandes statt „des“) verwendete. Und der Vorstand konnte (wollte?) sich nicht mehr anders wehren als durch den Rücktritt. Wie war das möglich? Hinter dem obigen Vergleich verbirgt sich ein Grundproblem des VS, Stichwort: „Gewerkschaftsbewußtsein“. Die meisten VS-Mitglieder kennen zwar materielle Not oft in bitterstem Ausmaß — aber viele wissen das nicht politisch einzuordnen, haben nie einen Betrieb von innen gesehen, kennen den Gegensatz von Kapital und Arbeit nicht aus täglicher Praxis und sind deshalb auch nicht in den gewerkschaftlichen Strategien zu Hause. Das ist zunächst einmal kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Aber das führt dann eben dazu, daß solche Grundregeln innergewerkschaftlicher Demokratie, wie die Berufung auf Gewerkschaftsbeschlüsse, entweder unbekannt sind oder auf individualistisch orientierten Unwillen stoßen. Da gibt es dann eben Vorschläge, die VS-Vorstände per Briefwahl von allen Mitgliedern wählen zu lassen, da ist dann „Funktionär“ ein Schimpfwort. Und das bleibt nicht intern. Die bürgerlichen Medien lauern nur darauf. Engelmänn ist laut FAZ (2. 1. 1984 / Uwe Wittstock) „nur ein gewählter Verbandsfunktionär“ im Gegensatz zu einem „demokratischen Politiker“. Und was er betreibt, ist „unkontrollierte Politik“, also „Willkür“.

Wenn dem so wäre, gälte das für alle Haupt- und Bundesvorstände der Gewerkschaften. Nur — was die Kritiker der „Funktionäre“ nicht wissen oder übersehen: Die Basis würde sich keinen Schritt bewegen (z. B. zu einem Streik), nur weil es ein paar da oben wollen. Und das gilt

auch — wenngleich ohne betriebliche Verankerung — für den VS (der noch dazu nicht — wie üblich — alle drei, sondern alle 1½ Jahre eine Delegiertenkonferenz bzw. einen Schriftstellerkongreß abhält). Willensbildung von unten nach oben lernt man allerdings nicht in CDU-Kreisen. Und so kann die FAZ denn ihre Ignoranz verbreiten und fordern, daß der VS sein Verhältnis zur IG Druck und Papier überdenken müsse. Da ist die FAZ der gleichen Meinung wie die WELT (Günter Zehm, 24. 11. 1983). Und damit geraten wir noch ein Stückchen tiefer in die Problematik des VS, der mit seinem Eintritt in die IG Druck und Papier konkrete Schritte zum Bündnis zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse vollzogen hatte. Die Rechtspresse würde ja nicht versuchen, da einen Keil hineinzutreiben, wenn sie nicht Lunte röche für ihre Hatz.

Angeichts der Wende polarisieren sich die Kräfte und ein Teil der Intelligenz ist in Gefahr, sich von dem falschen Sog mitreißen zu lassen — das ist der Kern der VS-Krise. Und es ist kein Zufall, daß sich dies (obwohl die Polen-Erklärung von VS und PEN schon zwei Monate zurücklag), direkt nach dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier entlud. Denn in Nürnberg wurden z. B. in Sachen Mediengewerkschaft Nägel mit Köpfen gemacht, wurden Weichen für eine Gegenmacht gestellt, von der die WELT meint, daß sie den Autoren überhaupt nichts bringe. Dabei geht es umgekehrt innerhalb der Festangestellten der IG Druck und Papier durchaus Ängste vor zuviel Minderheitenschutz und damit Einfluß für die Künstler.

Es sei den 50 Unterzeichnern des Anti-Engelmänn-Aufrufs zugute gehalten, daß viele sich naiv, unwissentlich vor diesen Karren haben spannen lassen, das gilt auch für die zweite Stoßrichtung des Kapitals, der gegen die Friedensbewegung. Aber wie der Karren aussieht, wird z. B. daran deutlich, daß der CDU-Bundestagsabgeordnete Becker (Frankfurt) den Friedensfreunden, die ihn vor der Bundestagsdebatte zu einem Nein gegen die Raketenbewegungen wollten, als Antwort die Sperber-Rede schickte. Und der Berliner VS-Vorsitzende und entschiedene Kontrahent Engelmänn, Hans Christoph Buch, den die WELT zum „neuen Mann für den VS“ (mit

Fragezeichen) machte, beweist auf Schritt und Tritt — u. a. indem er von einem „Entspannungsfetischismus“ spricht und ihn einen „stinkenden Leichnam“ nennt — wie der Sog wirkt.

In einem Rundbrief an alle Landesvorstände und Delegierten vom 28. 11. 1983 fordert Buch dazu auf, alle Delegierten für die vorgezogene Bundesdelegiertenkonferenz Ende März in Saarbrücken neu zu wählen. An solchen läppischen Formalien wie demokratischer Wahl sollte es nicht scheitern, meint Buch. Die alten Delegierten, die letztes Jahr mit zwei Gegenstimmen Engelmänn gewählt hatten (und die fast alle satzungsgemäß noch im Amt sind) könnten ja zurücktreten...

Es hat sich in letzter Zeit unter VS-Mitgliedern viel Einsicht in die wahren Hintergründe und über die wirklichen Drahtzieher der Krise ausgebreitet — Saarbrücken wird zeigen, wie die Mehrheit denkt. Ich hoffe, wir sind noch zu retten.

Dagmar Scherf

DGB Rheinland-Pfalz auf gleichem Kurs

Auf einer Mitte Januar stattgefundenen Konferenz der Bezirks- und Landesleiter aller im DGB Rheinland-Pfalz vertretenen Einzelgewerkschaften wurde eine einheitliche Linie sichtbar: Öffentliche Kampagnen für die 35-Stunden-Woche sollen gemeinsam organisiert und Mitgliederversammlungen der Einzelgewerkschaften koordiniert werden.

IG Bau—Steine—Erden fordert 5,5 Prozent

Auf Empfehlung der Großen Tarifkommission hat der Beirat der IG Bau—Steine—Erden (BSE) die Lohn- und Gehaltstarifverträge für das Bauwesen zum 31. März 1984 für die knapp 1 Million gewerblichen Arbeitnehmer und die 195000 Angestellten einschließlich der Poliere und Schachtmeister gekündigt. Die Forderungshöhe beläuft sich auf 5,5 Prozent. Des weiteren soll das 13. Monatseinkommen, das sich bisher auf 102 Monatstarifstundensätze beläuft, erhöht werden. Eine Forderung wurde hier nicht formuliert, die Gewerkschaft meint, daß jedoch die Erhöhung mindestens zehn Monatstarifstundensätze betragen müßte, das würde einem Lohn- und Gehaltsvolumen von 0,5 Prozent entsprechen.

Obwohl der Bundesrahmentarifvertrag erst zum 31. Dezember 1984 kündbar ist, will die IG BSE auch über Arbeitszeitverkürzungen verhandeln. Sie favorisiert im Baubereich die Vorruhestandsregelung, hält allerdings den Blümschen Gesetzentwurf für unzureichend. Im Baugewerbe beläuft sich die Zahl der über 58jährigen auf rund 32000 oder rund 3 Prozent der Beschäftigten.

IG-Metall-Aktion Leistungsschraube stop!

Anfang Dezember startete die IG Metall ihre Aktion „Leistungsschraube stop!“ (s. NACHRICHTEN 1/84). Über das Ziel dieser Aktion und die Wege, die zu diesem Ziel führen, veröffentlichte der Vorstand der IG Metall ein Material, aus dem wir wesentliche Aussagen veröffentlichen.

1. Worum geht es?

Wir stehen heute mitten in den Vorbereitungen für die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Die ersten Plakate hängen am Schwarzen Brett, und die ersten Wochenendschulungen sind gelaufen. Im Betrieb gibt es lebhafte Diskussionen. Viele haben anfangs gezweifelt, aber die Bereitschaft mitzumachen, mitzukämpfen nimmt zu. Viele Metaller bekennen Farbe und haben den 35-Stunden-Aufkleber am Arbeitsplatz oder auf das Auto aufgeklebt. Bei den Diskussionen spielen viele Probleme eine Rolle:

Wie ist das mit dem vollen Lohnausgleich?

Wie viele Arbeitsplätze bringt die 35-Stunden-Woche?

Werden wir unser Ziel erreichen?

Wohl jeder Funktionsträger mußte sich schon mit dem Argument auseinandersetzen, ob die 35-Stunden-Woche nicht zu einer zusätzlichen Leistungsverhärfung führt. Manche Kollegen befürchten:

„Wir müssen dann in 35 Stunden dasselbe Arbeitspensum schaffen wie heute in 40 Stunden. Da nimmt der Streß nur zu, und eingestellt wird auch niemand.“ Das ist so natürlich nicht richtig. Dennoch knüpft diese Befürchtung an handfeste Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen an. Denn die Leistungsschraube wird seit Jahren von den Unternehmern stärker angezogen.

Die Ausgangslage: Arbeitstempo und Leistungsdruck sind stark gestiegen. Eine immer engere Anpassung der menschlichen Arbeitskraft an den zunehmend von Maschinen, Computern und elektronischen Geräten bestimmten Produktions- und Leistungsprozeß verstärkt die Arbeitsbelastungen. Enorme Konzentrationsanforderungen bei fortschreitender Monotonie und zerstückelten Tätigkeiten verstärken den Streß bei der Arbeit. Noch perfektere, kontinuierliche Leistungskontrollen machen den Arbeitstag oft zu einem Tag in Angst. Das Problem: Bevor die Unternehmen neue Arbeitskräfte einstellen, suchen sie erst nach Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Neben Rationalisierungen durch den Ein-

satz neuer Maschinen und Geräte haben sie immer die Leistung der Arbeitnehmer im Visier: Sie sollen möglichst viel hergeben.

Wenn die 35-Stunden-Woche erkämpft wird, hätten es die Unternehmer natürlich am liebsten, wenn die „alte Belegschaft“ in 35 Stunden die Arbeit für 40 Stunden erledigt. Damit sie um Neueinstellungen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „herumkommen“. Es kann also sein, daß sie versuchen, die Leistungsschraube anzuziehen. Bei Akkord- und Prämienlöhnen könnten sie verstärkt versuchen, Vorgaben, Verteilzeiten und Erholzeiten zu kürzen. Bei den Zeitlöhnen und den Angestellten könnten sie versuchen, noch mehr Termindruck zu erzeugen. „Kalte Vorgaben“ einzuführen, mehr Überstunden zu verlangen oder Aufträge an Fremdfirmen zu vergeben, um keine „Neuen“ einzustellen.

Unsere Ziele: Die Leistungsintensität darf nicht zunehmen. Die Versuche der Arbeitgeber, nach Einführung der 35-Stunden-Woche die Leistungsschraube noch mehr anzuziehen, müssen abgewehrt werden. Es ist nicht möglich, in 35 Stunden die Arbeit von 40 Stunden zu schaffen. Die 35-Stunden-Woche muß Arbeitsplätze sichern und schaffen. Bei der Leistungsverhärfung können wir gegenhalten, wenn alle Metaller gemeinsam mitmachen. In der Aktion „Leistungsschraube stop!“ sollen alle unsere Möglichkeiten dazu systematisch zusammenfließen. Leistungsverhärfung muß nicht sein! Im Rahmen der Aktion soll für jede einzelne Abteilung deutlich werden, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze sichert und schafft. Für jede einzelne Abteilung im Betrieb muß deutlich werden, daß die Leistungsschraube gestoppt werden kann. Damit ist die Aktion auch ein wichtiges Mittel zur Mobilisierung. Durch die Plakate und Flugblätter, die im Rahmen der Aktion veröffentlicht werden, sollen Diskussionen in Gang gesetzt werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen sollen sich weiter aktiv mit unserer Forderung auseinandersetzen.

Eins ist klar: Die Unternehmer werden versuchen, die Leistungsschraube stärker anzuziehen, egal ob wir 40 oder 35 Stunden arbeiten. Doch wenn alle mit anpacken, können wir gegenhalten. Für uns gilt: Leistungsschraube stop! Für den Vertrauenskörper und den Betriebsrat bedeutet die Aktion ein gutes Stück Arbeit. Doch hier gilt: Wir wollen lieber jetzt mit ganzer Kraft an das Problem herangehen als uns daran vorbeizumogeln. Wer jetzt mitzieht, hat später eine bessere Ausgangsposition, wenn es an die betriebliche Umsetzung der 35-Stunden-Woche geht.

2. Wie soll die Aktion laufen?

Das Aktionsprogramm „Leistungsschraube stop!“ ist in zwei Abschnitte gegliedert. Der Abschnitt I dient der Mobilisierung und Vorbereitung. Er beginnt jetzt, spätestens im Januar oder Februar 1984. Der eigentlich wichtige Abschnitt II beginnt unmittelbar nach dem Abschluß des neuen Manteltarifvertrages. Er dient der Umsetzung der neuen erkämpften Bestimmungen zur Arbeitszeitverkürzung. Der Abschnitt II wird Teil einer allgemeinen Aktion zur Umsetzung des neuen Manteltarifvertrages sein. Denn dann werden mehrere Probleme zu klären sein: Abbau von Überstunden, Regelung der täglichen Arbeitszeit, ggf. Aufstellung von neuen Schichtplänen...

3. Jetzt geht's los: Abschnitt I

■ **Aktionsschritt 1:** Tagesseminar der Verwaltungsstelle

Die Verwaltungsstelle bietet ein Tagesseminar an, wo anhand dieser Arbeitshilfe die Aktion vorbereitet wird und Probleme der Umsetzung diskutiert werden. Aus jedem Betrieb sollte ein Mitglied des Betriebsrates und der Vertrauenskörperleitung teilnehmen. Diese Kollegen sollen anschließend eine Arbeitsgruppe im Betrieb bilden, die dort die Aktion koordiniert. Ist es nicht möglich, ein Tagesseminar anzubieten, kann die Aktion auch auf zwei Zusammenkünften nach Feierabend vorbereitet werden.

Die Teilnehmer des Seminars sollten verabreden, daß sie sich in Abständen von 4 bis 6 Wochen zu einer zweistündigen Sitzung nach Feierabend treffen. Dort können dann Erfahrungen ausgetauscht, aufgetretene Probleme diskutiert und die gemeinsame Arbeit verbessert werden. Für die Verwaltungsstellen sind diese Zu-

Inhaltsverzeichnis:

IG Bau—Steine—Erden Zur Arbeitszeitverkürzung	15
Für die 35-Stunden-Woche: Ärzte unterstützen die Gewerkschaften	17
Willi Bleicher: Gewappnet bleiben gegen Angriffe von rechts	18
Ausländerfeindlichkeit nutzt Spaltung der Gewerkschaften	20
Entwurf für ein tarifpolitisches Programm der IG Chemie	22

sammenkünfte wichtig, um die Arbeit zu koordinieren. Wenn die Aktion angelaufen ist, kann die Verwaltungsstelle zur Aktion eine Pressekonferenz für die örtliche Presse veranstalten und auf der Wechelseite der Metall-Zeitung regelmäßig berichten.

■ Aktionsschritt 2: Arbeitsgruppe im Betrieb bilden

Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, die Aktion im Betrieb zu planen und durchzuführen. Selbstverständlich erfolgt dies in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung. Wie viele Mitglieder in der Gruppe mitarbeiten sollen, hängt von der Größe des Betriebes ab.

Der Idealfall wäre folgende Besetzung:
ein Mitglied der Vertrauenskörperleitung
ein Mitglied des Lohn- und Akkordausschusses
ein Mitglied des Gehalts- bzw. Angestelltenausschusses
ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses
ein Mitglied der Jugendvertretung

Im einzelnen haben diese Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe folgende Aufgabenschwerpunkte:

Vertrauenskörperleitung:

Da die Vertrauensleute im Rahmen der Aktion wichtige Aufgaben übernehmen, muß die Vertrauenskörperleitung diese Arbeit koordinieren.

Lohn- und Akkordausschuß:

Mitglieder des Lohn- und Akkordausschusses haben die meisten Erfahrungen darin, wie man gegen Leistungsverschärfung vorgehen kann. Sie kennen sich aus mit Zeitaufnahmen, Vorgabezeitkürzungen und ähnlichen Problemen. Sie kennen die Bestimmungen der Lohnrahmen- bzw. Manteltarifverträge, in denen ja schon heute für den Akkord- und Prämienlohnbereich handfeste Regelungen stehen, um die Leistungsschraube stoppen zu können.

Gehalts- bzw. Angestelltenausschuß:

Ein Mitglied aus dem Ausschuß kann die Problematik der Leistungsverdichtung im Angestelltenbereich am besten beurteilen, denn die Probleme liegen hier doch etwas anders als bei den Leistungslöhnen.

Wirtschaftsausschuß:

Das Mitglied aus dem Wirtschaftsausschuß hat die Aufgabe, der Arbeitsgruppe Informationen über die Personalplanung und die Rationalisierungsplanung des Unternehmers zu besorgen. Für jede Abteilung des Betriebes werden die Beschäftigtenzahlen zum 1. Januar 1984 benötigt. Außerdem muß eingeschätzt werden, welche Rationalisierungsmaßnahmen die Unternehmensleitung bereits geplant hat und wie viele Arbeitsplätze dadurch vernichtet werden. Besteht im Betrieb kein Wirtschaftsausschuß, sollte ein Mitglied des Betriebsausschusses in der Arbeitsgruppe mitarbeiten.

Jugendvertretung:

Wenn durch die 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze geschaffen werden, stehen natürlich die Auszubildenden an erster Stelle. Die Jugendvertretung muß einmal der Arbeitsgruppe Informationen über die Zahl der Auszubildenden geben, die übernommen werden müssen. Gleichzeitig kann die Jugendvertretung bei den Auszubildenden für unsere Forderungen werben:

„35-Stunden-Woche: Damit die Übernahme nicht Ausnahme bleibt“.

■ Aktionsschritt 3: Aktionen für den Betrieb planen

Die Arbeitsgruppe sollte sich einen Arbeitsplan erstellen, in dem die zeitliche Reihenfolge der Aktionsschritte, die Verantwortlichkeiten usw. festgelegt werden.

■ Aktionsschritt 4: Plakate aushängen

Liegen in der Arbeitsgruppe die Zahlen über den Personalstand der einzelnen Abteilungen vor, können die Betriebsplakate und Abteilungsplakate in der Arbeitsgruppe ausgefüllt werden. Für jede Abteilung wird die Beschäftigtenzahl bei der 40-Stunden-Woche und der 48-Stunden-Woche ausgewiesen.

■ Aktionsschritt 5: Leistungsbedingungen notieren

Mit den Flugblättern zum Notieren der Leistungsbedingungen werden die einzelnen Kolleginnen und Kollegen direkt angesprochen. Sie sollen ihr jetziges Arbeitspensum für sich persönlich notieren. Auf dieser Grundlage können die Versuche der Unternehmer zur Leistungsverschärfung erkennen. Im Abschnitt II des Aktionsprogramms kann darauf zurückgegriffen werden. Diese Aufschreibungen können dann zur Grundlage genommen werden, um das persönliche Leistungsverhalten zu regulieren. Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, muß auch das Arbeitspensum gekürzt werden.

Die Flugblätter müssen in der Verwaltungsstelle gedruckt werden, wo auch Druckvorlagen vorhanden sind. Die Flugblätter sollen vom 1. Bevollmächtigten und vom Vertrauenskörperleiter unterzeichnet werden.

Es gibt drei Flugblätter:
eins für die Akkord- und Prämienlöhner,
eins für Zeitlöhner und
eins für Angestellte.

In jedem Flugblatt sind zwei Seiten Platz gelassen, auf denen sich die Kolleginnen und Kollegen ihre Leistungsbedingungen notieren können. Warum gibt es verschiedene Flugblätter? Die Art der Leistungsvorgaben sind bei Leistungs- und Zeitlöhnern recht unterschiedlich und müssen deswegen auch anders notiert werden.

Wichtigster Grundsatz für die Flugblätter:

Die Vertrauensleute müssen die Flugblätter jedem einzelnen Kollegen überreichen und erläutern. Es bringt überhaupt nichts, wenn irgendwo in der Abteilung ein Stapel Flugblätter liegt, und keiner weiß warum. Es ist die Aufgabe der Vertrauensleute, bei den Kollegen „nachzuhaken“ und mit ihnen über die Aktion zu diskutieren. Gemeinsam kann dann besprochen werden, wie die Leistungsbedingungen am besten notiert werden können.

Auf einer Betriebsversammlung muß ausführlich über die Aktion berichtet werden und noch einmal die Zielsetzung verdeutlicht werden.

■ Aktionsschritt 6: Abschnitt II vorbereiten

Hier kommen auf die Arbeitsgruppe zwei Aufgabenblöcke zu:

- Informationen über geplante Rationalisierungsmaßnahmen einholen
- mögliche Maßnahmen der Unternehmensleitung zur Leistungsverschärfung einschätzen und Gegenmaßnahmen planen.

Die Informationen über die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmens trägt am besten das Mitglied des Wirtschaftsausschusses zusammen. Die Zahlen über die Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze werden im Abschnitt benötigt. Für jede Abteilung muß abgeschätzt werden, wie viele Arbeitsplätze das Unternehmen dort durch technische oder organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen abbauen will (z. B. durch den Einsatz von CNC-Maschinen, Industrierobotern, CAD-Anlagen, Textautomaten oder durch Kostensenkungsprogramme). Die Informationen können durch den Betriebsrat von der Unternehmensleitung abgefragt werden. Nach den §§ 90, 106 und 111 des BetrVG ist die Unternehmensleitung verpflichtet, solche Informationen zu geben.

Maßnahmen der Unternehmensleitung einschätzen und Gegenmaßnahmen planen: Bei einer strategischen Vorgehensweise der Interessenvertretung ist es wichtig, ein paar Schritte im voraus zu denken. Die Arbeitsgruppe sollte sich die Zeit nehmen und einmal systematisch überlegen, was am Tag X passiert. Die Arbeitsgruppe könnte sich die Frage stellen: „Stell dir vor, am Tag X wird die 35-Stunden-Woche eingeführt. Welche Maßnahmen zur Leistungsverschärfung könnte die Unternehmensleitung ergreifen? Was können wir dann dagegen tun?“ Diese Auseinandersetzung kommt auf jeden Fall, wenn der neue Manteltarifvertrag umgesetzt werden muß. Es ist für den Vertrauenskörper wichtig, mit klaren Zielvorstellungen in diese Auseinandersetzung zu gehen.

4. Schon jetzt planen: Abschnitt II

Unmittelbar nach dem Abschluß des neuen Manteltarifvertrages wird die IG Metall eine Aktion zur Umsetzung des Vertrages starten. In diesem Rahmen wird natürlich auch die Aktion „Leistungsschraube stop!“ weitergeführt.

Bei dieser Beschäftigungswirkung muß berücksichtigt werden, daß die Unternehmer in einigen Bereichen massive Rationalisierungsmaßnahmen bereits geplant haben, durch die Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier muß dann die positive Beschäftigungswirkung der 35-Stunden-Woche gegen diesen Arbeitsplatzabbau aufgerechnet werden. In einigen Abteilungen wird die 35-Stunden-Woche „nur“ Arbeitsplätze sichern. In Abteilungen, in denen jedoch keine Rationalisierungsprogramme laufen, schlägt der Beschäftigungseffekt der 35-Stunden-Woche voll durch, so daß Neueinstellungen erforderlich sind. Die Unternehmer werden versuchen, diese Neueinstellungen zu vermeiden, etwa dadurch, daß sie an der Leistungsschraube drehen.

Zweifelloos wird die Umsetzung im Zeitlohn- und Angestelltenbereich schwierig sein. Aber gerade deswegen ist es hier wichtig, durch ein gemeinsames und solidarisches Vorgehen zu versuchen, die Leistungsschraube zu stoppen. Es kann z. B. versucht werden, durch eine gemeinsame Ausschöpfung der individuellen Beschwerderechte nach §§ 84/85 BetrVG Druck zu entwickeln.

Übernahme von Auszubildenden: Wenn aufgrund der 35-Stunden-Woche Neueinstellungen erforderlich werden, sind natürlich die Auszubildenden zuerst an der Reihe. Aufgrund der erforderlichen Beschäftigtenzahlen kann dann genau nachgewiesen werden, in welche Abteilung Auszubildende übernommen werden können.

5. Leistungsschraube stop!: Ansatzpunkte für unser Handeln

Die rechtlichen und tarifvertraglichen Handlungsmöglichkeiten sind sehr unterschiedlich für die Akkord- und Prämienlöhner auf der einen Seite und die Zeitlöhner und Angestellten auf der anderen Seite.

■ **Akkord- und Prämienlohn:** In diesem Bereich unterliegt die Höhe der abgeforderten Leistung der Mitbestimmung des Betriebsrates. Die Unternehmer können hier nicht ohne weiteres an der Leistungsschraube drehen. Sie sind an die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes und der Tarifverträge gebunden. Im § 87 Abs. 1 Ziff. 11 ist die Mitbestimmung des Betriebsrates über die Akkord- und Prämiensätze verankert. Diese Mitbestimmung muß im engen Zusammenhang mit den tariflichen Regelungen gesehen werden. Die Regelungen zum Akkord- und Prämienlohn stehen entweder im Lohnrahmentarifvertrag oder im Manteltarifvertrag.

■ **Akkordlohn:** Im Akkordlohnbereich können die Unternehmer bestehende Vorgabezeiten nur unter bestimmten Bedingungen neu festsetzen, z. B. bei technischen Änderungen, organisatorischen Änderungen, Stückzahländerungen usw. Dazu gibt es Bestimmungen in den Lohnrahmen- und Manteltarifverträgen. Bei der Festsetzung von neuen Vorgabezeiten ist der Unternehmer an die Bestimmungen dieser Tarifverträge gebunden. Unzumutbare Vorgabezeiten können vom Betriebsrat und den Beschäftigten reklamiert werden. Gegebenenfalls wird dann eine neue Zeitaufnahme (Kontrollaufnahme) durchgeführt und die Zeit von der paritätischen Lohn- und Akkordkommission neu festgesetzt. Im Streitfall entscheidet entweder die Einigungsstelle oder die tarifvertragliche Schlichtungsstelle.

■ **Prämienlohn:** Hier unterliegen die abgeforderten Arbeitsergebnisse der Mitbestimmung des Betriebsrates. Über die Prämiengangsleistungen und Prämienleistung ist eine Betriebsvereinbarung abzuschließen. Nach der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche können die Unternehmer die abgeforderten Arbeitsergebnisse nur erhöhen, wenn sie die alte Betriebsvereinbarung kündigen und mit dem Betriebsrat eine neue Betriebsvereinbarung abschließen. Da die alte Betriebsvereinbarung Nachwirkung hat, sind die Position des Betriebsrates und damit die Schutzmechanismen noch stärker als beim Akkordlohn. Werden erhebliche technische Ände-

runge vorgenommen, können die Unternehmer kürzere Vorgabezeiten durchsetzen. In keinem Fall können sie die Verkürzung der Arbeitszeit dafür zum Anlaß nehmen. Im übrigen setzen dabei die einschlägigen Tarifvertragsbestimmungen sehr enge Grenzen.

Sollten die Arbeitgeber es trotzdem versuchen, könnten die Vorgabezeiten reklamiert werden. Die paritätische Lohn- und Akkordkommission und ggf. die Einigungs- oder Schlichtungsstelle muß dann zusammentreten. Diese Mitbestimmungsrechte werden die Unternehmer abschrecken, im Akkord- und Prämienlohnbereich an der Leistungsschraube zu drehen.

■ **Zeitlohn und Gehalt:** Bei den Zeitlöhnern und Angestellten bestehen keine Mitbestimmungsrechte über die Höhe der abgeforderten Arbeitsleistung. Bei den Zeitlöhnern könnte versucht werden, sie in den Akkord- oder Prämienlohn zu überführen (Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Ziff. 10 BetrVG). Doch derartige Verhandlungen können sich sehr lang hinziehen. Daraus ergibt sich die Konsequenz: Gerade im Zeitlohn- und Angestelltenbereich kann die Leistungsschraube nur durch betriebsspolitische Aktionen der Interessenvertretung unter aktiver Einbeziehung der Betroffenen gestoppt werden.

Im Rahmen des Abschnitts II der Aktion können dazu die Beschwerderechte des Betriebsverfassungsgesetzes herangezogen werden. Diese individuellen Beschwerderechte können recht wirksam sein, wenn sie gemeinsam von vielen Kolleginnen und Kollegen gleichzeitig genutzt werden. Wenn in einer Abteilung nach der erfolgten Arbeitszeitverkürzung keine neuen Stellen geschaffen werden, muß die Forderung nach Neueinstellung erhoben werden. Denkbar wäre, daß alle Beschäftigten dieser Abteilung einen gleichlautenden Brief an die Unternehmensleitung schreiben und sich nach § 84 BetrVG über die Leistungsverdichtung beschweren. Nach § 85 BetrVG kann dann der Betriebsrat aktiv werden und den Arbeitgeber in Verhandlungen zwingen. Dies ist kein Patentrezept, aber wenn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, kann genügender Druck erzeugt werden. Denkbar ist auch das gemeinsame Aufsuchen der Sprechstunden des Betriebsrates nach § 39 BetrVG und die Einberufung von zusätzlichen Betriebsversammlungen, wo über das Problem sehr lange diskutiert werden kann.

Zu den genannten Möglichkeiten wird die IG Metall unmittelbar nach dem Abschluß des neuen Manteltarifvertrages entsprechendes Material bereitstellen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch wichtig, daß die Interessenvertretung schon jetzt derartige Aktionen plant und in Diskussionen mit den Beschäftigten rechtzeitig vorbereitet.

IG Bau – Steine – Erden zur Arbeitszeitverkürzung

Am 1. Dezember 1983 verabschiedete der Gewerkschaftsbeirat der IG Bau – Steine – Erden, das höchste Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, nachfolgende Entschliebung unter der Überschrift: „Ohne Arbeitszeitverkürzung keine Bewältigung der Beschäftigungskrise“:

1. Die seit Jahren anhaltende und anwachsende Krise der Volkswirtschaft hat zur schwersten Beschäftigungskrise seit Bestehen der Bundesrepublik geführt. Die wachstumspolitischen Möglichkeiten werden auf absehbare Zeit nicht ausreichen, einer Massenarbeitslosigkeit auf Dauer Herr zu werden. Weitere negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sind durch strukturelle und technologische Entwicklungen zu befürchten. Auch bei einer Verbesserung der Auftragslage ist nicht mit einer durchgreifenden Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

2. Die Massenarbeitslosigkeit kostet uns allein in diesem Jahr 55 Milliarden DM. Finanzielle Bedrängnis und seelische Not halten in immer mehr Arbeitnehmerfamilien Einzug. Gleichzeitig sind wir uns

bewußt, daß ein Millionenheer von Arbeitslosen auf Dauer gesehen die politischen und sozialen Fundamente dieser Gesellschaft zerstört.

3. In dieser Situation ist eine Verkürzung der Arbeitszeit als eine der notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Beschäftigungskrise zwingend geboten. Das verfügbare Arbeitsvolumen muß gleichmäßiger und gerechter verteilt werden. Da mittelfristig in der Bau- und Wohnungswirtschaft eher mit einem sinkenden Arbeitskräftebedarf zu rechnen ist, sind wir verpflichtet, alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung zu durchdenken und auf ihre Tauglichkeit für unsere Gewerbegebiete zu überprüfen. Unsere Zielsetzung der Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung ist auf verschiedenen Wegen erreichbar:

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch Urlaubsverlängerung
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit
- durch Vorziehen der flexiblen Altersgrenze
- durch eine Vorruhestandsregelung.

4. Die IG Bau – Steine – Erden ist sich darüber im klaren, daß alle Maßnahmen auch unter dem Gesichtspunkt der Kosten zu durchdenken sind. Die IG Bau – Steine – Erden wird dazu ihren konstruktiven Beitrag leisten. Es ist sinnvoller, Milliarden-Beträge beschäftigungswirksam zu investieren, als damit Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

5. Bei allen Rahmen- und Manteltarifverhandlungen wird die IG Bau – Steine – Erden die Verkürzung der Arbeitszeit zu einem zentralen Verhandlungsgegenstand machen. Sie wird dabei diejenige Form der Arbeitszeitverkürzung vorziehen, die für den Arbeitsmarkt die wirksamste Entlastung bringt und den Interessen der Mitglieder, Arbeitslosen wie Beschäftigten am nächsten kommt. Dabei ist den sehr unterschiedlichen Gegebenheiten, wie sie sich in unserem gesamten Organisationsbereich auf Grund von unregelmäßiger Auftragsvergabe, Witterungsabhängigkeit und ständigem Baustellenwechsel ergeben, Rechnung zu tragen. Flexibel handhabbare und differenzierte Lösungen sind anzustreben. Dabei muß die Arbeitszeitverkürzung in größeren Schritten erfolgen, damit ihre Wirkung nicht durch mehr Überstunden und höheren Leistungsdruck wettgemacht wird.

— Die Forderung nach Verkürzung der Jahresarbeitszeit in Form von Verlängerung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage steht heute nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Erholungsbedürfnisses, sondern muß auch als ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes gesehen werden.

6. In den Bereichen von Baustoffindustrie, Wohnungswirtschaft und Architektur- und Ingenieurbüros ist durch die Entwicklung und zunehmende Anwendung neuester Technologien mit massenhaften Verlusten von Arbeitsplätzen zu rechnen, was eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu einem dringenden Erfordernis macht.

7. Aber auch die Herabsetzung des Rentenalters ist beschäftigungswirksam; sie sichert vorhandene Arbeitsplätze und gibt arbeitslosen jüngeren Arbeitnehmern eher die Chance, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Die vorzeitige flexible Altersgrenze hat einen hohen Humanisierungseffekt und kommt dem Wunsch vieler älterer Kollegen entgegen, in gesundheitlich guter Verfassung in Rente zu gehen. Es ist besser, einem abgearbeiteten älteren Menschen früher den verdienten Ruhestand zu finanzieren, als einem jungen Arbeitslosen Arbeitslosengeld zu zahlen. Unter diesem Gesichtspunkt sind solche Regelungen durchaus finanzierbar.

Die IG Bau – Steine – Erden wird der Verkürzung der Lebensarbeitszeit in bestimmten Gewerbegebieten vor oder neben anderen Maßnahmen den Vorzug geben.

8. Der jetzt vorliegende Entwurf der Bundesregierung für eine Vorruhestandsregelung weist wohl in die richtige Richtung; die dort gesetzten Eckdaten sind jedoch für die IG Bau – Steine – Erden unbefriedigend. Die Altersgrenze ist zu hoch, das Vorruhestandsgeld zu niedrig und die Mitbestimmung der Betriebsräte nicht be-

achtet. Dieser Gesetzentwurf führt zu keinen nennenswerten Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt. Die IG Bau – Steine – Erden erwartet von der Bundesregierung ein dahingehend verändertes Gesetz.

9. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört darüber hinaus, daß sich der Staat nicht seiner Verantwortung für Beschäftigung und sozialen Ausgleich entziehen darf. An die Adresse der öffentlichen Bauauftraggeber geht erneut unsere Forderung, für eine Verstärkung der Aufträge zu sorgen sowie eine längst überfällige Anpassung der Arbeitszeitordnung an die tariflichen und arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten vorzunehmen.

10. Die Arbeitgeber sind aufgerufen, ihre Haltung zur Arbeitszeitverkürzung zu überdenken und sich der gesellschaftspolitischen Mitverantwortung für die Lösung der Beschäftigungsprobleme konstruktiv zu stellen.

11. Beschäftigung und Existenzsicherung für Arbeitnehmer und deren Familien ist nach unserem gewerkschaftlichen Verständnis nicht etwas, was man uns großzügigerweise gewährt, sondern ein unabdingbares Menschenrecht allererster Ordnung. Im Interesse ihrer Mitglieder wird die IG Bau – Steine – Erden alle Anstrengungen unternehmen, um durch Arbeitszeitverkürzungen und eine wirksame Bekämpfung der illegalen Leiharbeit die drängenden Probleme auf dem Bauarbeitsmarkt zu meistern.

Die bauspezifischen Verhältnisse erfordern es darüber hinaus, Regelungen zu vereinbaren, die zu einer ganzjährigen Beschäftigung führen und damit ein ganzjähriges Einkommen sichern.

Arbeitszeitpolitik der IG Bergbau und Energie

Am 19. Dezember hat der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie (IGBE) sich mit Fragen der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt. Folgendes Strategiepapier ist das Resultat der Diskussion:

Seit 1980 ist die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland auf über 2 Millionen im Jahre 1983 gestiegen. Angesichts der weiterhin zu erwartenden strukturellen und technologischen Entwicklung und einer anhaltenden Wachstumsschwäche ist keine Besserung der Lage zu erkennen. Hinzu kommt, daß in den nächsten Jahren eine immer größer werdende Anzahl von Jugendlichen einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz sucht.

Vor diesem Hintergrund prognostiziert das Institut für Arbeitsmarktforschung der Bundesanstalt für Arbeit selbst bei einem Wirtschaftswachstum pro Jahr von 2 bis 2,5 Prozent im Schnitt der 80er Jahre für 1990 rd. 4,2 bis 4,5 Millionen Arbeitslose. Bei einer stagnierenden Wirtschaftsentwicklung wie 1981, einem Rückgang des Sozialproduktes von einem Prozent im Jahre 1982 und einem für 1983 erwarteten Wachstum zwischen 0,5 bis 1 Prozent haben sich die Probleme eher verstärkt. Selbst wenn die Prognose des Sachverständigenrates für 1984 mit einer Wachstumsrate von 2,5 bis 3 Prozent eintritt, ist im Jahre 1984 bestenfalls mit einer Abschwächung des Zuwachses der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Mit der Hoffnung auf Wirtschaftswachstum allein sind die mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit verbundenen politischen und sozialen Probleme nicht zu lösen. Die Gewerkschaftsbewegung ist in besonderer Weise herausgefordert, ihrerseits einen tarifpolitischen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Wachstumsraten, die die Arbeitslosigkeit verringern könnten, haben wir in den nächsten Jahren nicht zu erwarten; deshalb gehen wir davon aus, durch Arbeitszeitverkürzung einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Ohne Arbeitszeitverkürzung besteht die Gefahr hoher Arbeitslosigkeit bis weit in die 90er Jahre.

Arbeitszeitpolitik hat auch in der Vergangenheit in der Tarifpolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie eine große Rolle gespielt.

- 8-Stunden-Tag.
- 40-Stunden-Woche.
- 30 Arbeitstage Urlaub, unabhängig von Alter und Betriebszugehörigkeit,
- Zusatzurlaub für Untertagebeschäftigte und für ältere Arbeitnehmer,
- Freistellung von der Arbeit an Heiligabend und Silvester,
- Freischichten für besonders belastende Schichtarbeit,
- Schichtzeitverkürzung auf 7 Stunden in heißen Betrieben der Steinkohle

sind unter anderem Tarifiergebnisse zur Humanisierung der Arbeit, aber auch mit Wirkung auf die Beschäftigung. Diese Ergebnisse sind Schritt für Schritt vereinbart worden; die Kosten wurden in den Tarifbewegungen berücksichtigt. Die Gewerkschaften haben gleichzeitig nicht darauf verzichtet, den Staat auf seine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern durch Beschäftigungs- und Sozialpolitik hinzuweisen.

Gerade die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat hier auf dem Hintergrund der Krise im Steinkohlenbergbau seit 1958 entscheidende Fortschritte erzielt, die durch die Stichworte „Knappschaftsausgleichsleistung“ und „Anpassungsgeld“ nur unvollkommen beschrieben sind.

1958 mußte zur sozialen Sicherung die Bezahlung der Feierschichten durchgesetzt werden, und 1983 wurde als Schutz vor Arbeitslosigkeit das Instrument der Anpassungsschichten erstritten.

Arbeitszeitverkürzung hat in besonderer Weise im Mittelpunkt der tarifpolitischen Überlegungen der nächsten Jahre zu stehen. Die Gewerkschaften wollen durch Arbeitszeitverkürzung

- den Anstieg der Arbeitslosigkeit abbremsen,
- bedrohte Arbeitsplätze sichern,
- die Arbeitslosigkeit reduzieren,
- die Arbeitswelt weiter humanisieren.

Der seit 1976 gemäß dem Antrag Nr. 128 auf dem Gewerkschaftskongreß in Dortmund von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie verfolgte Weg, die 4-Tage-Woche durch eine Verringerung der Pflichtschichten pro Jahr zu erreichen, muß fortgesetzt werden. Es sind 30 Arbeitstage Urlaub, bezahlte Freistellung am 24. und 31. Dezember, Freischichten für besonders belastende Tätigkeiten, wo noch nicht erreicht, anzustreben.

Es sind weitere Schritte zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu gehen. Die Lebensarbeitszeit ist durch die flexible Altersgrenze allgemein für die unter Tage beschäftigten Bergleute unter besonderen Bedingungen und für die im Steinkohlenbergbau Beschäftigten im Falle von Rationalisierungsmaßnahmen (Stilllegungen) wesentlich reduziert worden.

In den Tarifbereichen, die nicht unter diese besonderen Bedingungen fallen, scheint in der Verkürzung der Lebensarbeitszeit das Schwergewicht der Erwartungen zu liegen. Vorruhestandsregelungen können in einigen Bereichen kurzfristig Arbeitsmöglichkeiten für jüngere Arbeitnehmer bzw. für Arbeitslose erbringen.

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen erwartet der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, daß in allen Organen, besonders in den Tarifberatungskommissionen, das Thema „Arbeitszeitverkürzung“ im Jahre 1984 behandelt wird; er erwartet, daß dies unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation geschieht.

Dabei geht der Hauptvorstand von folgenden Grundsätzen in Abstimmung mit den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus:

1. Die Verkürzung der Arbeitszeit steht im Vordergrund der tarifpolitischen Überlegungen der nächsten Jahre.
2. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeit sind gleichgewichtige Ansatzpunkte.
3. Es sollte die Form der Arbeitszeitverkürzung gewählt werden, die für die Arbeitsmarktsituation am wirkungsvollsten ist.
4. Bei Arbeitszeitverkürzung ist der volle Lohnausgleich zu fordern. Voller Lohnausgleich ist dann gewährleistet, wenn zum Zeitpunkt einer Arbeitszeitverkürzung die nominellen Wochenlöhne bzw. Monatsgehälter unverändert bleiben.

Die Arbeitgeber und die Politiker bleiben aufgefordert, ihren Beitrag zur Verkürzung der Arbeitszeit auf den verschiedenen Wegen als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie weiß, daß die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund nur erfolgreich sein kann, wenn sich die Gewerkschaften weiterhin solidarisch verhalten.

Für 35-Stunden-Woche: Ärzte unterstützen die Gewerkschaften

Unterstützung haben die für Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eintretenden Gewerkschaften nun auch von Ärzten erhalten. Beispielsweise begrüßt die in der Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen vertretene „Liste Demokratischer Ärzte“ (LDÄ) in einer Presseerklärung die 35-Stunden-Woche unter gesundheitspolitischen Gründen. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir die Erklärung im Wortlaut:

Die Auseinandersetzungen um Formen und Effekte unterschiedlicher Modelle der Arbeitszeitverkürzung werden gegenwärtig hauptsächlich unter arbeitsmarkt- und finanzpolitischen Gesichtspunkten geführt, während medizinische und gesundheitspolitische Aspekte des Problems weitgehend vernachlässigt werden. Wir halten dagegen gerade die medizinischen und gesundheitspolitischen Aspekte der Arbeitszeitverkürzung für eine vorrangige gesellschaftliche Zielsetzung.

Alle verfügbaren Daten und Analysen der letzten Jahre zeigen, daß Arbeitsbedingungen und Belastungssituation an den Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik keineswegs nachhaltig verbessert werden konnten. Im Gegenteil haben Rationalisierung und Computerisierung von Arbeitsabläufen zu wachsendem Arbeitsdruck und Leistungsverdichtung in den Betrieben geführt.

Die zunehmende Zahl von Nacht- und Schichtarbeitern, die „Verakordisierung“ von Bürotätigkeiten, der Einsatz von Mikroelektronik auch zur Kontrolle der Arbeitsleistung in Produktion und Verwaltung haben zur Ausbreitung neuartiger Belastungen geführt. Große Teile der abhängig Beschäftigten klagen über starke Anspannungen und Konzentrationsanforderungen, zu hohes Arbeitstempo, Streß und Monotonie am Arbeitsplatz. Statische Halte- und Haltarbeiten, geringer gewordene räumliche und zeitliche Dispositionsmöglichkeiten bei der Arbeit führen zu einseitigen körperlichen, psychischen und sozialen Belastungen. Erste Anzeichen dafür können bei den Betroffenen Störungen des Wohlbefindens sein wie: Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, andauernde Müdigkeit bei gleichzeitiger nächtlicher Schlaflosigkeit, verstärktes Rauchbedürfnis, Gereiztheit oder Magen- und Darmbeschwerden.

Langfristige Auswirkungen dieser Entwicklung schlagen sich in seit Jahren steigenden Frühinvaliditätsraten der gesetzlichen Rentenversicherung nieder. 1982 waren

60 Prozent der Arbeiterinnen

55 Prozent der Arbeiter

45 Prozent der weiblichen Angestellten

34 Prozent der männlichen Angestellten

beim Eintritt in die Rente berufs- oder erwerbsunfähig. Das durchschnittliche Zugangsalter der Rentenempfänger in der gesetzlichen Rentenversicherung lag 1982 für die

Arbeiter bei 57,8 Jahren

Arbeiterinnen bei 59,7 Jahren

Angestellten bei 60,1 Jahren

weiblichen Angestellten 59,2 Jahren,

also z. T. deutlich unter den gegenwärtig geltenden allgemeinen Ruhestandsgrenzen.

Der Vorschlag des Bundesarbeitsministers einer Vorruhestandsregelung (freiwilliges Ausscheiden mit 59 Jahren) könnte zwar den gesundheitlich beeinträchtigten älteren Beschäftigten zum frühen Eintritt in den verdienten Ruhestand verhelfen, änderte unter Berücksichtigung medizinischer und gesundheitspolitischer Gesichtspunkte allerdings nichts an den Ursachen arbeitsbedingter Erkrankungen und der Frühinvalidität. Die LDÄ ist daher der Ansicht, daß die Herabsetzung der Rentenaltersgrenze für alle Beschäftigten als zusätzliche Maßnahme der Arbeitszeitverkürzung durch den Gesetzgeber geregelt werden sollte, keineswegs aber als Ersatz für weitergehende Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung anzusehen ist.

Für vordringlich und von den Tarifparteien zu lösen hält die LDÄ dagegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Diese Maßnahme hat gegenüber der Herabsetzung des Rentenalters eindeutig präventiven Charakter, da sie darauf abzielt, die Einwirkungsdauer schädigender Einflüsse am Arbeitsplatz zu verringern, so das Belastungsniveau zu senken und eine irreversible Abnutzung der Leistungsfähigkeit zu verhindern oder zumindest abzumildern.

Die Reversibilität von verausgabter Gesundheit durch berufliche Arbeit steht also unter medizinischen und gesundheitspolitischen Gesichtspunkten im Mittelpunkt einer Arbeitszeitverkürzungsstrategie. Erholung und Regeneration der Arbeitskraft müssen innerhalb des Zeitraumes einer Arbeitswoche möglich sein. Sie dürfen nicht über längere Perioden hinweg auf Jahresurlaub oder gar den Lebensabend verschoben werden. Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich, die Entdichtung des Arbeitstages durch Erholpausen als eine Maßnahme gegen die Steigerung der Arbeitsintensität und die nachhaltige Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen bieten nach Auffassung der LDÄ die besten Chancen, dem wachsenden Gesundheitsverschleiß durch die Berufstätigkeit entgegenzuwirken.

Darüber hinaus begrüßt die LDÄ auch die beschäftigungspolitische Wirkung der Arbeitszeitverkürzung als einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Bereits in früheren Stellungnahmen hat die LDÄ darauf hingewiesen, daß Massenarbeitslosigkeit schwere gesundheitliche und soziale Schäden verursacht, von denen nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch ihre Familien betroffen sind.

„Die Arbeitszeitordnung war und bleibt ein Kriegsvorbereitungsgesetz. Daß sie heute noch unverändert gültig ist, ist ein Skandal, der schleunigst beseitigt werden muß.“

(Klaus Lang, Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall, am 21. Januar 1984 in Frankfurt)

Willi Bleicher: Gewappnet bleiben gegen Angriffe von rechts

Kurz nachdem die Druckplatten unserer 2. Auflage des Buches „Willi Bleicher – Ein Leben für die Gewerkschaften“ fertig waren, bekamen wir den Wortlaut einer Rede zugeschickt, die der schon zur Legende gewordene Gewerkschaftsfunktionär Willi Bleicher anlässlich des Antikriegstages 1979 auf einer Kundgebung in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Struthof/Elsaß gehalten hat. In dieser Rede ruft Willi Bleicher dazu auf, gewappnet zu bleiben gegen die Angriffe von rechts. Als Ergänzung des genannten Buches und zur Information unserer Leser dokumentieren wir nachfolgend die verschollengeglaubte und nun wieder aufgetauchte Rede im Wortlaut. Wir danken dem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des DGB, Lothar Zimmermann, der uns dankenswerterweise, auf unsere Bitte hin, Bleichers Manuskript zur Verfügung stellte.

„Ab heute früh 5.45 Uhr wird zurückgeschossen“ – das verkündete Adolf Hitler vor 40 Jahren am 1. September 1939. Den Vorwand zum Zurückschießen lieferte der fingierte Überfall auf den Sender Gleiwitz, der von dem Teufel in Menschengestalt Heydrich inszeniert und in Szene gesetzt wurde. SS-Männer, in polnische Uniformen gesteckt, mußten den Sender Gleiwitz demolieren. Keine Gemeinheit, keine Niedertracht war zu schäbig, um den Vorwand des Zurückschießens zu liefern und propagandistisch auszuschlachten. Mit Lüge und Terror begann es bereits am 30. Januar 1933: Der Reichstag wurde angezündet, die Bücher fortschrittlicher Literatur verbrannten auf dem Scheiterhaufen. Der Judenhaß und in seinem Ergebnis die Judenverfolgung nahm ihren Anfang, nachdem Tausende von Antifaschisten, Gewerkschaftern, Kommunisten, Sozialdemokraten verhaftet, in die Konzentrationslager eingeliefert, auf der Flucht erschossen und gefoltert wurden. Ja, man muß gleich mir alle Stationen faschistischer Grausamkeiten am eigenen Leibe verspürt haben, um den Begriff „Hölle“ zu begreifen.

Hölle, was einst als Ort der Verdammnis im Jenseits und als Inbegriff grenzenloser menschlicher Verlorenheit galt, ist in der zwölfjährigen Periode des deutschen Faschismus zu einer diesseitigen Realität geworden. Der Mensch selbst erwies sich erfinderischer im Erfinden teuflischer Foltern, als man Angst vor den metaphysischen Herren der Hölle hatte. Der Mensch vermochte es, den Schrecken zu organisieren, nicht weil sein Erfindergeist Mittel der Vernichtung allen Lebens erfand, wie sie bisher nicht in Menschenhand gegeben waren, sondern weil er den Schrecken endloser Qual und das Recht schrankenloser Gewalt zu einer politischen Tugend pervertierte.

Der Faschismus war vom Wahne getrieben, die Vernichtung einer Klasse und Rasse könne der Menschheit zum Heil verhelfen. So richteten sie die faschistische Gewaltherrschaft. Um ihrem Fetisch zu dienen, verfeimten sie die Menschlichkeit und begannen, die Menschheit zu den Schinder- und Richtstätten der Gewalt zu treiben.

Es ist eine grausame Stunde, die mich vor dieses Rednerpult führt. Struthof, eines von den Hunderten Konzentrationslagern. Es war ein friedliches Fleckchen, bevor sie kamen, die Henkersknechte, um ihre Opfer auf diesen Berg zu treiben. Wie viele Seufzer, wie viele Klagen, wieviel Verzweifelter muß da vergebens in den Wind gesprochen worden sein. Wie viele Schüsse durchzuckten die Stille dieses Waldes, und wieder lagen sie verblutend auf dem Waldboden.

Und nun sehe ich im Geiste all jene 11 Millionen Männer, Väter, Frauen, Mütter und Kinder, gezeichnet von den Schlägen jener Knechte, die vorgaben, im Namen des Blutes, im Namen der abendländischen Kultur ihre Henkerfunktion zum ideal-menschlichen Verhalten erhoben zu haben. Ich sehe sie vor mir, diese Hun-

(Fortsetzung nach der Sonderdokumentation, Seite 19)

gernden, nach Freiheit nicht weniger als nach einer Krume trockenen Brotes. Die Erschlagenen, um ihres Glaubens willen Erschlagenen. Die um ihrer politischen Überzeugung willen Erhängten. Die um ihres Charakters willen Erschossenen. Ich sehe die Verzweifelnden, an den Menschen und an der Menschlichkeit Verzweifelnden.

Ihr habt es nicht gewußt, was uns geschehen! So hoch war nicht der Lagerzaun, so stumm das Sterben nicht, daß unser Hilfefeilen im Knall der Schüsse mußte untergehen.

Ihr hörtet nicht den Schrei der Todeskammern, der welterschütternd bis zum Himmel stieg, der Kinder Wimmern und der Alten Jammern, mit dem sich Sterbende ans Leben klammern.

Ihr hörtet nichts – ihr brülltet Heil und Sieg! Warum – warum?

Ihr rocht auch nicht den Brandgeruch der Essen, denn eure Sinne waren abgestumpft und rühmtet ihr euch nicht, habt ihr's vergessen, des Herzens Härte am Kristall zu messen – ihr habt ihn, wir sind Zeugen, übertrumpft. – So fragen uns die Toten.

Ja, wir Überlebenden waren Riesen an verwildertem Gefühl, aber Konfirmanden im politischen Denken. Wir begriffen nicht, daß Faschismus Krieg bedeutet, daß er den Popanz des Antibolschewismus und des Antisemitismus aufpflanzte. Eine Weltwirtschaftskrise, 7 Millionen Arbeitslose, eine zerrissene Arbeiterbewegung. Das ergab den Januar 1933. Das ergab Dachau, Buchenwald, Majdanek, Esterwegen, Auschwitz, Bergen-Belsen, Weissenau, Struthof und viele, viele andere. Das ergab den zweiten Weltkrieg und die tiefste Erniedrigung deutscher Geschichte.

Die Kriegsfurie begann vor 40 Jahren, sengend und brennend über Europas Fluren rasend und 50 Millionen Tote hinterlassend. Die Städte zerstört. Millionen Kriegsgefangener, an Leib und Seele zerschunden. Millionen von Flüchtlingen. Das ist die blutigste Bilanz des zweiten Weltkriegs, und der erste Weltkrieg 1914, auch von deutschem Boden ausgehend, hinterließ 20 Millionen Tote.

Das ergab auch die Teilung unseres Vaterlandes. Welch erschütternde Bilanz. Oh, vergessen wir es doch nie, daß der Faschismus die barbarischste und grausamste einer der möglichen Regierungsformen im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist.

Der Faschismus ist nicht tot. Sie marschieren wieder, besudeln die Wände mit Hakenkreuzen, schänden jüdische Friedhöfe, und wieder hören wir: Rotfront verrecke, Juden raus! Sie halten ihre Kongresse ab und marschieren durch die Straßen unserer Städte, und die Justiz ist wieder auf dem rechten Auge blind und um so hellsehender auf dem linken. Radikalerlasse, Berufsverbote sind Aussage nicht weniger als die Traditionspflege in der Bundeswehr. Wahrlich eine blutige Tradition. Wen wundert's, wenn Offiziere in den Straßen Münchens Judenverbrennung spielen und Rudel von ihnen gefeiert wird.

Nein, sie alle, die Erschlagenen und Gemarterten, wollen nicht als Märtyrer eingehen in die Geschichte, sondern, wenn ihr Tod einen Sinn haben soll, als Verpflichtung für uns. Wir dürfen als Überlebende keinen Augenblick an der immer drohenden Gefahr zweifeln. Wir müssen uns dem Humanismus als junge Menschen verpflichtet fühlen, aus ihm ergibt sich ganz zwangsläufig die Solidarität und Kollegialität arbeitender Menschen. Es ist nötig, innerlich gewappnet zu bleiben gegen jeden Angriff von rechts. Wir müssen lernen aus der Geschichte, wenn wir dazu nicht fähig und bereit sind, wird sie unsere Fehler und Halbheiten genauso gründlich grausam blutig korrigieren wie die Fehler und Unzulänglichkeiten unserer Väter.

Was muß aus einer Jugend werden, deren Väter niemals die ganze Freiheit errangen und sich mit ihrem Schein begnügten? Wir müssen bereit sein, dem unaufhörlichen Fragen junger Menschen nach dem Sinn ihres Daseins Antwort zu geben. Wir müssen den Willen haben, mit den Alten zusammen eine bessere Welt zu bauen, eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, eine Welt der internationalen Solidarität. Wir müssen begreifen, daß es nicht wesentlich ist, nur in dieser Welt zu leben, sondern wesentlich, diese Welt für uns und unsere Kinder lebenswerter zu gestalten. Und

was in unserem Leben besser werden soll, soll durchgesetzt sein mit dem Sterben der Millionen Opfer des Faschismus und des Krieges. So gehen wir mit diesen Toten Hand in Hand. Wohlan, himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse. Wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden, aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs stolz dahin bis zum Ziel, ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht ist – leben wird unser Programm, leben wird die Welt der erlösten Menschheit, trotz alledem und alledem. Wappnen wir uns mit dieser Zuversicht, mit diesem Glauben an unsere gewerkschaftliche Idee. Karl Liebknecht war's, der wenige Stunden vor seiner Ermordung diese Worte sprach. Es war Karl Liebknecht, der im August des Jahres 1914 die Kriegskredite verweigerte, der seiner Überzeugung als Antimilitarist treu blieb und Mut genug hatte, gegen den Strom der Herrschenden zu schwimmen.

Ja, hören wir, was uns Bertolt Brecht, der große Denker und Literat, als Vermächtnis hinterließ, wenn er sagt: Und doch wird mich nichts davon überzeugen, daß es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zuwenig gesagt wurde. Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind, denn der Menschheit drohen Kriege, ge-



gen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Das große Karthago führte drei Kriege, es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten, es war nicht auffindbar nach dem dritten. Ja, was wird erst mit unserem Planeten geschehen, wenn dem Wettrüsten nicht Einhalt geboten wird? Wenn schon jetzt Kanonen, Waffen und Bomben vorhanden sind, die die Erde 900mal in die Luft zu sprengen vermögen? Was geht in den Köpfen von Menschen vor, die gerade in Europa die Neutronenbombe einsatzwert finden, weil sie den Menschen zerstört und das Kriegspotential unbehebblich läßt, die das kleine Mädchen tötet und ihre Puppe im Arm unversehrt läßt?

Ja, wir wußten's, daß die Kriegsgewinnler und Rüstungshyänen immer aus Blut Gold zu münzen verstanden, darum treten wir ein für die Begrenzung und Reduzierung des Rüstungshaushalts, Verzicht auf alle neuen Rüstungsobjekte. Anstelle der Finanzierung der Rüstung von jährlich 30 Milliarden Mark in der Bundesrepublik fordern wir Finanzierung sozialer und demokratischer Reformen, Verringerung von Truppen und Rüstungen in aller Welt und Senkung der Rüstungsausgaben um wenigstens 10 Prozent. Deshalb, wer für den Frieden ist, muß gegen den Krieg kämpfen. Das, und nichts anderes, kann der Sinn eines Antikriegstages sein.

Ausländerfeindlichkeit nutzt Spaltung der Gewerkschaften

Etwa 300 Teilnehmer, vorwiegend aus dem Bereich Hochschulen und Wissenschaft, trafen sich Mitte November vergangenen Jahres in Frankfurt zum Kongreß „Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit“. Ein Kreis prominenter Wissenschaftler hatte zum Kongreß aufgerufen, der sich die Aufgabe stellte, der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit mit der Analyse ihrer Entstehungsbedingungen und der Entwicklung von Lösungen für die drängenden gesellschaftlichen Probleme entgegenzuwirken. Die Arbeit der Wissenschaftler soll auch nach dem Kongreß fortgesetzt werden, u. a. durch die Bildung einer Memorandumgruppe, die Empfehlungen für politische Maßnahmen ausarbeiten und der Öffentlichkeit regelmäßig Bericht erstatten soll.

In dem Kongreßaufruf heißt es, daß auch Teile der Wissenschaft an der Verbreitung rassistischer und antihumanistischer Ideologien, die ausländischen Arbeitskräfte die Schuld an einer Vielzahl von gesellschaftlichen Mißständen und Krisenerscheinungen zuweise, teilhabe. Deshalb dürfe eine humanistischen Zielen verpflichtete Wissenschaft nicht schweigen. Yilmaz Karahasan, Sekretär für Ausländerfragen beim Vorstand der IG Metall, hielt eines der Hauptreferate. Wir dokumentieren im folgenden seine um einige Passagen gekürzte Rede zum Thema „Itaker, Kanaken, Kümmeltürken – Ausländerfeindlichkeit aus der Sicht der Betroffenen“.

... Es ist längst an der Zeit, daß die Ausländerfeindlichkeit, die fast rassistische Züge annimmt, von allen demokratischen Kräften und Organisationen, aber auch von verantwortlichen Politikern mehr als bisher ernst genommen und durch Mobilisierung all ihrer Kräfte und Möglichkeiten bekämpft wird, will man tatsächlich in naher Zukunft „Schlimmeres“ vermeiden!

Trotz dieser Einschätzung der Situation bin ich nach wie vor der Meinung, daß die Ausländerfeindlichkeit nicht verallgemeinert werden darf. In der Entschliebung Nummer 25 stellt der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall dazu fest, daß in Teilen der Parteien, kirchlichen und anderen demokratischen Organisationen sowie der Bevölkerung immer mehr Menschen sich aktiv gegen die sich verbreitende Ausländerfeindlichkeit stellen, und ruft alle demokratischen Kräfte, Organisationen und Institutionen auf, die Bemühungen solidarisch zu unterstützen und daran aktiv mitzuwirken. Auch ihr Kongreß ist ein aktiver und konkreter Beitrag dazu! Aber die Tatsache, daß es in dieser massiven Art und Weise notwendig geworden ist, hier aktiv zu werden und gegenzusteuern, macht mehr als deutlich, daß die Anfänge, denen gewehrt werden muß, schon längst überschritten sind.

Die Massierung der Flugblätter, Aufrufe und Drohbriefe, gleichzeitig in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, läßt die Schlußfolgerung zu, daß hier ein koordiniertes Vorgehen der rechtsradikal-neofaschistischen Kräfte zu vermuten ist. Diese Drohungen sind nicht mehr allgemein, sondern sie werden gezielt auch an die persönlichen Adressen gerichtet ausgesprochen. Zum Verlassen Deutschlands werden jetzt verstärkt Zeitlimits gesetzt. Und wehrlose Kinder und Frauen werden zu Angriffsobjekten erklärt und somit zu Geiseln der faschistischen Terroranschläge gemacht.

Das sind die neuen Qualitäten bei dieser Entwicklung, die die Gefährlichkeit der ganzen Angelegenheit um so deutlicher machen. Auch der Nationalismus, der sich bis in die Regierungen hinein fast in allen Ländern Europas breit macht, ist eine weitere gefährliche Entwicklung, die massiv bekämpft werden muß. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das gesellschaftliche Klima gegenüber den ausländischen, hier insbesondere gegenüber den türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von massiven Feindseligkeiten geprägt ist. Bei der Entstehung dieses vergifteten Klimas können Politiker, Parteien und Parlamente, insbesondere die jetzige rechtskonservative Bundesregierung und die sie tragenden Parteien,

speziell CDU/CSU, von der Mitverantwortung nicht freigesprochen werden, weil sie es versäumt haben, die notwendigen Maßnahmen zur echten Förderung der sozialen Integration zu ergreifen. Sie haben es nicht nur versäumt, sie haben es sogar abgelehnt, solche Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet wären, die rechtliche und politische Gleichstellung und Gleichberechtigung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verwirklichen!

Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft ist u. a. die Frage, wie sie mit den Minderheiten fertig wird. Und die ausländischen Arbeitnehmer, ihre Familienangehörigen, Kinder und Jugendlichen bilden in dieser Gesellschaft eine Minderheit, und gleichzeitig gehören sie mehrheitlich zu der „unteren Unterschicht“ in der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Festzustellen ist, daß die Ausländerfeindlichkeit in dem Maße angewachsen ist, wie sich die wirtschaftliche Krise verschärft hat. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß nicht die Krise an sich die Ursache der Ausländerfeindlichkeit ist. Die Gründe sind vielmehr,

erstens, daß es der herrschenden Klasse bisher gelungen ist, die tatsächlichen Ursachen der Krise zu verschleiern;

zweitens, die breiten Schichten der Bevölkerung, d. h. die Masse der abhängig Beschäftigten, über die tatsächlichen machstrukturellen Verhältnisse in dieser Gesellschaft in Unwissen zu halten;

drittens, die ausländischen Arbeiter als „industrielle Reservearmee“ und konjunkturelle „Manövrierarmee“ zu benutzen, und

viertens, ihnen letztlich die Rolle des „Sündenbocks“ aufzudrücken.

Wenn bestimmte Professoren durch die „Unterwanderung“ des deutschen Volkes und „Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums“ die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Existenz gefährdet sehen und mit ihrem sogenannten „Heidelberger Manifest“ vom 17. Juni 1981 die geistigen Grundlagen und die pseudowissenschaftlichen Argumente liefern an die reaktionären Kräfte und Neonazis, die sie für ihre ausländerfeindlichen Hetzkampagnen benötigen;

wenn parallel dazu die Mitglieder des „Schutzbundes für das Deutsche Volk e. V.“ ... aus tieferem Einblick in die Geschichte, in die genetischen Gesetze, von ihrem Gewissen gedrängt, angesichts des Schicksals kommender Generationen nur für den Schutz unserer ererbten deutsch-christlich-abendländischen Kultur und Wertvorstellungen vor der Überrollung durch eine Flut aggressiven Asiatentums eintreten;

wenn bekannte Wissenschaftler sich zu einem eigenen Verein, „Thule-Seminar“ genannt, zusammenschließen und die Ideen und Forderungen der Französischen Revolution, insbesondere die Forderung nach „Gleichheit“ der Menschen, als politisch unrealistisch und eminent unbiologisch bezeichnen, die sich heute in unserer Gesellschaft zu einer sozialpathologischen Ideologie versteift haben,

dann ist in der Tat die Frage zu stellen, welche Entwicklungen und Veränderungen haben sich in dieser Gesellschaft geistig, politisch und wirtschaftlich vollzogen, die zu einem „Heidelberger Manifest“ führen konnten?

Pfarrer Herbert Leuninger stellt dazu folgendes fest. Er schreibt in seiner Abhandlung „Kirche und Heidelberger Manifest“, veröffentlicht in ZAR, Nr. 3/83: „... Es genügt nicht, sich mit einer kleinen Gruppe von mittlerweile öffentlich angeprangerten Professoren zu befassen. Für mich ist das Heidelberger Manifest mehr die wissenschaftlich überhöhte Artikulation eines gesellschaftlich diffusen Angstsyndroms als das Zeugnis einer geistigen Wende. Es könnte aber ein besonders krasses und deutliches Symptom dafür sein, daß sich größere geistige Umbrüche abzeichnen, oder aber, daß der gesellschaftliche Versuch eines Neuansatzes nach dem zweiten Weltkrieg in eine Krise geraten ist.“ Soweit das Zitat. Es ist offensichtlich, daß der Geist und die menschenverachtende Ideewelt dieser rechts-konservativen Wissenschaftler in der offiziellen Ausländerpolitik weitgehend ihren Niederschlag gefunden hat, und es ist zu erwarten, daß sie weiterhin ihren Niederschlag finden wird.

Wenn die verantwortlichen Spitzenpolitiker von Herrn Bundeskanzler Kohl bis hin zu Herrn Zimmermann von „zuviel Ausländern“, „Erschöpfung der Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft“, „Fremdartigkeit“ und sogar „Nicht-Integrationsfähigkeit“ beispielsweise der Türken sprechen; wenn sie landauf, landab verkünden, daß die Familienzusammenführung unterbunden, die Ausweisungsbestimmungen verschärft, die Zahl der Ausländer bis 1990 halbiert, sie in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden müssen; wenn sie konkret eine „Ausländerverdrängungs-, ja Vertreibungspolitik“ betreiben, dann braucht man sich nicht wundern, wenn der sogenannte Mann auf der Straße „Ausländer raus“ schreit, und die rechtsradikal-neofaschistischen Kräfte und Organisationen sich in ihren Parolen und Aktionen bestätigt und bestärkt fühlen...

Die reaktionären und faschistischen Ideologien setzen an den zerstörten Hoffnungen an und bieten auf den ersten Blick einfache, letztlich aber falsche und gefährliche Lösungen an. Die gängige Parole heißt heute: „Ausländer raus – Frauen nach Haus.“ Das Kapital und die reaktionären Kräfte haben ein Interesse daran, die Arbeitnehmerschaft zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Es geht schlicht und einfach darum, die ganze Last der Krise der internationalen kapitalistischen Volkswirtschaft überall, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, auf die abhängig beschäftigte Klasse abzuwälzen; die Kosten der wahnsinnigen Aufrüstung, die Kosten der skandalösen Arbeitslosigkeit und die Kosten der brachliegenden Produktionskapazitäten. Gleichzeitig geht es aber auch darum, die Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums von unten nach oben zu vollziehen, die Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung rückgängig zu machen.

Solange auch in diesem Lande jährlich 60 Milliarden und mehr für die Rüstung verpulvert werden, solange ist jeder Abstrich am Sozialhaushalt ein politischer Skandal ohnegleichen! Hier in diesem Zusammenhang wird die „Ausländerpolitik“ mit als ein Mittel benutzt, um die tatsächlichen Ursachen der Krise zu verschleiern. Mit der Verbreitung der „Sündenbocktheorie“ soll die Solidarität der abhängig beschäftigten Klasse getroffen, ihre gewerkschaftlichen Organisationen geschwächt werden.

„Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft... Jeder Angriff auf ihre Autonomie und ihre Handlungsfreiheit ist zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie.“ So steht es in der Präambel des Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wer also durch Schüren der Ausländerfeindlichkeit die Spaltung der Arbeitnehmerschaft und die Schwächung der Gewerkschaften betreibt, der greift die Grundlagen der Demokratie an! Dem mit aller Kraft entgegenzutreten ist eine der lebensnotwendigen Aufgaben der Gewerkschaften und aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte!

Das Kapital hat zum Großangriff angesetzt; die Wirtschaftspolitik der jetzigen Bundesregierung sowie die Vorschläge der Albrechtschen CDU in Niedersachsen zur sogenannten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind eine offene Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse dieses Landes! Um es mit den Worten des Kollegen Georg Benz zu sagen: „Nicht die Ausländer, nicht unser schwer erkämpfter sozialer Besitzstand und schon gar nicht die Arbeitslosen sind schuld an der Krise: Das Grundübel, das Arbeitsplätze vernichtet und Massenarbeitslosigkeit produziert, das Massenelend mit sich bringt, ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Dieses System ist nicht in der Lage, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Lebensqualität dauerhaft zu schaffen!“ Der große Gewerkschafter Willi Bleicher sagte einmal: „Wer den Kapitalismus akzeptiert, der sagt zugleich ja zu kapitalistischen Krisen und zur Arbeitslosigkeit.“ Daher sage ich in aller Deutlichkeit: Wer die Ausländerfeindlichkeit beseitigen will, muß die Arbeitslosigkeit beseitigen. Wer die Arbeitslosigkeit dauerhaft besiegen will, muß den Kapitalismus beseitigen!

Der Satz ist sicherlich richtig: „Wer aus der Geschichte nicht lernt, der ist gezwungen, sie zu wiederholen.“ Auf die Krise von 1873 folgte das Sozialistengesetz. Auf die Krise von 1929 – 12 Jahre Faschismus. Sorgen wir dafür, daß wir niemals in eine Situation kommen, wonach wir gezwungen werden, die Worte von Pastor Niemöller in abgewandelter Form zu wiederholen: Als sie die Türken holten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Türke! Als sie die anderen Ausländer holten, habe ich nicht protestiert. Ich war ja kein

Ausländer! Als sie mich holten, war niemand mehr da, der protestieren konnte!

Wieder einmal wird versucht, „Sündenböcke“ vorzuführen! Gestern waren es Juden, heute sollen es unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen, speziell unsere türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sein. Dies lehnen wir entschieden ab! Wir wissen, daß die von den rechts-reaktionär-faschistischen Kräften bewußt geschürte Ausländerfeindlichkeit in Wirklichkeit kein Rassen-, sondern ein Klassenproblem ist.

Wir haben die unverrückbare Aufgabe, gegen eine Politik, die

- Arbeitsplätze vernichtet,
- Lohn- und Sozialabbau betreibt,
- Gesundheit und Umwelt ruiniert,
- den Frieden gefährdet und gleichzeitig
- unsere demokratischen Rechte und Freiheiten zerstört,

geschlossen und offensiv aufzutreten, mit dem Willen und der kämpferischen Bereitschaft, die geltende Wirtschaftsordnung zu ändern!

Auf dem Wege dahin und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit kämpfen wir gemeinsam

- für die Sicherung und Erhöhung der Kaufkraft,
- für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- für die Verwirklichung der Investitionslenkung und -kontrolle,
- für die qualifizierte Mitbestimmung auf allen Ebenen,
- für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der marktbeherrschenden Unternehmungen und
- für die umfassende Demokratisierung der Wirtschaft!

Wir haben als ausländische Kolleginnen und Kollegen seit über 25 Jahren zur wirtschaftlichen und zur gesellschaftlichen Entwicklung in diesem Lande beigetragen. Wir haben solidarisch gekämpft für die Verteidigung unserer gemeinsamen Interessen und für die Durchsetzung unserer gemeinsamen Forderungen. Wir sind entschlossen weiterzukämpfen! Wir erwarten von unseren einheimischen Kolleginnen und Kollegen, von unseren gewerkschaftlichen Organisationen und von allen demokratischen Kräften weitere Solidarität im Kampf

- gegen die sich verbreitende Ausländerfeindlichkeit,
- gegen die Erschwerung der Familienzusammenführung,
- gegen die Verschärfung der Ausweisungspraxis,
- gegen die Empfehlung des Bundesinnenministers, unseren Rechtsstatus weiter zu verschlechtern,
- für die Sicherung und den Ausbau unseres Aufenthaltsrechtes,
- für die Verwirklichung unserer rechtlichen und politischen Gleichstellung und Gleichberechtigung, einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechtes, zumindest auf kommunaler Ebene.

Es muß Schluß gemacht werden, uns, die ausländischen Kolleginnen und Kollegen, zu „Sündenböcken“ zu erklären. Wir brauchen keine Sündenböcke. Wir brauchen eine Politik, die sich an unseren gemeinsamen Interessen als abhängig beschäftigte Klasse orientiert, Aufrüstung verhindert, den Frieden sichert; nicht aber eine Politik, die den Macht- und Profitinteressen der Unternehmer, den nationalen wie multinationalen Rüstungskonzernen dient! In diesem Sinne rufe ich auf zum weiteren und verstärkten solidarischen Kampf für die Verteidigung unserer gemeinsamen Interessen und für die Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft!

Entwurf für ein tarifpolitisches Programm der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik – Hauptvorstand

5/12/83

Arbeitszeitverkürzung

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und aus humanitären Gründen und zur Steigerung der Lebensqualität ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Einführung der 35-Stunden-Woche das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Kurzfristige Schritte und Zwischenschritte auf dem Wege zu diesem Ziel haben für die praktische Tarifarbeit unmittelbare Bedeutung. So ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für ältere und besonders belastete Arbeitnehmergruppen, die Einführung einer Tarifrante im Rahmen eines Vorruhestandsgeldes, der Abbau von Mehrarbeit und die Gewährung von Freizeitausgleich für unvermeidliche Mehrarbeitsstunden als ein tarifpolitischer Zwischenschritt zur allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu sehen.

Im Rahmen der von uns geforderten gesamtgesellschaftlichen Verabredung müssen alle Gruppen der Gesellschaft zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen.

Jede Form von Arbeitszeitverkürzung ist bei vollem Lohnausgleich vorzunehmen.

Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte müssen sicherstellen, daß Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen jeder Art den ohnehin schon hohen Arbeitsstreß in den Betrieben nicht weiter steigern. Zunehmende Arbeitsbelastungen, erhöhter Arbeitsstreß und eine zunehmende Leistungsintensivierung sind nicht nur aus Humanisierungsgesichtspunkten abzulehnen, sie vernichten die gewollten beschäftigungspolitischen Effekte.

Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen dürfen nicht durch vermehrte Überstunden kompensiert werden. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß es zu einer moralischen Kategorie werden, Mehrarbeit nicht mehr finanziell abzugelten, sondern sie durch die Gewährung bezahlter Freizeiten auszugleichen.

Zusätzliche Beschäftigungseffekte werden dadurch entstehen, daß erschwerte Arbeitsbedingungen verstärkt anstelle von Zuschlägen und Zulagen mit einem Freizeitausgleich abzugelten sind.

Alle angestrebten tariflichen Arbeitszeitbedingungen müssen durch die Betriebsräte wirksam kontrolliert werden können.

Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit kann aus gewerkschaftlicher Sicht nicht prinzipiell abgelehnt werden. Zur sozialen Sicherung der betroffenen Arbeitnehmer dürfen Teilzeitarbeitsverträge 21 Wochenstunden nicht unterschreiten.

Für Teilzeitarbeitsplätze in diesem Rahmen sprechen:

- das spezielle Interesse einzelner Arbeitnehmer in kürzeren Arbeitszeiten,
- die Nachfrage nach Arbeitszeiten, die in die familiäre Disposition eingepaßt sind,
- die Notwendigkeit eines zusätzlichen Verdienstes trotz Haushaltsführung, Kindererziehung und ähnlicher familiärer Verpflichtungen,
- gesundheitliche Einschränkungen (z. B. im Zusammenhang mit Berufsunfähigkeits- und Unfallrenten).

Durch eine vermehrte Zurverfügungstellung von Teilzeitarbeitsplätzen können die gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Probleme nicht gelöst werden. Aus der Arbeitslosenstatistik ergibt sich zwar ein realer Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen, aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen sucht jedoch der weit überwiegende Teil der arbeitslosen Männer und Frauen einen Vollzeit-arbeitsplatz.

Die geltenden Tarifverträge lassen Teilzeitbeschäftigung in fast allen Tarifvertragsbereichen der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik zu. In den Bestimmungen über die regelmäßige Arbeitszeit, die Mehrarbeit, den Urlaub und das zusätzliche Urlaubsgeld finden sich Hinweise auf die Behandlung von Teilzeitbeschäftigten. Teilzeitbeschäftigte erhalten in der Regel – entsprechend ihrem Anteil an der Normalarbeitszeit – einen anteiligen

Anspruch an den für die Vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer geltenden Tarifbestimmungen.

Zur Absicherung der Teilzeitbeschäftigten sind folgende Forderungen tarifvertraglich zu realisieren:

- ① Die Arbeitsbedingungen für Teilzeitbeschäftigte sind in die Tarifverträge einzubeziehen.
- ② Teilzeitbeschäftigte dürfen nicht von betrieblichen Leistungen, wie z. B. betriebliche Altersversorgung, Gratifikationen, Sozialleistungen und Zulagen, ausgeschlossen werden.
- ③ Für Teilzeitbeschäftigte müssen die gleichen Maßstäbe bei der tariflichen Eingruppierung gelten wie für Vollzeitbeschäftigte.
- ④ Wünscht ein Teilzeitarbeitnehmer eine arbeitsvertragliche Aufstockung seiner Arbeitszeit oder einen Vollzeitarbeitsplatz, so ist dieser Wunsch bevorzugt in der betrieblichen Personalplanung zu berücksichtigen.
- ⑤ Wünscht ein Vollzeitarbeitnehmer eine Beschäftigung in Teilzeitarbeit, z. B. um an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen oder aus anderen persönlichen Gründen, so ist dieser Wunsch bevorzugt in der betrieblichen Personalplanung zu berücksichtigen.

Flexible Arbeitszeiten

Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung existieren in den Betrieben als Schichtarbeit, als gleitende Arbeitszeit, als Teilzeitarbeit und als Saisonarbeit.

Die IG Chemie-Papier-Keramik lehnt weitere Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung wie z. B. JOB SHARING, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) und Langzeiturlaub (SABBATICAL) als tarifliche Arbeitszeitregelung ab. Die Einführung dieser flexiblen Arbeitszeitmodelle würde lediglich den Unternehmen einen einseitigen Vorteil verschaffen.

In den Tarifverträgen ist festzuschreiben, daß nur die tarifvertraglich vorgesehenen Arbeitszeitformen verwandt werden.

Jahresurlaub, Bildungsurlaub, Freizeiten, Freistellung

In fast allen Tarifvertragsbereichen wurde ein Grundurlaub von 30 Arbeitstagen für alle Arbeitnehmer – unabhängig von deren Alter – und ein zusätzliches Urlaubsgeld erreicht. Dies ist einer der großen tarifpolitischen Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren.

Eine generelle Ausweitung des Jahresurlaubs über 30 Tage hinaus ist gegenwärtig kein aktuelles Ziel. Andere Formen vermehrter arbeitsfreier Zeit wie z. B. tariflicher Anspruch auf Bildungsurlaub, vermehrte Schichtfreizeiten, Altersfreizeiten etc. können dagegen den 30tägigen Grundurlaub sinnvoll ergänzen.

Humanisierung der Arbeit

Die Arbeitnehmer haben das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit. Die Arbeitsbedingungen müssen diesem Ziel angepaßt werden. Die Bedingungen der Arbeit prägen nicht nur die Persönlichkeit, die berufliche und soziale Lage der Menschen, sie beeinflussen auch das Familienleben, die Freizeit, die Gesundheit, die Wahrnehmung der Bildungschancen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Deshalb gilt es in der Tarifpolitik einzutreten für den Erhalt und die Verbesserung der beruflichen Qualifikationen, für Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeit und für den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer.

Der technologische und der organisatorische Wandel führen nicht zwangsläufig zu humanen Arbeits- und Lebensbedingungen. Rationalisierung und Automation dürfen nicht die Beschäftigung, die Qualifikation, die Gesundheit und das Einkommen der Arbeitnehmer gefährden.

Produktivitätsfortschritte, die allein durch Intensivierung der Arbeit angestrebt werden, sind zu bekämpfen. Technische und organisatorische Neuerungen dürfen deshalb nur dann durchgeführt werden, wenn die Interessen der Arbeitnehmer gewahrt sind.

Bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen muß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gesichert sein.

Eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit setzt voraus, daß die Arbeitsanforderungen der Leistungsfähigkeit aller Arbeitnehmer entsprechen und gesundheitliche Schäden vermieden werden. Sie darf unternehmerischen Betriebszielen nicht untergeordnet werden.

Bezahlte Mindesterholzeiten sind für besonders belastete Arbeitnehmer zu vereinbaren.

Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, daß die Erholzeiten in Anspruch genommen werden können. Dies muß durch Pausenregelungen und durch den Einsatz von Springern erfolgen.

Der Einfluß der Betroffenen und ihrer Betriebsräte auf Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisation, Arbeitsablauf, Arbeitsplatzgestaltung ist durch Vereinbarung zu verbessern. Hierzu gehört auch, einförmige und stereotype Tätigkeiten einzuschränken.

Langfristig sind Leistungsentlohnungssysteme bei Wahrung des Besitzstandes abzubauen.

Für ältere Arbeitnehmer ist ein Arbeitseinsatz zu gewährleisten, der ihrem Leistungsvermögen entspricht und eine Verdienstsicherung beinhaltet.

Spezielle Tarifbestimmungen für Schichtarbeiter

Im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik sind in vierjähriger Forschungsarbeit im Rahmen des Projektes »Schichtarbeit« (PROSA) Probleme der Schichtarbeit untersucht, Seminar-konzeptionen entwickelt und Ansätze zur Humanisierung der Schichtarbeit diskutiert worden.

Schichtarbeit bringt für die betroffenen Arbeitnehmer erhebliche gesundheitliche Gefahren und gesellschaftliche Nachteile.

In den zurückliegenden Jahren wurde untersucht, die Belastungen der Schichtarbeit finanziell abzugelten. Als ein Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Verringerung der gesundheitlichen Risiken von Schichtarbeit und der Ausgleich von gesellschaftlichen Nachteilen nicht durch Zulagen erreicht werden kann.

Hierzu sind tarifliche Regelungen erforderlich wie:

- Abbau personeller Unterbesetzungen,
- Abbau von Belastungen an den Arbeitsplätzen,
- Arbeitszeitverkürzung im Schichtbetrieb (Pausenregelungen und Schichtzusatzfreizeiten),
- Maßnahmen des Gesundheitsschutzes,
- optimierte Schichtplangestaltung (zusätzliche Schichtgruppen),
- Ausstiegsregelungen für ältere Schichtarbeiter (Verdienstsicherung).

Alle Betriebsräte und Vertrauensleute sind aufgefordert, die Regelungen der Mantel- und Rahmentarifverträge konsequent anzuwenden.

Rationalisierungsschutz – Arbeitsplatzsicherungsabkommen

Die negativen Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen auf die Arbeitnehmer sind abzuwehren.

Der Leistungsdruck in den Betrieben nimmt zu. Physische, aber auch immer stärker psychische Belastungen verursachen beim Arbeitnehmer frühe Verschleißerscheinungen. Der einzelne ist diesen Vorgängen ausgesetzt.

Die Gewerkschaftsbewegung hat mit Erfolg viele gesetzliche und tarifliche Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer gefordert und durchgesetzt.

Die noch vorhandenen Gesetzeslücken, insbesondere im Kündigungsschutzgesetz, müssen tarifpolitisch geschlossen werden.

Die IG Chemie-Papier-Keramik strebt vor allem an:

- Arbeitsplatzsicherungsabkommen,
- Sicherung der Einkommen bei Rationalisierungsmaßnahmen und der Dequalifikation betroffener Arbeitnehmer,
- tarifvertragliche Erweiterung des Kündigungsschutzes.

Durch Tarifvertrag ist über das Betriebsverfassungsgesetz hinaus eine umfassendere Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen zu vereinbaren.

Für die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmer sind rechtzeitig Vorsorgemaßnahmen durch die Betriebsparteien zu ergreifen. Durch Umschulungs- und Weiterqualifikationsmaßnahmen sollen die Arbeitnehmer auf ihre zukünftigen Arbeitsaufgaben vorbereitet werden.

Technologie – Tarifverträge

Bei der sich rasch ausbreitenden neuen Generation von Datenbanksystemen mit den Schwerpunkten

- EDV-gestützte Sachbearbeitung und Datensichtgeräte,
- Produktionsplanungs- und Steuerungssysteme,
- Betriebsdatenerfassungssysteme,
- Personalinformationssysteme,
- Zugangskontrollsysteme,
- EDV-gestützte Heimarbeit

sind die bisherigen Normen der Tarifverträge meist nur begrenzt in der Lage, die erkennbaren negativen Auswirkungen zu verhindern bzw. abzumildern.

Hier müssen spezielle Technologietarifverträge eine gezielte Verbesserung der Arbeitsbedingungen schaffen.

Solche Tarifverträge müssen generelle Regelungen beinhalten, die in der Lage sind,

- Einfluß auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen zu nehmen,
- der Erhaltung und Förderung von beruflichen Qualifikationen zu dienen,
- Rationalisierungsschutzmaßnahmen wirksam werden zu lassen, die Abgruppierungen und Arbeitsplatzverluste verhindern bzw. daraus entstehende Härten abmildern,
- einer überzogenen Leistungs- und Verhaltenskontrolle wirksam Einhalt zu gebieten.

Einkommenspolitik

Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht und entspricht nicht der gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit und der den Arbeitnehmern abverlangten Leistung. Durch die Tarifpolitik müssen neben entsprechenden gesetzlichen Bedingungen bestehende Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

So ist der Umfang der Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit ein wesentlicher Maßstab für die soziale Gerechtigkeit.

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, weiter sinkender Beschäftigung und wirtschaftlichen Krisen sind Gewerkschaften im Rahmen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, aber vor allem im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Familien gefordert, Maßnahmen qualitativer Tarifpolitik zu ergreifen, die beschäftigungspolitische Auswirkungen mit dem Ziel der Vollbeschäftigung haben.

Die Grundlage gewerkschaftlicher Einkommenspolitik muß in ihrer Substanz erhalten bleiben:

	Ausgleich der Preissteigerungsrate
+	Produktivitätszuwachs
+	Umverteilungskomponente
=	Tarifzuwachsrate

Vermögensbildung

Die schwierige gesamtwirtschaftliche Lage, der weiterhin zunehmende Konzentrationsprozeß in fast allen Wirtschaftsbereichen und die enger gewordenen Einkommensverteilungsspielräume gebieten es, vermögenspolitische Aktivitäten verstärkt in die Tarifpolitik einzubeziehen.

Die IG Chemie-Papier-Keramik tritt für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivvermögens ein. Es ist unbestritten, daß die Arbeitnehmer durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft zur Vermehrung des Produktivvermögens beigetragen haben. Eine Beteiligung an diesem Kapital- und Vermögenszuwachs ist daher legitim und notwendig.

Die Durchsetzung einer gesamtwirtschaftlichen Lösung ist nicht zuletzt an politischen Hindernissen gescheitert. Es bleibt nur die Möglichkeit, ein auf Branchenebene bezogenes Modell zu verwirklichen.

Zumindest alle Arbeitnehmer einer Branche müssen gleich behandelt werden. Die IG Chemie-Papier-Keramik spricht sich deshalb für ein überbetriebliches Beteiligungsmodell aus.

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik fordert die Bundesregierung auf, durch entsprechende Gesetzesänderung alle rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung tarifvertraglich abgesicherter, branchenbezogener Vermögensmodelle (Tariffonds) zu schaffen.

Entgelttarifverträge

In der IG Chemie-Papier-Keramik ist die Diskussion über die Schaffung von Entgelttarifverträgen weit fortgeschritten. In einigen Unternehmens- und Branchentarifvertragsbereichen konnten bereits Entgelttarifverträge vereinbart werden. Die Erfahrungen mit diesen Vertragsformen sind durchweg positiv.

Entgelttarifverträge sind in der Lage, historisch gewachsene tarifvertragliche Ungerechtigkeiten zwischen gewerblichen und angestellten Arbeitnehmern auszugleichen.

Die Vorzüge und Merkmale von Entgelttarifverträgen aus gewerkschaftlicher Sicht sind u. a.:

- ① Volle Vergleichbarkeit von klassischen Arbeiter- und Angestellten-tätigkeiten bezüglich der Berufsbildung, der Berufserfahrung, der Kenntnisse und Fertigkeiten.
- ② Gleiches Einkommen für gleichwertige und vergleichbare Tätigkeiten durch Schaffung gemeinsamer Entgeltgruppen statt der bisherigen Lohngruppen, K-, T- und M-Gehaltsgruppen.

- ③ Schaffung gerechter Einkommensdifferenzierungen von der tariflich geringerwertigen bis zur höchstwertigen Tätigkeit.
- ④ Vereinheitlichung bislang unterschiedlicher tariflicher Bestimmungen zwischen Arbeitern und Angestellten in den Lohn- und Gehaltsrahmentarifverträgen.
- ⑤ Durchsetzung eines tarifrechtlich einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs unter Beibehaltung berechtigter ausbildungs- bzw. leistungsbedingter Unterschiede im materiellen Teil.

Die IG Chemie-Papier-Keramik gibt der summarischen Methode der Entgeltfindung den Vorrang. Neu zu vereinbarende Entgelttarifverträge sollen in erster Linie das bestehende Tarifrecht sichern. Die Einführung von neuen Entgeltgruppen, die den alten Lohngruppen vergleichbar sind, werden abgelehnt.

Die Forderung, den Tarifbereich in den tarifnahen AT-Bereich bzw. in den gesamten AT-Bereich auszudehnen, ist bei der Einführung von Entgelttarifverträgen durchzusetzen.

Die Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Eingruppierung oder Umgruppierung in die Entgeltgruppen ist über die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus durch eine paritätisch besetzte Kommission mit entsprechenden Eingruppierungskompetenzen fortzuentwickeln.

Tarifvertragliche Absicherung der Vertrauensleute

Die bereits bestehenden tarifvertraglichen Regelungen über gewerkschaftliche Vertrauensleute, u. a. für die Kautschukindustrie Hessen und Rheinland-Pfalz/Saarland sowie für die Kautschuk- und kunststoffverarbeitende Industrie Hamburg als auch für die feinkeramische Industrie in Bayern, in der Pfalz und im Saarland sowie in der hohlglaserzeugenden Industrie und in der Steine-und-Erden-Industrie in Rheinland-Pfalz und in den Glasbetrieben der Vega-Gruppe, wurden durch eine Vereinbarung mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie und der IG Chemie-Papier-Keramik im Januar 1983 ergänzt.

Die bestehenden sehr unterschiedlichen Vereinbarungen und tarifvertraglichen Regelungen enthalten Bestimmungen über

- die Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb,
- organisatorische Verabredungen und die Höchstanzahl der Vertrauensleute,
- Benachteiligungs- und Diskriminierungsverbote,
- Freistellung von der Arbeit bei der Teilnahme an Sitzungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

Aus den bestehenden tariflichen Vereinbarungen geht ebenfalls hervor, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute ausschließlich im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Funktion tätig sind.

Weitere Forderungen aus Gewerkschaftsentscheidungen zur Absicherung der Arbeit der Vertrauensleute gelten fort und werden nachfolgend konkretisiert:

- Wahlen der Vertrauensleute während der Arbeitszeit,
- Absicherung der Vertrauensleutearbeit während der Arbeitszeit bei Weiterzahlung des Entgelts,
- Freistellung für gewerkschaftliche Lehrgänge,
- erhöhter Kündigungsschutz für Vertrauensleute.

Aktive Tarifpolitik – Mobilisierungsstrategien

Eine aktive Tarifpolitik hat ihre Grundlagen in einer ständigen Information und Diskussion mit den Mitgliedern, Vertrauensleuten und Betriebsräten.

Durch eine die unterschiedlichen branchenspezifischen, regionalen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Verhältnisse beachtende Tarifpolitik, die von gleichen strategischen Ansätzen ausgeht, ist es möglich, das koordinierte, branchenübergreifende Vorgehen der Arbeitgeber und ihrer Verbände wirksam zu unterlaufen und unsere tarifpolitischen Grundsätze besser durchzusetzen.

Erfolgreiche Tarifpolitik ist abhängig von starken Gewerkschaften als Gegengewicht gegen die gut durchorganisierten und finanziell gut ausgestatteten Arbeitgeberverbände. Deshalb ist die Werbung neuer Mitglieder, die ständige Verbesserung des Organisationsgrades und auch ein satzungsgemäßer Beitrag – ein Prozent des Bruttoeinkommens als Voraussetzung für eine ausreichende Streikunterstützung – auch Voraussetzung für eine erfolgreiche Tarifpolitik.

Bei der Vereinbarung neuer Schlichtungsregelungen muß eine größere Flexibilität und damit mehr Bewegungsmöglichkeit

erreicht werden. In den Schlichtungsregelungen muß die Dauer der Verhandlungen auf einen begründeten zeitlichen Rahmen gekürzt, die Dauer des Schlichtungsverfahrens begrenzt und damit ein vertretbarer zeitlicher Zusammenhang zwischen einer gescheiterten Tarifverhandlung und einer möglichen Urabstimmung bzw. einem Streik erreicht werden.

Arbeitskämpfe

Zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und zur Abwehr von Maßnahmen, die geeignet sind, ihre Interessen zu schädigen, können die Mitglieder in Arbeitskämpfe eintreten. Arbeitskämpfe sind das letzte gewerkschaftliche Mittel (Absatz 1 und 2 aus § 4 unserer Satzung).

Arbeitskämpfe sind im Rahmen der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantierten Koalitionsfreiheit ein legitimes Mittel zur Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen.

Eine freiheitlich-demokratische Grundordnung ist ohne ein uneingeschränktes Streikrecht nicht glaubwürdig.

Die Tarifvertragsparteien bestimmen gemeinsam und frei von staatlicher Einflußnahme durch tarifvertragliche Bindung die Zeiten der Friedenspflicht und die tariflichen Schieds- und Schlichtungsverfahren.

Die Aussperrung als Willkürmaßnahme der wirtschaftlich überlegenen Unternehmen und ihrer Verbände wird als verfassungswidrig und arbeitnehmerfeindlich abgelehnt.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat im Laufe ihrer Geschichte eine Reihe von Arbeitskämpfen durchgeführt.

Erfahrungen aus Streiks müssen aufgearbeitet werden und Grundlage für künftige Kampfmaßnahmen sein.

Gewerkschaftsmitglieder, die dem Streikaufruf ihrer Gewerkschaft folgen, sind durch Streik- und Gemaßregelunterstützungen entsprechend unserer Satzungsbestimmungen finanziell für die Dauer des Streiks abgesichert. Voraussetzung für die Höhe der Unterstützungsleistungen ist ein satzungsgemäßer Gewerkschaftsbeitrag.

In der Schulungsarbeit der IG Chemie-Papier-Keramik sind durch Konflikt- und Streikseminare die notwendigen organisatorischen Abläufe, die einschlägigen rechtlichen Kenntnisse und die unterschiedlichen Streikformen der Funktionäre zu vermitteln. Dabei sind die organisatorischen Gesichtspunkte des Einzelbetriebes und der Branchen mit einzubeziehen.

Beteiligung der Vertrauensleute an der Tarifarbeit

In Satzung und Richtlinien werden unseren Vertrauensleuten weitgehende Rechte und Pflichten bezüglich ihrer Beteiligung in der Tarifarbeit übertragen, als dies im Bereich aller DGB-Gewerkschaften der Fall ist.

Mit dieser Vertrauensleutenkonzeption werden hohe Anforderungen bezüglich der Information über das Tarifgeschehen, das Verantwortungsbewußtsein und die Fähigkeit, Tarifergebnisse im gewerkschaftlichen Sinne zu vertreten, gestellt.

Die Vertrauensleute prägen als Mittler zwischen der Organisation und unseren Mitgliedern die innergewerkschaftliche Willensbildung.

Dabei ist zwingend darauf zu achten, daß die Vertrauensleute die Meinung ihres Betreuungsbereiches und nicht ihre persönliche Position in die Meinungsbildung der Organisation einbringen.

In der Tarifarbeit der IG Chemie-Papier-Keramik vertreten die Vertrauensleute so die Meinung unserer Mitglieder und haben deshalb das Recht, Tarifkommissionsmitglieder zu wählen und Tarifforderungen zu empfehlen. In der Tarifkommission wird dabei kein imperatives Mandat vertreten, sondern nach Einbeziehung der Empfehlung des Hauptvorstandes und der Berichte aller Tarifkommissionsmitglieder eine gemeinsame Entscheidung für den jeweiligen Tarifbereich beschlossen.

Schlußbemerkung

Ein tarifpolitisches Programm kann nur eine LEITLINIE für die tarifpolitische Arbeit sein.

Information und Diskussion mit den Mitgliedern und Vertrauensleuten ist eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Tarifpolitik. Alle Mitglieder und Funktionäre unserer Organisation sind zu einer aktiven Mitarbeit und zum gewerkschaftlichen Einsatz aufgefordert.

Gewerkschafter machen mobil gegen die Berufsverbote

Für den 19. Januar hatten die Ortsverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) sowie der DGB Frankfurt, unterstützt von ÖTV und GEW, zu einer Solidaritätsveranstaltung mit Wolfgang Repp aufgerufen. Dem langjährigen Frankfurter Briefträger und aktiven Gewerkschafter, der erst durch vieltausendfache Solidarität 1977 Beamter auf Lebenszeit werden konnte, droht Berufsverbot. Ihm wird vom Bundesdisziplinaranwalt vorgeworfen, „dadurch ein Dienstvergehen begangen zu haben, daß er seit 1975 seine politische Treuepflicht durch Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei (DKP) und weitere Aktivitäten für diese Partei fortgesetzt verletzt...“

Inzwischen ist das Problembewußtsein besonders unter Gewerkschaftern dafür gewachsen, daß Berufsverbote nur die eine Seite der Medaille sind. Die andere ist geprägt u. a. durch Einschränkung des Demonstrationsrechts, die restriktive Auslegung des Arbeits- und Sozialrechts, die Einführung von Personalinformationssystemen und schließlich durch einen gravierenden Sozialabbau, wobei sich diese Auflistung beliebig erweitern ließe.

Mehrere hundert Teilnehmer, überwiegend aus dem Gewerkschaftsbereich, darunter viele „Hauptamtliche“, nahmen an der Solidaritätsveranstaltung teil. Gekommen waren auch der Stuttgarter Postbeamte Hans Meister – bereits im Mai wird das Bundesverwaltungsgericht in Sachen Berufsverbot ein Urteil fällen – sowie der 57jährige Karl Elsinger aus dem hessischen Langen. Der bei der Postkrankenkasse Beschäftigte hatte kurz nach der Bonner Rechtswende eine erneute Anhörung. Vorgeworfen werden ihm u. a. Reisen in die DDR auch Anfang der 60er Jahre, die er zu einem Zeitpunkt für die DKP unternommen haben soll, als es noch keine DKP gab. Peter Klonk, Marburger DPG-Vorsitzender, wies anhand seines Falles auf den Mißbrauch des Disziplinarrechts hin. Weil er Mitveranstalter einer Solidaritätskundgebung für den Marburger Postler Herbert Bastian war, wurde er in ein disziplinarisches Ermittlungsverfahren verwickelt.

Hauptredner der Frankfurter Veranstaltung, an der auch die Vertreter der Parteien – mit Ausnahme der CDU – teilnahmen, war der hessische DPG-Vorsitzende Josef Stark. Mit dem sogenannten Radikalerlaß sei den Geheimdiensten und dem Verfassungsschutz ein solches Instrumentarium an die Hand gegeben worden, das zu „ungeahnten und massenhaften Loyalitätsuntersuchungen, Anfragen bei Verfassungsschutzämtern, Voruntersuchungen und Ausschnüffelei bis tief in die private Sphäre geführt“ habe, erklärte er u. a. Die unterschiedlichsten Behörden interpretierten den Radikalerlaß auch nach eigenem Gutdünken und entschieden letztlich auch, wer als Verfassungsfeind zu gelten habe. Mitglieder der

SPD und der Gewerkschaften seien ebenso betroffen wie Mitglieder der DKP.

Kritisch beleuchtete Josef Stark im Zusammenhang mit den Berufsverboten auch die Arbeit der Gewerkschaften. Zwar habe es seit 1972 eine große Anzahl von Protesten, Initiativen, Veröffentlichungen und Diskussionen gegeben, aber letztendlich hätten sich diese Aktivitäten auf einen kleinen Kreis von Funktionären, Hochschullehrern, Schriftstellern und Abgeordneten beschränkt. „Uns ist es nicht gelungen, diese Problematik in unsere Mitgliedschaft hineinzutragen.“ Es sei auch nicht erreicht worden, „die Betroffenen mit ei-

1.-Mai-Losung: Arbeit für alle

In den Landesbezirken und Kreisen des DGB wie auch in den entsprechenden Gremien der Einzelgewerkschaften sind die Vorbereitungen für den 1. Mai bereits in vollem Gange. Aktionsausschüsse und Mai-Parlamente beraten, auf welche Weise den gewerkschaftlichen Forderungen am stärksten Nachdruck verliehen werden kann. Mit den wachsenden Problemen verstärkt sich auch der Trend, aus den geschlossenen Sälen auf die Straße und zu Kundgebungen unter freiem Himmel zu demonstrieren.

Obwohl mittlerweile kaum ein Tag vergeht, an dem in den Medien nicht über den Wirtschaftsaufschwung nachgesonnen wird, hat er sich für die abhängig Beschäftigten bislang kaum spürbar gemacht. Denn die Arbeitslosenzahlen klettern weiter, sie liegen gegenwärtig bei rund 2,5 Millionen, die alleine von der offiziellen Statistik ausgewiesen werden. „Arbeit für alle“ lautet daher in diesem Jahr die zentrale Mai-Losung des DGB. Gleichzeitig hat aber eine Umfrage der IG Metall erneut deutlich gemacht, daß die überwiegende Zahl der noch Beschäftigten über einen steigenden Streß und daraus resultierende gesundheitliche Schäden klagt. Diesem Irrwitz treten die Gewerkschaften mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung entgegen, wobei der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit die größten Chancen ein-

ner breiten Solidarität aller abhängig Beschäftigten zu schützen. So hatten und so haben es die Herrschenden weiterhin leicht, einzelne unliebsame und kritische Leute zu disziplinieren, ihnen den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verwehren, Exempel zu statuieren, um potentielle Kritiker zurückzuhalten.“ Daraus müßten Konsequenzen gezogen werden.

Der DPG-Funktionär zeigte auch Versuche auf, den Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften weiter einzuschränken und erklärte: „Der Bundeskanzler diffamiert die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als dumm und absurd. Der Postminister weist die Präsidenten und Amtsvorsteher an, der Postgewerkschaft Diensträume für Vertrauensleutenversammlungen nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn gewährleistet ist, daß dort nur über Dinge geredet wird, die die Arbeit betreffen, nicht aber z. B. über Frieden und Abrüstung.“ All das habe etwas mit dem „Radikalerlaß und den Berufsverboten zu tun“. Denn das so geschaffene Klima setze die Regierenden in die Lage, gegen Kritiker vorzugehen. Und hier müsse der gewerkschaftliche Widerstand ansetzen.

Josef Stark rief dazu auf, den gewerkschaftlichen Kampf um Mitbestimmung, Abbau der Arbeitslosigkeit, für 35-Stunden-Woche sowie für Frieden und Abrüstung aufzunehmen. Damit „schützen wir auch unsere Kollegen Wolfgang Repp, Herbert Bastian, Egon Momberger, Axel Brück, Hans Meister und andere“. G. M.

geräumt werden, der Arbeitsplatzvernichtung entgegenzuwirken und zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen beizutragen. Die 35-Stunden-Woche wird daher sicherlich im Zentrum der gewerkschaftlichen Aktionen am 1. Mai stehen, sei es in Kundgebungen oder der Vielzahl der kulturellen Veranstaltungen.

An diesem 1. Mai steht aber darüber hinaus die Frage nach der Zukunft der Lebensbedingungen. Im ersten Jahr der Rechtsregierung kletterte die Abgabenlast der Bürger auf eine Rekordmarke. Der brutale Sozialabbau und der Schwund der Kaufkraft drückten den Lebensstandard; das Realeinkommen sank auf den Stand von vor sechs Jahren. Es wird daher unumgänglich sein, daß anläßlich des 1. Mai die Gewerkschaften ihre Entschlossenheit demonstrieren, dieser Verschlechterung der Lebensbedingungen Einhalt zu gebieten.

Nicht zuletzt dürfte aber die Erhaltung des Friedens auch in diesem Jahr eine zentrale Rolle spielen. Die Gewerkschaftstage, die im letzten Viertel des vergangenen Jahres stattfanden, orientierten auf einen noch engeren Schulterschuß zwischen Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Die Deutsche Postgewerkschaft empfahl ihren Mitgliedern die Beteiligung an den Ostermärschen unmittelbar vor dem 1. Mai.

R. B.

Arbeitszeitverkürzung Thema im Schulunterricht

Zum Schülerwettbewerb „Arbeitszeitverkürzung“ haben Mitte Januar die IG Metall und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aufgerufen. Der Wettbewerb, der bis 31. März befristet ist und für den Preise im Gesamtwert von 35000 DM ausgesetzt sind, soll nach Auffassung des IGM-Vorstandsmitgliedes Hans Preiss auch mit dazu beitragen, die Fragen der Arbeitszeit in eine breite Öffentlichkeit zu tragen und das gesellschaftspolitische Bewußtsein der Bevölkerung zu schärfen. Vorwürfe der Unternehmer, es handele sich dabei um Indoktrinationsversuche, wies Preiss zurück. Damit wollten sie nur ablenken von der Material-Lawine, mit der sie selbst die Schulen eindeckten. Nähere Informationen zum Wettbewerb sind erhältlich bei den Zentralen beider Gewerkschaften.

HBV-Mitgliederbilanz wieder positiv

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat im vergangenen Jahr insgesamt über 46000 neue Mitglieder aufgenommen. Damit hielt sie im Gegensatz zum Vorjahr ihren Mitgliederstand, der jetzt 360372 Mitglieder beträgt. Dies ist um so positiver zu werten, als z. B. allein im Handel in den letzten drei Jahren rund 150000 Arbeitsplätze vernichtet wurden. HBV-Vorsitzender Günter Volkmar wies bei Bekanntgabe dieses Ergebnisses Anfang Januar zugleich darauf hin, daß die Gewerkschaft ihre Finanzkraft in den letzten Jahren erheblich verstärkt habe.

Hapag-Lloyd stellt Kapitän wieder ein

Der Kapitän des Hapag-Lloyd-Containerschiffes „Alemania Express“, Heinrich Kraft, dem im September vergangenen Jahres wegen einer Friedensresolution von Bord des Schiffes an die Gewerkschaft ÖTV von der Reederei gekündigt wurde, ist Ende Dezember nach einem Vergleich vor dem Arbeitsgericht Hamburg wieder eingestellt worden. Ebenfalls durch Vergleich verzichtete die Reederei auf die fristlose Entlassung der Seebetriebsräte Jürgen Söncksen und Günther Seiferth im Zusammenhang mit einer Protest-Bordveranstaltung gegen die Kündigung Krafts und nahm die Abmahnungen gegen die Seebetriebsratsmitglieder Helmut Pommerencke und Rolf Siebke zurück. Gegen die Disziplinierungsmaßnahmen der Reederei hatte es weltweite Proteste gegeben. 40000 Personen unterzeichneten den ÖTV-Aufruf an Hapag-Lloyd, und Brüdergewerkschaften im In- und Ausland hatten ihre Solidarität zugesichert.

DGB kritisiert Kommerzfunkepläne

Mitte Januar hat der DGB Bayern gegen den von Franz Josef Strauß vorgestellten Gesetzentwurf zur Gründung einer „Bayrischen Landeszentrale für Neue Medien“ protestiert. In dieser Zentrale sollen auch private Kabelgesellschaften und Programmanbieter Mitbestimmungsrechte haben. Der DGB vermutet, daß mit dem neuen Gesetz im Dienste durchsichtiger Wirtschaftsinteressen ein Anschlag auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem verübt werden soll.

Armut droht wieder Peitsche zu werden

Heftige Angriffe gegen das „herrschende Politikbündnis aus Wirtschaft und CDU/FDP-Koalition hat der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, am 12. Januar in Hamburg gerichtet. Vor Funktionären seiner Organisation sagte der IG-Metall-Funktionär, die Wendepolitik fordere von den Arbeitnehmern eine Verzichtleistung nach der anderen, beschleunige den Umverteilungsprozeß von unten nach oben und verurteile Millionen Menschen zu einem Leben in Angst. Armut drohe als Peitsche in dieser Gesellschaft zu werden. Aus diesem Grunde seien kollektive Gegenwehr und geschlossener Widerstand dringend geboten.

IGBE: „Mit uns in die Zukunft“

Vom 17. bis 19. Mai findet im Gelsenkirchener Hans-Sachs-Haus der 17. Jugendtag der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt. Zu der Konferenz, die unter dem Motto stehen soll „Mit uns in die Zukunft“ werden rund 300 Teilnehmer und Gäste erwartet. Zum Abschluß der Tagung, in deren Rahmen eine Kulturveranstaltung geplant ist, spricht auch IGBE-Vorsitzender Adolf Schmidt.

Auch GGLF für die 35-Stunden-Woche

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) hat sich auf seiner Sitzung am 27. Januar in Westberlin für die 35-Stunden-Woche ausgesprochen. Diese Forderung werde jetzt in jenen Tarifbereichen erhoben, in denen die tarifvertraglichen Wochenarbeitszeitregelungen bereits gekündigt sind. Die GGLF ruft darüber hinaus ihre Mitglieder zur Solidarität mit den Gewerkschaften auf, denen von den Unternehmern ein Arbeitskampf aufgezwungen werde.

PERSONALIEN

Eric Bonse, Lokalredakteur der „Westdeutschen Zeitung“ Düsseldorf im Verlag Girardet, dem wegen angeblich unausgewogener Berichterstattung über Jugendarbeitslosigkeit Ende Oktober vergangenen Jahres gekündigt worden war, muß nach einem Urteil des Arbeitsgerichts Düsseldorf von Mitte Januar weiterbeschäftigt werden. Die IG Druck und Papier verlangt nun die sofortige Wiedereinstellung des Redakteurs, der im Oktober sogleich beurlaubt worden war.

Swidbert Gerken, Lehrer an einer Gesamtschule in Hannover, GEW-Kreisvorsitzender und Mitglied im DGB-Kreisvorstand, soll aus dem Kreis Hannover strafversetzt werden, weil Gerkens Schule kürzlich zur atomwaffenfreien Schule erklärt worden ist.

Günther Petersen, 63, langjähriger Leiter der Pressestelle beim Bundesvorstand der IG Bau—Steine—Erden, trat Ende vergangenen Jahres in den Ruhestand.

Karl-Heinz Pradel, 54, bisher Geschäftsführer des Bezirksverbandes Bocholt der IG Bau—Steine—Erden (IGBSE), wurde vom Beirat seiner Gewerkschaft am 25. Januar in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. Pradel löst das aus Altersgründen ausscheidende Vorstandsmitglied **Max Geppert**, 62, ab.

Karl Reichel, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Detmold, hat sein ihm am 2. September 1980 verliehenes „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ zurückgegeben. In einem Brief an Bundespräsident Carstens begründete er diesen Schritt mit dem rigorosen Sozialabbau, den staatlichen Angriffen auf die Tarifautonomie wie im Fall Arbed Saarstahl und die 35-Stunden-Woche sowie das Hinstellen der Gewerkschaften als die vermeintlich Schuldigen an der Krise. Reichel, so schreibt er, könne dies mit seinem Gewissen nicht vereinbaren. „Wo der Sozialabbau rigoros weiter betrieben, die Armen immer ärmer werden und die Reichen immer reicher, ist es für mich unerträglich, als jemand zu gelten, der sich in diesem Staat verdient gemacht hat.“

Lothar Schäfer, 47, wurde vom erweiterten Hauptvorstand der IG Druck und Papier am 13. Januar in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt. Schäfer, bisher im Landesvorstand Rheinland-Pfalz-Saar für die Kassierung zuständig, wurde Nachfolger des im Dezember vergangenen Jahres bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückten **Jochen Müller**.

Klaus Zwickel, bisher 1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Heilbronn, wurde neuer 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Stuttgart. Sein Vorgänger dort, **Ernst Eisenmann**, war — wie bereits gemeldet — Nachfolger von **Franz Steinkühler** im IGM-Bezirk Stuttgart geworden.

AfA-Konferenz für Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum

Die 6. Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), die vom 27. bis 29. Januar 1984 in der Karlsruher Schwarzwaldhalle durchgeführt wurde, hatte sich das Leitmotiv „Politik gegen die Krise“ gegeben. Sie nahm den Rechenschaftsbericht ihres scheidenden Vorsitzenden Helmut Rohde entgegen, hörte Referate von Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Roth, Anke Fuchs und Willy Brandt, verabschiedete 159 Anträge und acht Initiativanträge zu den Themenkreisen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Mitbestimmung, Gesellschaftspolitik, Friedens- und Europapolitik sowie Organisationspolitik.

Der äußere Verlauf der Konferenz entsprach den Vorstellungen des Bundesvorstandes. Der neugewählte AfA-Vorsitzende Rudolf Dreßler hatte einen Tag vor Konferenzbeginn in einem „Vorwärts“-Interview erklärt: „Wir sind der Meinung, daß wir nach Beendigung der Stationierungsdebatte Ende 1983 im Jahr 1984 alles, was sich um die Wirtschaftspolitik rankt, in den Vordergrund schieben müssen.“ Allerdings setzten in der Diskussion, aber auch in der Beschlußfassung die Delegierten in einigen Punkten Akzente, die mit den Vorstellungen des AfA-Vorstandes, aber auch der SPD-Fraktion und des Parteivorstandes nicht nahtlos übereinstimmen.

In den Referaten spielten die Probleme der Raketenstationierung keine Rolle, und auch über Anträge, die die Ablehnung der Raketenstationierung beinhalteten, wurde nicht abgestimmt. Die Antragskommission hatte folgenden Text mit einem allgemeinen Inhalt vorgeschlagen, der dann angenommen wurde: „Die AfA-Bundeskonferenz sieht die Forderungen dieser Anträge zu Frieden, Abrüstung und neuen Strategien voll in den Beschlüssen des außerordentlichen Kölner Parteitages vom 19. November 1983 verwirklicht und bekräftigt diese Beschlüsse ausdrücklich. Die AfA-Bundeskonferenz würdigt dabei insbesondere, daß die SPD-Bundestagsfraktion den Kölner Parteitagsbeschuß zu Frieden und Abrüstung unverzüglich in die parlamentarische Praxis eingebracht und geschlossen gegen die von der CDU geführte Bundesregierung eingeleitete Nachrüstung gestimmt hat.“ Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die SPD-Spitze die Nachrüstung als ein erledigtes historisches Thema betrachtet, das man nunmehr abhaken könne.

In seiner Begrüßungsrede hatte der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Baden-Württemberg, zugleich auch Vorsitzender der AfA Baden-Württembergs, Siegfried Pommerencke, hingegen gesagt, daß der Kampf für eine bessere, humanere Zukunft umsonst sei, wenn es nicht gelinge, den Frieden zu sichern. Die Zustimmung des Bundestages zur Stationierung von Atomraketen wäre deshalb eine Mißachtung der Lehren der Geschichte und des

Willens unseres Volkes gewesen. Wenn gleich das Nahziel, die Raketenstationierung zu verhindern, nicht erreicht worden sei, wäre es dennoch falsch zu resignieren. Es käme darauf an, diesen Weg „im Interesse unserer Arbeiterbewegung auch 1984“ fortzusetzen. „Wir dürfen nicht ruhen“, rief er aus, „bis wir ein von allen Massenvernichtungswaffen freies Europa geschaffen haben.“ In seinem Schlußwort räumte dann Vogel ein, daß die Rüstung die Mittel nähme, um die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können.

Im Leitantrag „Politik gegen die Krise — Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“, aber auch in den Reden, wurde nicht an einem Punkt der Versuch gemacht, die Ursache der Krise darzustellen, die bekämpft werden soll. Es wurden nur ihre

Wahlergebnisse

Von den 311 stimmberechtigten Delegierten erhielt der neue AfA-Vorsitzende Rudolf Dreßler 260 Stimmen. Als Stellvertreter wurden Karl Kronawitter (274 Stimmen) und Carl-Heinz Schmurr (243 Stimmen) gewählt.

Wirkungen beschrieben. Während in den Referaten und den Beschlüssen die Politik der CDU attackiert wurde, blieben die Unternehmer aber weitgehend geschont. In der Diskussion verwiesen die Delegierten Adi Hansen (Hamburg) und Lothar Mergard (Hessen Nord) darauf, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine kapitalistische Krise handele.

Während Hans-Jochen Vogel in seinem Schlußwort bezweifelte, daß eine Veränderung der Eigentumsrechte die Sache, d. h. den Kampf gegen die Krise und um die Sicherung der Arbeitsplätze, wesentlich ändern würde, waren die Delegierten völlig anderer Meinung. Entgegen der Empfehlung der Antragskommission beschloß die Konferenz mit überwältigender Mehrheit: „Vom Vorstand der SPD ist deshalb ein geschlossenes Konzept zu erarbeiten, das die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und der Un-

ternehmen mit marktbeherrschender Stellung den Mitgliedern verständlich darstellt.“ In der Diskussion war hervorgehoben worden, daß die Grundlage der Macht die Verfügung einer Minderheit über die Produktionsmittel sei. Solange dieser Zustand andauere, würde auch eine sozialdemokratische Regierung wenig bestellen können. Deshalb müsse die Grundlage dieser Macht geändert werden. Dazu sei allerdings nicht nur eine Veränderung der Eigentumstitel notwendig.

Die Delegierten waren auch bei dem Antrag über die Erhaltung der Stahlstandorte nicht mit der Verwässerung durch die Antragskommission einverstanden und beschlossen unzweideutig: „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum.“ Als Willy Brandt am Schlußtag die Delegierten ob ihres Beschlusses kritisierte, deutete er an, daß der Parteivorstand an seiner bisherigen grundlegenden wirtschaftspolitischen Orientierung nichts geändert wissen will und wurde daraufhin prompt vom Wirtschaftsgrafen gelobt. Wenn Rudolf Dreßler noch vor der Konferenz meinte: „Die SPD steht bei der Gewerkschaft“, dann war sie es in diesem ganz entscheidenden Punkt nicht.

In der Arbeitszeitfrage begrüßte die AfA die Entschlossenheit der Gewerkschaften, durch gemeinsames Vorgehen eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Sie „unterstützt vorbehaltlos die gewerkschaftliche Forderung auf Einführung der 35-Stunden-Woche“. Sie solle erfolgen bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und keiner höheren Belastung des einzelnen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Politik der SPD in der nächsten Zeit ist die Sozialpolitik. Hier sieht die SPD Chancen, der CDU Wähler abspenstig machen zu können. Dabei war nicht zu übersehen, daß gerade auf diesem Gebiet alles unternommen wird, um die Politik der sozialliberalen Koalition, besonders in ihrer Endzeit, unter Verweis auf unleugbare Anfangserfolge zu Beginn der 70er Jahre, zu verklären. Zwei Momente sollen hervorgehoben werden. Die AfA will die verschiedenen Alterssicherungssysteme schrittweise einander angleichen und den Unternehmeranteil an der Finanzierung auf eine „Wertschöpfungsabgabe (Maschinenbeitrag)“ umstellen.

Die SPD geht auf Distanz zur Politik der USA. Im Leitantrag zur Wirtschafts- und Sozialpolitik heißt es: „Die Weltwirtschaftskrise wird verschärft durch die unverantwortliche Aufrüstungspolitik der derzeitigen amerikanischen Regierung ... Die USA leben also über ihre Verhältnisse und büden die Kosten dieser gewaltigen Aufrüstungsprogramme seit dem 2. Weltkrieg den verbündeten Partnerstaaten ... auf.“ Wolfgang Roth meinte, daß die hohen US-Zinsen auf das Kapital wie ein Magnet wirkten. Das hieße aber nichts anderes, „als daß europäische Kapitalbesitzer den Großteil der amerikanischen Aufrüstung finanzieren“, anstatt mit ihrem Geld neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Heinz Schäfer

Parteitag der DKP orientiert auf „Frieden und Arbeit“

Entsprechend dem Parteitagmotto: „Der Frieden muß siegen! Jetzt erst recht: Arbeitsplätze statt Raketen!“ bildeten die Bereiche Frieden und Arbeit mit ihrer vielschichtigen Problematik die Hauptthemen des 7. Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Bemerkenswerte Aufmerksamkeit der bundesdeutschen Medien fanden vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg die Beratungen der DKP gewiß auch wegen ihrer ranghohen internationalen Gäste, etwa aus der UdSSR und der DDR, die manches zur aktuellen Situation auszusagen hatten. Der wiedergewählte Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, gab einen ausführlichen Bericht an die 778 Delegierten und Gastdelegierten ab.

Mies bezeichnete es als vordringliche Aufgabe der Kommunisten in der Bundesrepublik, ihren unermüdlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten. Der Stopp der Stationierung amerikanischer Erstschatz-Atomraketen und der Abbau der bereits neu aufgestellten seien dafür unerlässlich. Die Partei wolle in dieser Zielsetzung mit allen Kräften der Friedensbewegung weiterhin zusammenarbeiten. Herbert Mies: „Ja, die USA-Regierung hat jetzt atomare Erstschatzraketen in der Bundesrepublik stationiert. Aber zugleich hat sie einen großen Teil unseres Volkes gegen sich. Alles in allem hat das Wirken der Friedensbewegung so die politische Szenerie in der Bundesrepublik wesentlich verändert.“

Grigorij W. Romanow, der Leiter der KPdSU-Delegation auf dem Parteitag, der von den Medien als designierter „Nachfolger Andropows“ bezeichnet wurde, wies das Gerücht über eine angebliche „sowjetische Bedrohung“ zurück: „Eine solche Bedrohung hat es niemals gegeben, und sie gibt es auch heute nicht!“ Die wirklichen Ursachen der gefährlichen Weltlage, so Romanow in seinem Grußwort, „wurzeln im militaristischen Kurs der Vereinigten Staaten von Amerika und der NATO, in ihrem Streben, sich dominierende Positionen in der Welt zu verschaffen“.

Romanow bezeichnete es als Ziel der Gegenmaßnahme einer Raketenstationierung in der DDR und CSSR sowie U-Booten vor der USA-Küste: „Sie sollen jene zusätzliche Bedrohung ausschalten, die wegen der Aufstellung von USA-Raketen in Europa entsteht... Unsere Gegenmaßnahmen sollen das in den sechziger und siebziger Jahren erreichte militär-strategische Gleichgewicht aufrechterhalten. Es kostete das sowjetische Volk große Anstrengungen und beachtliche Mittel, bis dieses Ziel erreicht wurde... Dadurch kann der Imperialismus heute nicht mehr schalten und walten wie er will. Und deswegen wird es niemandem gelingen, dieses Gleichgewicht zu stören. Etwas ganz anderes ist es, daß das Niveau dieses Gleichgewichts beträchtlich gesenkt werden kann, ja muß.“

Zum gleichen Thema sagte der Leiter der Delegation des SED-Zentralkomitees in der DDR, Egon Krenz: „Wäre die Regierung der BRD dem Vorschlag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR gefolgt, so könnten die Territorien beider deutscher Staaten eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone und damit der Kern für ein von Atomwaffen freies Europa sein.“ Weiter sagte Krenz, niemals werde die DDR „die in friedlicher Arbeit geschaffenen Errungenschaften des Volkes verantwortungslos ohne Schutz belassen. Wie lebensgefährlich das wäre, beweist

Mandatsprüfungsbericht

Von den 778 Delegierten und Gastdelegierten waren 741 gewerkschaftlich organisiert; 669 übten gewerkschaftliche bzw. betriebliche Wahlfunktionen aus. Die Delegierten setzten sich zusammen aus 578 Arbeitern und Angestellten, 17 Auszubildenden, 58 Angehörigen der Intelligenz, 52 Schülern und Studenten, 39 Hausfrauen und Rentnern, 34 Arbeitslosen (darunter 4 Betroffene von Berufsverboten). 556 Delegierte waren bis 40 Jahre alt, davon 280 bis 30 Jahre.

die brutale Aggression der USA gegen Grenada, verdeutlicht der nichterklärte und doch organisierte Krieg gegen Nikaragua, zeigt das heimtückische Vorgehen im brennenden Libanon und auf dem afrikanischen Kontinent.“

Herbert Mies spitzte die Haltung der Bundesregierung zu den beiden großen Bewegungen für Abrüstung und für die 35-Stunden-Woche auf den Satz zu: „Wem die Verkürzung der Flugzeit von Atomraketen vom Rhein an die Moskwa auf fünf Minuten wichtiger ist als die Verkürzung der Arbeitszeit um fünf Stunden, der arbeitet für den Krieg und nicht für Frieden und Arbeit.“ Die DKP werde die gewerkschaftlichen Aktionen zur Durch-

setzung der 35-Stunden-Woche mit ganzer Kraft unterstützen.

Angeichts der Konfliktstrategie von Unternehmern und Regierung, angesichts von Krise, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit wachse die Bedeutung der Gewerkschaften wie nie. Es liege auf der Hand, daß Einheit, Organisation und Kampfkraft der Gewerkschaften gestärkt werden müßten. Solange die Wirtschaft florierende ökonomischen Manövrierraum hatte, sei es den Gewerkschaften bei einer sozialpartnerschaftlichen Orientierung gelungen, in der Lohn- und Tarifpolitik bestimmte materielle Verbesserungen ohne größere Kämpfe zu erreichen. „Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise und der abnehmenden Bereitschaft der Monopole zu sozialen Zugeständnissen aber verliert die Ideologie der ‚Sozialpartnerschaft‘ zunehmend die materielle Basis... Anders als noch vor einem Jahrzehnt kann die Arbeiterklasse ohne solidarischen und harten Kampf nicht einmal mehr ihre in der Vergangenheit durchgesetzten Rechte behaupten — von der Durchsetzung sozialer Verbesserungen ganz zu schweigen.“

Der Parteitag stand in Reden, Diskussion und Beschlüssen ganz im Zeichen internationaler Solidarität. Sie galt dem Volk von Nicaragua und der Befreiungsbewegung von El Salvador, deren Vertreter Gelegenheit bekamen, das Wort zu ergreifen, ebenso wie den demokratischen Befreiungsbewegungen in Guatemala, Chile, Libanon, Südafrika und anderen Ländern und den ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik. Als Gäste verfolgten Vertreter von 40 kommunistischen Parteien bzw. antiimperialistischen Bewegungen die Beratungen.

Die Delegierten verabschiedeten eine Anzahl von Beschlüssen, darunter auch ein „Aktionsprogramm '84 der DKP für Frieden und Arbeit“, die als grundlegende Menschenrechte bezeichnet werden. Darin regt die DKP u. a. an, noch mehr Friedensinitiativen in allen Bereichen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu gründen. Gefordert werden die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, ein Beschäftigungsprogramm, die Stärkung der Massenkaufkraft durch aktive gewerkschaftliche Tarifpolitik, Schutz von Rationalisierungsfolgen sowie die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Großbanken und Versicherungskonzernen.

Weitere vom Parteitag gefaßte Beschlüsse betreffen u. a. Maßnahmen für den Umweltschutz, die Ablehnung von Privatisierungen und die Forderung nach Ausbau des öffentlichen Sektors der Wirtschaft. Die DKP will weiter in den Initiativen gegen computerlesbare Ausweise und gegen die Volkszählung mitarbeiten, tritt für die Bildung der Mediengewerkschaft ein und fordert mehr kommunale Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen. Speziell zu Fragen der Bündnispolitik soll eine Konferenz durchgeführt werden.

Gerd Siebert

Bei der Betriebsratswahl den Zusammenhalt festigen

Die in den Betrieben der Bundesrepublik beginnenden Betriebsratswahlen lenken die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften im besonderen Maße wieder einmal auf das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). In diesem sehr umstrittenen Gesetz werden die mehr als bescheidenen Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte sowie der Umfang und ganz besonders die Grenzen ihrer Aufgaben im Betrieb festgelegt. Dabei zielt die Tendenz des BetrVG ganz offensichtlich auf die Neutralisierung des Betriebsrates ab, und als seine Hauptaufgabe wird die Sicherung des sogenannten Betriebsfriedens hingestellt. So aber ist erfolgreiche Interessenvertretung nicht möglich.

Je bescheidener die Rechte der Betriebsräte im BetrVG auch gehalten sind, um so gründlicher müssen alle Möglichkeiten durch einen energischen Vertrauensleutekörper und einen gewerkschaftspolitisch fundierten Betriebsrat genutzt werden. Zwar ergibt sich nicht selten die Tatsache, daß manche Betriebsratsmitglieder infolge ihres ständigen Umganges mit den Betriebsleitungen allzuleicht geneigt sind, die Pflicht zu einer konsequenten Interessenvertretung der Belegschaftsmitglieder zugunsten eines zweifelhaften „Betriebsfriedens“ zu vernachlässigen; das aber wird um so weniger eintreten, je stärker sich Betriebsrat und Gewerkschaft bei ihren Aufgaben unterstützen und sich dabei an den tatsächlichen Belangen der Beschäftigten des Betriebes orientieren.

Aus einer vor einiger Zeit von der IG Metall durchgeführten Befragung von Belegschaftsmitgliedern mehrerer größerer Betriebe geht deutlich hervor, daß die Arbeiter und Angestellten von ihren Betriebsräten eine stärkere Vertretung ihrer Interessen verlangen. Gleichzeitig aber kam auch die Forderung zum Ausdruck, daß die Belegschaften für ihre Betriebsräte mehr Rechte fordern, oder, wie es wörtlich ausgedrückt wurde: „Die Betriebsräte müssen mehr zu sagen haben.“

Auf der anderen Seite aber gibt es manche Belegschaften, die nicht immer von der Tätigkeit der Betriebsräte überzeugt sind. Das mag nicht zuletzt daran liegen, daß viele Arbeitnehmer die sozialreaktionären Fesseln übersehen, die das BetrVG den Betriebsräten auferlegt. Die Betriebsräte aber können sich um so freier entfalten, wie sie sich auf die Solidarität der Arbeiter und Angestellten im Betrieb stützen können. Es liegt nicht immer an den Betriebsräten, wenn sie sich durch die formalen gesetzlichen Bestimmungen in ihrer Tätigkeit einengen lassen, sondern auch daran, ob und wie entschieden die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und die Belegschaft sich hinter den Betriebsrat stellen und ihn stark genug machen, um alle Möglichkeiten des BetrVG auszuschöpfen.

Diese wechselseitige Beziehung, daß einerseits die aktiven Teile der Vertrauens-

leute und der Belegschaft kleinstmütige und sozialpartnerschaftliche Betriebsräte zu mehr Selbstbewußtsein und Würde gegenüber dem Unternehmer drängen, andererseits aber aktive Betriebsräte oft genug mehr Unterstützung und Rückhalt be-

Siebert / Degen / Becker Betriebsverfassungsgesetz

Kommentar für die Praxis
5. Auflage, neu kommentiert
Mit Wahlordnung und Stichwörterverzeichnis.

582 Seiten, 24 DM
Bestell-Nr. 033

Zu beziehen über den Buchhandel oder per Vorkasse plus 2 DM, für Porto und Verpackung über unseren Verlag.

nötigen, gilt es gerade in der Vorbereitung der Betriebsratswahlen stärker zu entwickeln. Von großer Wichtigkeit ist dabei schon der erste Schritt, nämlich die Auswahl und Aufstellung der Betriebsratskandidaten nach einem unabhängigen demokratischen Verfahren. In diesem Prozeß der Wahlvorbereitung werden in der Regel schon die Weichen gestellt für den Grad des späteren Vertrauensverhältnisses zwischen Gewerkschaft, Belegschaft und Betriebsrat sowie für die Solidarität und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern des Betriebsrats selbst. Heinz Seeger

Jugendvertretung

Während die reguläre Betriebsratswahl bis zum 31. Mai 1984 beendet sein soll, beginnt am 1. Mai der Zeitraum für die Wahl der Jugendvertretungen, der am 30. Juni endet. Für die Belange der Jugendlichen sind diese Wahlen nicht weniger wichtig als die Betriebsratswahlen. Stichworte wie Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellennot, Nichtübernahme nach der Lehre, unzureichende Ausbildungsvergütungen, schlechte Ausbildungsqualität usw., verdeutlichen einige der Probleme.

Auch für die Jugendvertretungen und ihre Wirksamkeit ist es wichtig, daß bewußte

und aktive junge Gewerkschafter in sie hineingewählt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) sieht die Wahl von Jugendvertretungen in Betrieben vor, in denen in der Regel mindestens fünf Arbeitnehmer beschäftigt sind, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Immer wieder taucht jedoch die Frage auf, was zu geschehen hat, wenn es im Betrieb keinen Betriebsrat gibt.

Das BetrVG sagt direkt dazu nichts aus. Zwar bestimmt § 63 Abs. 2, daß der Betriebsrat den Wahlvorstand zu bestellen hat, und § 70, daß die Aufgaben der Jugendvertretung über den Betriebsrat wahrzunehmen sind, woraus die meisten Gesetzeskommentatoren ableiten, daß es ohne Existenz eines Betriebsrats auch nicht zur Wahl einer Jugendvertretung kommen darf. Aber eine derartige Auslegung des BetrVG ist umstritten.

Denn aus der Tatsache, daß die erwachsenen Arbeitnehmer eines Betriebes (aus welchen Gründen auch immer) keinen Betriebsrat gebildet haben, kann nicht einseitig abgeleitet werden, daß dann auch die Jugendlichen auf ein Vertretungsorgan verzichten müssen. Eine Frage ist auch, ob sich eine Jugendvertretung wieder auflösen muß, wenn im Betrieb ein existierender Betriebsrat seine Tätigkeit einstellt oder etwa per Gerichtsbeschluß aufgelöst wird, ohne daß eine Neuwahl stattfindet?

Die Kommentare Siebert/Degen/Becker (5. Aufl. 1981) und Gnade/Kehrmann/Schneider/Blanke (2. Aufl. 1983) vertreten die eindeutige Auffassung, daß das Fehlen eines Betriebsrats zum Zeitpunkt der Jugendvertreterwahl bzw. die zwischenzeitliche Auflösung des Betriebsrats weder die Nichtwahl noch die Anschlußauflösung der Jugendvertretung zur Folge haben darf. Es liegt aber auf jeden Fall im Interesse der Jugendlichen eines Betriebs, daß sie mit dafür Sorge tragen, daß es zur Wahl eines Betriebsrats kommt. Der richtige Zeitpunkt dafür ist jetzt. G. S.

Strategie der Unternehmer

Nach Redaktionsschluß erschienen am gleichen Tag, am 1. Februar, sowohl in der „FAZ“ als auch im „Handelsblatt“ Leitartikel, die eindeutig das Ziel haben, im Interesse der Unternehmer die Gewerkschaften und deren Mitglieder gegeneinander zu hetzen. In der „FAZ“ wird entdeckt, daß die innergewerkschaftliche Arbeitszeitfront parallel zu den ideologischen Gräben im DGB verlaufe. Die Vorkämpfer der Wochenarbeitszeitverkürzung würden in vielen Fragen, auch in der, ob „Ordnungsfaktor oder Gegenmacht“, andere Positionen einnehmen als die Befürworter einer Tarifierente.

Im „Handelsblatt“ wird vermerkt, daß es für die Gewerkschaften darum gehe, sich zur Funktion als Ordnungsfaktor zu bekennen oder sich zu einer Gegenmacht zu entwickeln. Dabei wird die Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt und mit einem Verbändegesetz gedroht.

Ein Novum in der Sozialversicherung Bei längerer Krankheit — Beitrag

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 wurde erstmals in der Geschichte der deutschen Sozialversicherung das Krankengeld für Arbeiter und Angestellte, die länger als sechs Wochen arbeitsunfähig erkrankt sind, durch Abzug des Beitrages zur Renten- und Arbeitslosenversicherung gekürzt. Zugleich erhöhte sich die Beitragsbelastung für alle Arbeiter und Angestellten, deren Bruttoverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt. Die erhöhte Beitragsbelastung wurde diesmal nicht wie bisher durch eine Heraufsetzung des Beitragssatzes für die Renten-, die Arbeitslosen- oder die Krankenversicherung bewirkt.

Zunächst sollte es auch diesmal nur um die Steigerung des Beitrages für einen Zweig der Sozialversicherung, um die finanzielle „Konsolidierung“ der Rentenversicherung gehen. Doch in der Tat wurde nun die Beitragsbelastung für alle drei Zweige der Sozialversicherung auf einmal aufgestockt. Das geschieht dadurch, daß jetzt Sonderzahlungen zum Lohn und Gehalt wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld stärker in die Berechnung des SV-Beitrages einbezogen werden und der 100-DM-Weihnachtsfreibetrag gestrichen wurde.

Die Kranken wurden in den vergangenen Jahren immer mehr mit direkten Zuzahlungen zu den Krankheitskosten (Medikamente, Fahrtkosten, Zahnersatz, Krankenhausbehandlung und Kuren) bis zur vollen Selbstzahlung bei vier Medikamentengruppen belastet und damit der soziale Charakter der Krankenversicherung zunehmend ausgehöhlt. Jetzt sind zusätzlich das Krankengeld und ähnliche Leistungen (Verletztengeld der Unfallversicherung) der Beitragspflicht zur Renten- und Arbeitslosenversicherung unterworfen. Das trifft zunächst einmal die Kranken. Von ihrem Kranken- oder Verletztengeld wird die Hälfte des Beitrages zur Renten- und Arbeitslosenversicherung direkt abgezogen. Das ist eine Kürzung ihres Einkommens um 11,55 Prozent! Bei einem Krankengeld von 1250 DM im Monat macht das 145,48 DM aus. Zum zweiten aber trifft diese neue Belastung alle Arbeiter und Angestellten, muß doch die andere Hälfte des Beitrages von den Krankenkassen oder sonstigen Leistungsträgern und damit von den versicherten Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden.

Eine besondere Infamie: Obwohl nun für die Zeit des Kranken- oder Verletztengeldbezuges der Beitrag zur Rentenversicherung abgezogen wird, gelten diese Zeiten bei der Rentenberechnung weiter als Ausfall- und nicht als Beitragszeiten. Sie werden somit auch für die Erfüllung der Wartezeit nicht angerechnet. Dagegen sollen längere Krankheitszeiten oder Zeiten der Teilnahme an Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation sich nicht mehr nachteilig auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld auswirken. Aber das hätte ge-

setzlich auch so geregelt werden können, ohne das Krankengeld zu kürzen!

Die Berechnung des SV-Beitrages von den Sonderzahlungen zum Lohn oder Gehalt erfolgt jetzt nicht mehr unter Berücksichtigung nur der Beitragsbemessungsgrenze im Monat der Auszahlung (5200 DM für Renten- und Arbeitslosenversicherung, 3900 DM für Krankenversicherung), sondern des im Monat der Auszahlung erreichten Teils der Beitragsbemessungsgrenze für das ganze Jahr. Dadurch werden Arbeiter und Angestellte mit einem Verdienst unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze mehr belastet. So hat ein Arbeiter mit 2500 DM Bruttomonatsverdienst für ein Weihnachtsgeld in Höhe seines Monatsverdienstes, bei Auszahlung im Dezember und einem Beitragssatz seiner Krankenkasse von 11,8 Prozent einen um 88,50 DM höheren Krankenversicherungsbeitrag zu entrichten.

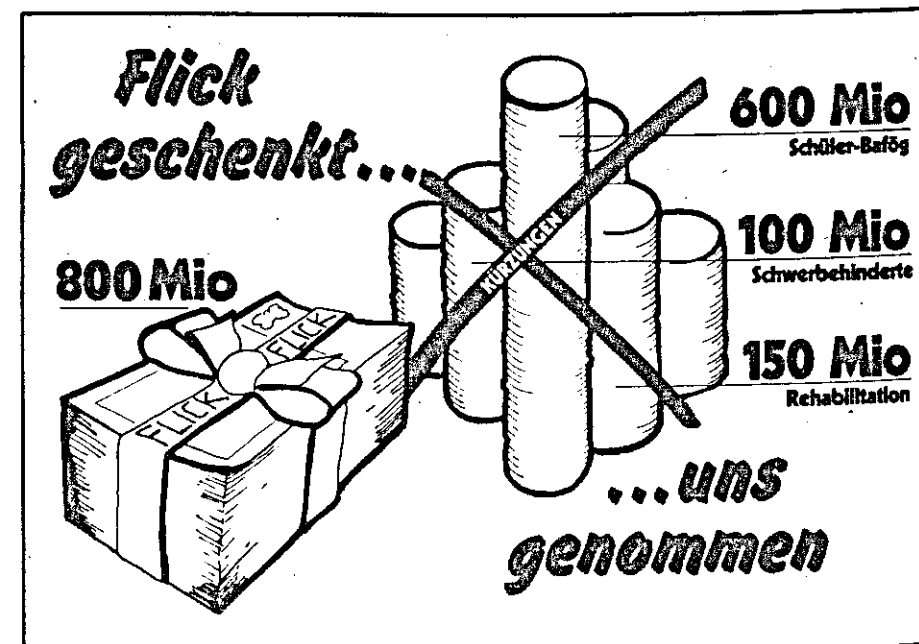
Für einen Angestellten mit einem Bruttomonatsgehalt von 4800 DM erhöht sich der Beitrag zur Renten- und Arbeitslosen-

versicherung bei einem Weihnachtsgeld von 2800 DM, wenn er im Monat der Auszahlung elf Monate im Jahr bei der Firma tätig war, um 288,75 DM, war er nur zwei Monate bei der Firma tätig, um 184,80 DM. Bei mehreren Sonderzahlungen im Jahr steigt die zusätzliche Beitragsbelastung. Besondere „soziale“ Komponente dieser Neuregelung: Wer einen Verdienst hat, der die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, ist davon überhaupt nicht betroffen.

Geschätzt wird, daß die stärkere bis volle Einbeziehung der Sonderzahlungen in die Berechnung des Beitrages zur Sozialversicherung einer linearen Beitragserhöhung von einem halben Prozent entspricht. Die jetzige aber ist die Fortsetzung einer ganzen Kette von Beitragserhöhungen in den vergangenen Jahren! Erst 1983 wurde der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar von 4 auf 4,6 Prozent, ab 1. September der Beitragssatz für die Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent erhöht. Insgesamt wurde der Beitrag zur Sozialversicherung, nur der „Arbeitnehmeranteil“ gerechnet, seit 1956 durch eine Vielzahl von Belastungen von rund 10 auf jetzt etwa 16,3 Prozent heraufgeschraubt.

Zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 hat die Bundesregierung die erhöhten Einnahmen aus der verstärkten bis vollen Einbeziehung der Lohn-Sonderzahlungen in die Beitragsberechnung, die Streichung des 100-DM-Weihnachtsfreibetrages sowie die Beitragsbelastung des Krankengeldes und ähnlicher Leistungen für die Sozialversicherung mit 5,58 Milliarden DM im Jahr 1984, mit mehr als 26,4 Milliarden DM für die Jahre 1984 bis 1987, die von den Krankenkassen zu tragende Beitragsbelastung für Krankengeld mit 550 Millionen DM in diesem Jahr, mit 2,355 Milliarden für 1984 bis 1987 veranschlagt.

Arthur Böppe



Flick-Millionen: Was uns damit an Kürzungen erspart geblieben wäre

(Aus: metall, Nr. 2, 1984)

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Neue Urteile zum Kündigungsrecht

Eine Kündigung kann treuwidrig sein, wenn sie kurz vor Ablauf der sechsmonatigen Wartefrist ausgesprochen wird, um die Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes zu umgehen. (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. August 1982 — 7 AZR 437/80)

Auch bei einer Kündigung nach Eröffnung des Konkursverfahrens sind vom Konkursverwalter die Vorschriften des Kündigungsschutzgesetzes zu beachten. Der Konkursverwalter hat bei einer etappenweisen erfolgten Stillelegung die Grundsätze über die soziale Auswahl zu beachten. (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 16. September 1982 — 2 AZR 271/80)

Der Konkursverwalter ist nicht an die gesetzlichen, sondern an die — u. U. längeren — tariflichen Kündigungsfristen gebunden. (LAG Köln, Urteil vom 7. Oktober 1982 — 10 Sa 731/82)

Bei der Ermittlung der für die Geltung des allgemeinen Kündigungsschutzes gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 KSchG erforderlichen Beschäftigtenzahl (ab 6 Beschäftigte) sind alle im Betrieb regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf den zeitlichen Umfang ihrer Tätigkeit mitzuzählen. (BAG, Urteil vom 9. Juni 1983 — 2 AZR 494/81)

Vor der außerordentlichen Kündigung eines Betriebsobmannes muß der Arbeitgeber dann, wenn ein gewähltes Ersatzmitglied für den Betriebsrat fehlt, analog § 103 Abs. 2 BetrVG die Zustimmung des Arbeitsgerichts einholen. (BAG, Urteil vom 16. Dezember 1982 — 2 AZR 76/81)

Anhörungsverfahren

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Personalrat/Betriebsrat eindeutig mitzuteilen, ob er die Kündigung nur auf betriebliche Gründe oder auch unmittelbar auf Leistungsmängel stützen und somit eine betriebs- und verhaltensbedingte Kündigung aussprechen will. Die Unterrichtung hat so umfassend zu sein, daß der Personalrat/Betriebsrat alle entscheidenden Gesichtspunkte kennt, um sein Mitbestimmungsrecht sachgerecht ausüben zu können. Hat der Dienstherr/Arbeitgeber den Personalrat/Betriebsrat nach diesen Grundsätzen nicht ausreichend unterrichtet, so ist die Kündigung trotz Zustimmung des Personalrats/Betriebsrats unwirksam. (BAG, Urteil vom 5. Februar 1981 — 2 AZR 1135/78)

Bei einer Kündigung von Arbeitnehmern, die ausschließlich in der Stamm-Dienst-

stelle beschäftigt werden, ist allein der dort gebildete örtliche Personalrat zu beteiligen (und nicht der Gesamtpersonalrat). (BAG, Urteil vom 3. Februar 1982 — 7 AZR 791/79)

Der Arbeitgeber ist nach dem Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet, ein Anhörungsverfahren während der Arbeitszeit des Betriebsratsvorsitzenden oder (bei dessen Verhinderung) des Stellvertreters einzuleiten. Allerdings wird auch dann die Wochenfrist des § 102 Abs. 1 BetrVG in Gang gesetzt, wenn der Betriebsratsvorsitzende eine fernmündliche Mitteilung des Arbeitgebers außerhalb der Arbeitszeit widerspruchsfrei entgegennimmt. (BAG, Urteil vom 27. August 1982 — 7 AZR 30/80)

Der ausführliche Text der auf dieser Seite angeführten Urteile kann bei unserer Redaktion angefordert werden. In solchen Fällen erbitten wir einen adressierten Frelumschlag.

Ist ein Betriebsrat für die Dauer der Äußerungsfristen des § 102 Abs. 2 BetrVG beschlußunfähig, weil in dieser Zeit mehr als die Hälfte der Betriebsratsmitglieder verhindert sind und nicht durch Ersatzmitglieder vertreten werden können, so nimmt der Restbetriebsrat die Mitbestimmungsrechte des § 102 Abs. 2 BetrVG wahr. (BAG, Urteil vom 18. August 1982 — 7 AZR 437/80)

Verhaltensbedingte Kündigungen

Das Vorliegen mehrerer Lohnpfändungen oder -abtretungen rechtfertigt für sich allein noch keine ordentliche Kündigung. Sozial gerechtfertigt im Sinne des § 1 Abs. 2 KSchG kann eine ordentliche Kündigung aber dann sein, wenn im Ernstfall zahlreiche Lohnpfändungen oder -abtretungen einen derartigen Arbeitsaufwand des Arbeitgebers verursachen, daß dies — nach objektiver Beurteilung — zu wesentlichen Störungen im Arbeitsablauf (etwa in der Lohnbuchhaltung oder in der Rechtsabteilung) oder in der betrieblichen Organisation führt. Auch bei Vorliegen solcher wesentlichen Störungen bedarf es im Einzelfall einer umfassenden Abwägung der Interessen beider Arbeitsvertragsparteien. (BAG, Urteil vom 4. November 1981 — 7 AZR 264/79)

Erläutert eine Verkäuferin einer Arbeitskollegin, sie werde eine im Wege des Schichtaustausches nicht durchsetzbare

Arbeitsfreistellung am Pfingstsonntag dadurch erreichen, daß sie sich krankschreiben lasse, so kann darauf keine verhaltensbedingte Kündigung im Sinne des § 1 KSchG gestützt werden, wenn das eingereichte Attest einer Überprüfung standhält und danach feststeht, daß die Verkäuferin tatsächlich arbeitsunfähig krank war. (LAG Hamm, Urteil vom 27. Mai 1982 — 8 Sa 44/82)

Alkoholgenuß während der Arbeit kann je nach den Umständen des Einzelfalles ein Kündigungsgrund sein. Die Tatsache allein, daß ein Arbeitnehmer „häufig mit einer Alkoholfahne“ während der Arbeitszeit angetroffen und ein einziges Mal mit einer Schnapsflasche im Betrieb angetroffen und nach Hause geschickt worden ist, reicht jedoch als Kündigungsgrund nicht aus. Auch die Tatsache, daß der Kläger „unterdurchschnittlich“ schlecht gearbeitet habe, vermag die Kündigung nicht als sozial zu rechtfertigen. Einer von mehreren Arbeitnehmern erbringt immer die „schlechteste“ Arbeit, ohne daß damit zum Ausdruck kommen muß, der betreffende Arbeitnehmer arbeite nicht zufriedenstellend. Außerdem ist eine verhaltensbedingte Kündigung sozial dann nicht gerechtfertigt, wenn der Arbeitnehmer auf einem anderen Arbeitsplatz beschäftigt werden kann und der Betriebsrat der beabsichtigten Kündigung deshalb widersprochen hat. (BAG, Urteil vom 22. Juli 1982 — 2 AZR 30/81)

Bei häufigen Kurzerkrankungen müssen zum Zeitpunkt der Kündigung objektive Tatsachen vorliegen, die die ernste Besorgnis weiterer Erkrankungen rechtfertigen. Die prognostizierten Kurzerkrankungen müssen zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung der betrieblichen Interessen führen. Häufige Kurzerkrankungen in der Vergangenheit (in dem entschiedenen Fall 70 bis 80 Krankheitstage pro Jahr) können zunächst für einen entsprechenden Krankheitsverlauf in der Zukunft sprechen. Der Arbeitnehmer hat eine prozessuale Mitwirkungspflicht näher darzulegen, weshalb die Besorgnis weiterer Kurzerkrankungen unberechtigt sein soll. Sind ihm Krankheitsbefund und vermutliche Entwicklung selbst nicht hinreichend bekannt, dann genügt der Arbeitnehmer seiner Mitwirkungspflicht schon dann, wenn er die Behauptung des Arbeitgebers bestreitet und die Ärzte, die ihn behandelt haben, von der Schweigepflicht entbindet. (BAG, Urteil vom 23. Juni 1983 — 2 AZR 15/82)

Türkische Arbeitnehmer, die den verkürzten Wehrdienst von zwei Monaten in der Türkei ableisten müssen, sind verpflichtet, den Arbeitgeber unverzüglich über den Zeitpunkt der Einberufung zu unterrichten und auf Verlangen des Arbeitgebers die Richtigkeit der Angaben durch eine behördliche Bescheinigung des Heimatstaates nachzuweisen. Liegen diese Voraussetzungen vor, so stellt das Fernbleiben von der Arbeit für die Dauer des zweimonatigen Grundwehrdienstes keinen Kündigungsgrund dar. (BAG, Urteil vom 7. September 1983 — 7 AZR 433/82)

DDR: Nach wirtschaftlichem Erfolg auch für dieses Jahr große Ziele

Die DDR kann auch für 1983 auf beträchtliche wirtschaftliche Erfolge zurückblicken, die es ihr erlauben, mit einem kontinuierlichen Wachstum des Lebensstandard der Bevölkerung, ihre soziale Sicherung und kulturellen Leistungen weiter auszubauen. Nach den vorliegenden Zahlen der amtlichen Statistik für Ende Oktober 1983 wurde die industrielle Warenproduktion in diesem Zeitraum mit 101,4 Prozent erfüllt. Sie wuchs damit um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, die der Nettoproduktion um 6,5 Prozent.

Insgesamt wurde dieser Leistungsanstieg fast ausschließlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt, die sich in dem sozialistischen Land nicht auf Kosten der Beschäftigten vollzieht. Vielmehr werden die von Rationalisierung Betroffenen längerfristig in die Umstrukturierungspläne einbezogen. Dazu gehört ebenfalls die Aufgabe der Weiterqualifikation für die neuen Arbeitsplätze. Das allgemeine Ziel der Volkswirtschaft der DDR, ein höheres Produktivitätsniveau zu erreichen, stellt zugleich neue Anforderungen an die Berufsausbildung und das Hoch- und Fachschulwesen. Es wird damit gerechnet, daß bis 1990 der Anteil der Facharbeiter und Meister an den Beschäftigten auf 64 bis 65 Prozent steigt. Selbstverständlich ist in der DDR, daß Umsetzungen keine Verschlechterung des materiellen Besitzstandes der Beschäftigten zur Folge haben dürfen, eher sind — entsprechend der höheren Qualifikation — Verbesserungen vorgesehen.

Große Erfolge verzeichnete die DDR-Volkswirtschaft im vergangenen Jahr bei der Senkung des spezifischen, d. h. auf das einzelne Produkt bezogenen Rohstoff- und Energieverbrauchs. Im Durchschnitt sank der Verbrauch bis Ende Oktober um 7 Prozent. Höhere Veredelung der Stoffe und rationellere Nutzung trugen

Eine Kündigung bei langanhaltender Arbeitsunfähigkeit ist nur dann sozial gerechtfertigt, wenn zum Zeitpunkt der Kündigungszugangs auf Grund objektiver Umstände mit einer Arbeitsunfähigkeit auf nicht absehbare Zeit zu schließen ist und gerade diese Ungewißheit zu unzumutbaren betrieblichen oder wirtschaftlichen Belastungen führt. Der Arbeitnehmer ist nicht verpflichtet, den Arbeitgeber von sich aus über Art und Verlauf seiner Krankheit zu informieren. Es gibt keinen Erfahrungsgrundsatz, nach dem langanhaltende Dauer der Arbeitsunfähigkeit in der Vergangenheit auf eine negative gesundheitliche Konstitution in der Zukunft schließen läßt. Zu den vom Arbeitgeber in Erwägung zu ziehenden Überbrückungsmaßnahmen gehört auch die Einstellung einer Aushilfskraft auf unbestimmte Zeit. (BAG, Urteil vom 25. November 1982 — 2 AZR 140/81)

Florett

dazu bei. Was die Energie betrifft, so hat die DDR den Anteil der einheimischen Braunkohle am Gesamtenergieverbrauch auf über 70 Prozent gesteigert. Angestrebt wird eine noch bessere Veredelung. Größeres Gewicht wird der Kohlevergasung und -verflüssigung beigemessen. Verstärkt sollen auch Kernkraftwerkskapazitäten ausgebaut werden.

Die allgemeine Orientierung auf einheimische Energieträger und die in den letzten Jahren verstärkte Verlagerung des Transports von der Straße auf die energiesparenden Transportwege Schiene und Wasser sind dem Umstand geschuldet, dem rohstoffarmen Land teure Importe zu ersparen. 1983 gelang es der DDR, eine positive Außenhandelsbilanz mit den nicht-sozialistischen Ländern zu erzielen.

Auch für 1984 hat sich die DDR-Volkswirtschaft hohe Ziele gestellt. Wie im vergangenen Jahr soll sich das Nettoeinkommen der Bevölkerung und der Einzelhandelsumsatz um je weitere 2,2 Prozent erhöhen.

Grundlage dafür ist eine weitere Steigerung der materiellen Produktion um 3,6 Prozent in der gesamten Volkswirtschaft durch rationelleren Einsatz von Roh- und Werkstoffen und die noch effektivere Umsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Produktion. In den Bereichen Elektrotechnik/Elektronik sowie Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau sind daher die höchsten Zuwachsraten von 8,8 und 6,5 Prozent vorgesehen.

Aber nicht nur für die materiell-technische Basis sind Leistungssteigerungen geplant. Zugleich stellt sich die DDR-Wirtschaft die Aufgabe, die Qualität ihrer Produkte erheblich zu verbessern. Allein um 20,3 Prozent soll die Anzahl der mit dem Gütezeichen „Q“ produzierten Güter steigen. Diese Maßnahme zielt sowohl auf den volkswirtschaftlich notwendigen Export wie auf die noch bessere Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen, langlebigen Konsumgütern.

An dem Ziel, bis 1990 die wesentlichen Bedürfnisse in der Wohnungsfrage für die gesamte Bevölkerung befriedigt zu haben, hält die DDR weiter fest. 1984 sollen rund 117 000 neue Wohneinheiten gebaut und etwa 80 000 modernisiert werden. Vorge-

sehen sind weiterhin die Schaffung von 2740 Schulunterrichtsräumen, 25 100 Kindergarten-, 11 460 Kinderkrippenplätze, 2000 Wohnheimplätze für Studenten, 3746 Plätze in Feierabend- und Pflegeheimen und 528 Plätze in Einrichtungen zur Behandlung und Förderung physisch und psychisch geschädigter Kinder und Jugendlicher. Allein diese Beispiele verdeutlichen, daß in unserem sozialistischen Nachbarland trotz insgesamt schwieriger ökonomischer Bedingungen, auf der Grundlage staatlicher Planung unter Beteiligung weiterer Kreise der Arbeiter und Angestellten selbst, an der schrittweisen Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung festgehalten werden kann. B.K.



IBFG beschloß Aktionsprogramm

Ein aktualisiertes Aktionsprogramm zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung Südafrikas hat eine Konferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) am 20. Januar in Düsseldorf beschlossen. Das Programm sieht u. a. verstärkte finanzielle, humanitäre, technische und juristische Hilfe vor. Weiter ausgebaut werden sollen auch die Kontakte zwischen den Gewerkschaftsvertretern südafrikanischer Tochtergesellschaften und den Arbeitnehmervertretern der Mutterunternehmen. Ebenso sollen die Kontrollen der Konzernleitungen durch die jeweiligen Heimatgewerkschaften verstärkt werden.

Darüber hinaus sieht das Programm vor, die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Südafrika zu verstärken und den Druck auf das Apartheidregime zu intensivieren. Die Forderung nach Verschärfung von Wirtschaftssanktionen gegen die südafrikanische Regierung steht ebenfalls im Aktionsprogramm. Auf der Düsseldorfer IBFG-Veranstaltung wurde die Absicht der niederländischen Fluggesellschaft KLM verurteilt, vom 22. bis 23. Februar in Sun City — im sogenannten „Homeland“ Bophuthatswana — ein Golf- und Tennisturnier für ihre Beschäftigten durchzuführen. IBFG-Generalsekretär John Vanderveken sagte die Unterstützung seiner Organisation für die geplanten Gegenaktionen zu, die vom KLM-Betriebsrat, der niederländischen Transportarbeitergewerkschaft und dem Internationalen Transportarbeiterverband zur Verhinderung des Turniers durchgeführt werden sollen.

Grenadas Errungenschaften ein Opfer von Reagan & Co.

Der Name der Partei, die viereinhalb Jahre die Geschicke auf der nur 344 qkm großen und 110 000 Einwohner zählenden Karibikinsel Grenada lenkte, war Programm: New-JEWEL-Movement — Neue Bewegung für Wohlfahrt, Bildung und Befreiung. Dieses ehrgeizige Programm wurde jedoch in den Morgenstunden des 25. Oktober 1983 durch den Überfall der USA jäh gestoppt, die auf Grenada praktizierte Volksoder, wie sie die Grenadier selber gerne bezeichneten, „Graswurzel“-Demokratie unter den Stiefeln marodierender US-Marines zertreten.

Als sich 1979 das Volk Grenadas von der Diktatur des CIA-Vasallen und Mafia-Freundes Eric Gairy befreite und mit der New-JEWEL-Bewegung eine revolutionäre, antiimperialistische Regierung unter Führung des jungen Rechtsanwalts Maurice Bishop die Macht übernahm, hatte diese ein schweres Erbe anzutreten. Grenada gehörte bis dahin zu den wirtschaftlich rückständigsten Staaten im karibischen Raum. Etwa die Hälfte aller Arbeitskräfte war arbeitslos. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen wurde mit 280 US-Dollar im Jahr angegeben. Der Export der wenigen Agrarprodukte — Muskatnüsse (ein Drittel der Weltproduktion), Bananen, Kakaobohnen und Kopra — deckte nicht einmal zur Hälfte den Aufwand für notwendige Importe, unter denen Grundnahrungsmittel und Baumaterialien an vorderster Stelle standen.

Der Grund dafür, daß dieses Agrarland mit kaum nennenswerter industrieller Produktion (nur in geringem Umfang Bootsbau, Rumdestillation, Obstkonserven- und Getränkeindustrie) dennoch auf Lebensmittelimporte angewiesen war, lag vor allem in seiner Agrarstruktur, wonach eine kleine Zahl von 38 mit dem Auslandskapital verbundener Latifundisten fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihr eigen nennen durfte und nur am Anbau von Exportprodukten interessiert war. Bedenkt man noch die steigende Inflationsrate und die sinkenden Sozialausgaben der Regierung, deren Spitzenvertreter in dessen zu Millionären wurden, dann wird verständlich, daß nach dem Sturz des Diktators von dem „Hurrikan Gairy“ die Rede war, der die Wirtschaft der Karibikinsel in so verwüstetem Zustand zurückgelassen hatte.

In seiner ersten Rede als neuer Regierungschef hatte Maurice Bishop verkündet: „Diese Revolution hat sich zur Aufgabe gestellt, Vollbeschäftigung, ausreichende Ernährung, genügend Wohnungen und einen Gesundheitsdienst für das Volk zu garantieren.“ So wurden gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Frauen und Männern, das Organisations- und Streikrecht für Arbeiter sowie eine Anzahl weiterer demokratischer Rechte gesetzlich verankert. Eine große Begeisterung des Volkes trug die Revolution. Die Gewerkschaften,

Frauen- und Jugendorganisationen hatten enormen Zulauf. Gestützt auf diese Massenorganisationen, begann die Regierung mit einer umfangreichen Bildungskampagne (die Analphabetenrate konnte von knapp 50 auf 10 Prozent gesenkt werden) und dem Aufbau von Poli- und Zahnkliniken, die vor allem mit Hilfe kubanischer Ärzte binnen kürzester Zeit in allen Landesbezirken funktionstüchtig waren und der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung standen.

Durch staatliche Projekte und Aufträge vermochte man darüber hinaus gleich mehrere dringende Probleme zu lösen: Die Arbeitslosenrate wurde von 49 Prozent (1979) auf 14 Prozent (1982) gesenkt. Durch maschinelle Modernisierung und Verbesserung der Transportmöglichkeiten sanken die Produktionskosten, und damit stieg die Konkurrenzfähigkeit grenadischer Waren auf dem nationalen und internationalen Markt. So konnte das Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent 1979 auf 5,5 Prozent 1982 angehoben werden.

IG Druck übt Solidarität

Ende des vergangenen Jahres hatte die IG Druck und Papier zu Spenden für die britische Druckergewerkschaft National Graphical Association (NGA) aufgerufen. Wegen eines Arbeitskampfes drohen der NGA Schadenersatzforderungen in Höhe von 11,7 Millionen DM. Bis Redaktionsschluß waren 75000 DM an Spenden eingegangen, darunter 50000 DM vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier. Die Aktion wird fortgesetzt, denn „es geht um die Existenz unserer britischen Brudergewerkschaft“, heißt es in dem Spendenaufruf. „Mit den Antigewerkschaftsgesetzen der Thatcher-Regierung soll sie in ihrer Existenz getroffen werden.“ Auch bei uns in der Bundesrepublik gebe es immer wieder Stimmen, die nach dem Vorbild der Regierung Thatcher ein Verbändegesetz befürworteten. „Wenn wir heute die NGA unterstützen, verteidigen wir zugleich unsere eigenen Rechte und Freiheiten“, wird betont. Das Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Stuttgart, Kontonummer 10 905 190.

was sich auch in einer Reallohnsteigerung für die Arbeiter von 7 Prozent (1981) bzw. 3 Prozent (1982) niederschlug. Weiterhin wurden durch die Beseitigung der Monstruktur in der Landwirtschaft und den Ausbau einer eigenen industriellen Produktion einerseits Devisen für Importe gespart und die Preise auf dem eigenen Markt niedrig gehalten, andererseits konnte der Anteil traditioneller Exportprodukte gesenkt und der Exportanteil anderer Güter wie z. B. Bekleidung, Frischfrüchte, Möbel in den Jahren 1979 bis 1982 auf etwa 40 Prozent gesteigert werden.

Die für die ehrgeizigen Entwicklungsanstrengungen benötigten enormen staatlichen Mittel von 37,4 Millionen Dollar allein im Jahre 1982 wären ohne umfangreiche ausländische Hilfe nicht zu realisieren gewesen. Von den 1982 benötigten Geldern erhielt Grenada 63,1 Prozent geschenkt oder zu außerordentlich niedrigen Zinssätzen geborgt. Geldgeber waren vor allem Kuba, arabische Staaten, die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft und internationale Organisationen. Das größte Einzelprojekt, der nahezu fertiggestellte Bau des internationalen Flughafens, beanspruchte allein 37,2 Prozent aller im Jahresbudget 1983 vorgesehenen Kapitalinvestitionen. Für ihn mußten 1983 mehr als ein Drittel aller zu normalen Zinssätzen auf dem internationalen Kapitalmarkt geliehenen Gelder aufgewendet werden. Doch mit der Eröffnung des Flughafens in diesem Jahr wäre nicht nur die in den vergangenen Jahren stark angestiegene Neuverschuldung Grenadas zurückgegangen, die Regierung erwartete darüber hinaus auch eine weitere Wirtschaftsbelebung durch die Ausweitung des devisenbringenden Tourismusgeschäfts. So wundert es denn auch nicht, daß die USA immer wieder versuchten, gerade das Flughafenprojekt zu verhindern, um einer wirtschaftlichen Stärkung der grenadischen Revolution den Weg zu verbauen.

Daß sich die Reagan-Administration weiterhin zu der Behauptung verstieg, der Flughafen solle für die „Zwischenlandung sowjetischer Langstreckenbomber“ und als „Sprungbrett kubanisch-sowjetischen Revolutionsexports“ genutzt werden, diene ihr selbst nur, wie all die anderen von ihr aufgetischten Lügen, zur Rechtfertigung einer militärischen Intervention. Nachdem alle bisherigen Destabilisierungsversuche gescheitert waren, nutzten Reagan und Co. Auseinandersetzungen innerhalb der New-JEWEL-Bewegung, die zum tragischen Tod von Premierminister Maurice Bishop und zur Machtübernahme durch einen provisorischen Militärrat führten, brutal aus, um den revolutionären Prozeß auf Grenada durch einen militärischen Gewaltakt zu beenden.

Für George Louison, ehemaliger Landwirtschaftsminister in der Regierung Bishop, bedeutet die US-Intervention allerdings noch nicht das endgültige Aus der Revolution: „... Ich habe unerschütterliches Vertrauen in unser Volk. Nach einer gewissen Zeit wird sich das Bewußtsein der Leute erheben.“ Georg Diederichs

Talbot und kein Ende Die Probleme bleiben

Nach wochenlangen Streiks und Betriebsbesetzungen und nach monatelangen Auseinandersetzungen ist in den französischen Automobilwerken Talbot in Poissy bei Paris die Arbeit wiederaufgenommen worden. Die Probleme, die bei dem Versuch der Firmenleitung, rund 3000 Beschäftigte zu entlassen, deutlich geworden sind und die zu massiven Konflikten geführt haben, sind jedoch nicht geklärt. So wie die Ursache des Konflikts bei Talbot tiefer liegt, läßt sich eine vollständige Lösung der Probleme ebenfalls nur in einem größeren Zusammenhang vorstellen.

Wie in anderen führenden kapitalistischen Staaten ist auch in Frankreich versucht worden, mit Hilfe der Politik des knappen Geldes, mit Kürzungen im Sozialbereich die Wirtschaftskrise zu beheben. Die sozialistische Regierung steht nach einer kurzen Periode der offensiven, auf Stärkung der Massenkaukraft gerichteten Wirtschaftspolitik wieder (mit gewissen Abstrichen) in dieser Tradition.

Wie in den anderen kapitalistischen Staaten hat sich auch in Frankreich folgendes Resultat ergeben: Einer nicht unbedeutenden Senkung der Inflationsrate steht ein durch strukturelle und konjunkturelle Probleme wachsendes Arbeitslosenheer gegenüber. Gleichzeitig verschärft sich das sogenannte Ausländerproblem. In Zeiten der Hochkonjunktur hochwillkommen angeworbene Arbeitskräfte – in Frankreich vor allem aus den früheren Kolonialgebieten Nord- und Schwarzafrika – stehen als erste vor der Gefahr der Entlassung. Ihre Existenz wird von nationalistischen und rassistischen Gruppen zur „nationalen Gefahr“ hochgespielt.

Die Unternehmensleitung von Talbot steht mit ihren Entlassungsproblemen nicht allein. So „gibt die verstaatlichte Stahlindustrie ihren Entlassungsbedarf mit 25 000 Arbeitern und der Kohlenbergbau mit 17 000 an. Der Entlassungsbedarf der Autoindustrie wird für die nächsten Jahre auf 80 000 geschätzt. Die Werften Nord-Méditerranée wollen ihre Belegschaft von 12 000 Mitarbeitern mangels Schiffsaufträgen umgehend halbieren“, mit weiteren Entlassungen wird auch bei Massey Ferguson und International Harvester gerechnet. (FAZ 18. 1. 1984)

Dabei sind die französischen Beschäftigten Opfer eines weiteren Konflikts. Seit dem Wahlsieg und der Regierung der Linken im Jahre 1981 halten Kapitalflucht und Investitionszurückhaltung der privaten französischen Wirtschaft an. Auch die längst überfällige Modernisierung der Produktionsanlagen von Talbot bei Poissy sind Beweis für diese Politik. Talbot (ehemals

Simca) gehörte früher zum US-amerikanischen Chrysler-Konzern und war vor einigen Jahren vom französischen privaten Automobilkonzern Peugeot AG (Citroën/Peugeot) aufgekauft worden. Während die Zahl der Neuzulassungen der Marken Citroën und Peugeot zusammen um rund 10 Prozent auf knapp 300 000 kletterten, schrumpfte die Produktion der zum gleichen Konzern gehörenden Marke Talbot vom ersten Halbjahr 1982 bis 1983 um fast 20 Prozent auf knapp 55 000 Wagen.

Angesichts dieser Entwicklung und der geplanten Entlassungen von 3000 Beschäftigten bot die Regierung zur Rettung und Modernisierung des Betriebes in einem Abkommen mit der Unternehmensleitung Investitionshilfen in Höhe von 400 Mio. DM an, „damit die Talbot-Werke erhalten werden“. Voraussetzung: Die Zahl der Entlassenen wird auf knapp 2000 gesenkt. Die „Heimkehr“ afrikanischer Arbeiter wird mit Prämien gefördert; 1000 Beschäftigte werden auf neue Technologien umgeschult.

War dieses Abkommen zwischen Regierung und Unternehmensführung schon

Zum 25. Male Arbeiterkonferenz

Die Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands wird vom 26. Juni bis 1. Juli 1984 in Helligendamm bei Rostock/DDR stattfinden. Zum 25. Male werden Gewerkschafter aus den sieben Ostsee-Anliegerländern sowie aus Norwegen und Island zu dieser ständigen Beratungsrunde zusammenkommen. Auf der Tagesordnung werden Fragen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, der Abrüstung und Friedenssicherung sowie Themen sozial- und wirtschaftspolitischer Art stehen.

nur vor dem Hintergrund monatelanger Aktionen vor allem des Gewerkschaftsverbandes CGT zu sehen, so barg es doch gleichzeitig den Keim zu neuen Konflikten in sich.

Die Bosse von Talbot, die sich lange Jahre auf „ihre“ hauseigene gelbe Gewerkschaft CSL stützen konnten, mußten vor zwei Jahren erstmals freie Belegschaftswahlen zulassen und hatten seitdem mit der ungeliebten kämpferischen CGT zu tun.

An der CGT vorbei war dann auch verhandelt worden mit dem Resultat, daß viele konkrete Probleme der Arbeiter nicht berücksichtigt waren. Die „Rückkehrprämien“ waren mit rund 8000 DM lächerlich gering. Viele Umschulungsangebote gingen angesichts der Tatsache, daß viele Afrikaner Analphabeten sind, ins Leere. Um den komplizierten Konflikt im Interesse der Beteiligten nicht zu eskalieren, stimmte die CGT dem Verhandlungsergebnis mit dem Vorbehalt zu, daß „Betriebsleitung und Gewerkschaften über jeden einzelnen Fall der 1905 Arbeiter in Verhandlungen eintreten sollten“.

In dieser schwierigen Situation glaubte die im Betrieb einflußlose Gewerkschaft CFDT, sich an die Spitze der Belegschaft stellen zu können, indem sie alle Vereinbarungen in Bausch und Bogen ablehnte. Rechte, nationalistische Gruppen hetzten französische Arbeiter gegen die Afrikaner auf, die Direktion lehnte in dieser Situation weitere Verhandlungen ab. Nach erbitterten Kämpfen, teilweise im Betrieb, wurde das Produktionsgelände durch die staatlichen Sicherheitskräfte der CRS besetzt.

Inzwischen wird bei Talbot wieder gearbeitet, doch die Probleme sind nicht gelöst. Im Gegenteil. Durch die Börsentransaktion hat sich die Peugeot AG bei Wahrung ihres Einflusses die Möglichkeit geschaffen, den gesamten Unternehmensbereich Talbot zu liquidieren. Die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes für die restlichen 15 000 französischen Arbeiter und Angestellten bei Talbot hat sich drastisch verschärft.

Das Zentralkomitee der KPF hat sich auf seiner Plenarsitzung am 14./15. Januar ausführlich mit der bedrohlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt und die Parole ausgegeben: „Wir sagen: Keine Entlassungen, kein zusätzlicher Arbeitsloser. Und wir fügen hinzu: Die Erneuerung der französischen Industrie zu erreichen heißt nicht, mit der Verringerung, sondern mit der Vergrößerung produktiver Bereiche zu beginnen.“

Eine Konferenz des linken CERES-Flügels in der sozialistischen Partei war am Wochenende zuvor zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen. Der Konflikt um Talbot charakterisiert die schwierige Situation der Linken in Frankreich, Regierungsverantwortung in einem führenden kapitalistischen Land zu tragen und gleichzeitig die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Es wird weitere „Talbots“ in Frankreich geben. a.p.

Alles in einem dicken Band

Becker/Etzel/Friedrich/Gröninger/Hillebrecht/Rost/Weigand/Wolf: Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften (KR), 1924 Seiten, Leinen, 248,— DM, Luchterhand-Verlag.

Seit gut zwei Jahren gibt es ein umfangreiches Werk, das sich nur mit dem Recht im Bereich Kündigungsschutz befaßt. Dieses besonders unübersichtliche Rechtsgebiet ist damit endlich etwas überschaubarer geworden. Das ist das Verdienst der obengenannten Autorengruppe, in ihrer Mehrzahl Richter am Bundesarbeitsgericht.

Man ist erstaunt, wie viele Gesetze es gibt, in denen Fragen des Kündigungsschutzes geregelt sind: das Kündigungsschutzgesetz, Arbeitsförderungs-gesetz, Angestelltenkündigungsschutzgesetz, Gesetz über arbeitnehmerähnliche Personen, Arbeitsplatzschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch, Bundespersonalvertretungsgesetz, die Konkursordnung, das Mutterschutzgesetz, Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, Gesetz über Kündigungsschutz für Parlamentarier, Schwerbehindertengesetz, Seemannsgesetz und die Vergleichsordnung.

Im Gemeinschaftskommentar sind alle diese kündigungsrelevanten Texte abgedruckt und kommentiert. Darüber hinaus enthält das Werk eine ausführliche Darstellung und Kommentierung der allgemeinen Grundsätze des Kündigungsrechts und des Kündigungsschutzrechts sowie des internationalen Arbeitsrechts. Vom Anspruch her soll der Band eine Arbeitshilfe für Praktiker und Arbeitsrechtswissenschaftler gleichermaßen sein. Was die Hilfe für den Praktiker betrifft, den Betriebsrat oder gewerkschaftlichen Rechtsschutzsekretär zum Beispiel, so müssen wegen der betont juristischen und um-

fänglichen (fast 2000 Seiten!) Anlage Gedanken angemeldet werden.

Bei dem Autorenkollektiv verwundert es auch nicht, daß die Sichtweise zumeist sehr formalrechtlich ausfällt und daß es sich die Denkweise des Kapitals, das die menschliche Arbeitskraft nur unter dem Aspekt der Kapitalverwertung sehen kann, zu eigen machte. Ein Beispiel aus dem Abschnitt „betriebswirtschaftliche und betriebssoziologische Aspekte“ der Kündigung (S. 91/92) soll das verdeutlichen:

„Betriebswirtschaftlich hat die Kündigung in Zeiten schlechter Beschäftigungslage den Vorteil, Lohnkosten einsparen zu können. Dem stehen aber die Kosten der Suche nach einer neuen Arbeitskraft und die Kosten der Einschulung und Einarbeitung gegenüber, wenn sich die Beschäftigungslage bessert“, heißt es da. Als betriebssoziologischer Gesichtspunkt wird angeführt: „Der häufige Wechsel von Arbeitnehmern und die ständige Furcht vor Entlassungen lassen eine Betriebsgemeinschaft nur schwer entstehen... Dies kann sich in unsorgfältiger Arbeit und Gleichgültigkeit niederschlagen und damit auch betriebswirtschaftliche Kosten verursachen. Deshalb sprechen oft auch betriebssoziologische Erwägungen dafür, Arbeitsverhältnisse nicht voreilig zu kündigen, sondern sie langfristig zu erhalten.“ Sieht man einmal ab von dieser Betrachtungsweise eines Tatbestandes, der für Millionen Menschen die Ausmaße einer sozialen und menschlichen Katastrophe bewirken kann, so bleibt doch das Verdienst der Autoren, eine immense und nützliche Fleißarbeit auf einem erheblichen Rechtsgebiet geleistet zu haben.

G. Siebert

VERLAGSINTERNES

Wie schon im letzten „Verlagsinternen“ gesagt, die 35-Stunden-Woche bleibt ein, wenn nicht der Schwerpunkt in NACHRICHTEN in diesem Jahr. Mittlerweile ist die Mobilisierung für diese Forderung in vielen Betrieben in die heiße Phase übergegangen. Die IG Metall hat mit einer zentralen Funktionärskonferenz und einer großen Solidaritätsveranstaltung am 21. Januar in der Frankfurter Festhalle auch für die Öffentlichkeit deutlich sichtbar Zeichen gesetzt. Wir berichten darüber.

Zugleich lief im Bezirk Stuttgart der IG Metall erneut eine Kampagne „Unternehmer auf dem Prüfstand“ an. Sie kann ganz wesentlich zur weiteren betrieblichen Mobilisierung beitragen, indem sie für jeden anschaulich Unternehmerargumente konkret in deren eigenem Betrieb demontiert. Da wir Materialien dieser Aktion erst nach Fertigstellung des Dokumentationsteils dieser Ausgabe erhielten, haben wir uns entschlossen, statt anderes zu streichen, die NACHRICHTEN-DOKUMENTATION ausnahmsweise um acht Sonderseiten zu erweitern, um diese mobilisierenden Materialien in weiteren Kreisen zur Anregung bekanntzumachen.

Unsere Abonnenten weisen wir an dieser Stelle darauf hin, daß sie gegen Ende dieses Monats die Rechnungen für ihr Abonnement 1984 erhalten. Sie sehen, daß wir auch in diesem Jahr unseren Abo-Preis halten können, dank immer noch steigender Abonnentenzahlen, mit denen wir allerdings noch nicht zufrieden sind. Um so wichtiger ist für uns – bei steigenden Kosten – zum einen eine pünktliche Begleichung der Abonnementrechnungen, zum anderen die weitere Werbung von Abonnenten. Schön wäre es, wenn sich noch mehr unserer Leser für das aufwandsparende Abbuchungsverfahren entscheiden könnten.

Großes, meist sehr positives publizistisches Echo hat unser Buch „Willi Bleicher. Ein Leben für die Gewerkschaften“ gefunden. Zum Beispiel urteilte die Zeitschrift „arbeitnehmer“ 11/83 der Arbeiterkammer des Saarlandes: „...gehört zu den besten Dokumentationen über den jetzt schon legendären Gewerkschaftsführer“. Und das Angestellten-Magazin 11/83 (Ausgabe köln-metall) schrieb: „Ein Buch, das man nicht nur besitzen, sondern auch gerade an junge Leute verschenken sollte.“ Allerdings gab es auch Kritik: Die FAZ (14. 1. 1984) und die Zeitschrift der IG Bergbau und Energie, einheit (1. 12. 1983), meinten, wir hätten uns – „im Interesse politisch einseitiger Geschichtsschreibung“ – Willi Bleicher so zurechtgelegt, wie wir ihn bräuchten. Ob dies stimmt, mag der Leser selbst beurteilen. Nützlich dazu kann auch die Rede Bleichers sein, die er am Antikriegstag 1979 hielt und die wir jetzt erhalten haben. Wir drucken sie im Einhefter im vollen Wortlaut ab. jaco

Bestellschein

2/84

Hiermit bestelle ich
☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

☐ Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

(Falls erworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

Januar bis Ende Juni

Wahl der Vertreter in Mitgliederversammlungen der IG Metall zu den Vertreterversammlungen

23. bis 25. Februar

Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund

26. bis 29. Februar

15. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Dortmund

1. März bis 31. Mai

Betriebsratswahlen

8. bis 10. März

Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Hannover

25. und 26. März

Außerordentliche Delegiertenversammlung und 1. Journalistentag der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier in Frankfurt

31. März bis 1. April

Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Willingen (Sauerland)

31. März bis 1. April

Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in Saarbrücken

28. bis 29. April

Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Leverkusen

1. Mai bis 30. Juni

Jugendvertreterwahlen

14. bis 19. Mai

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg

18. bis 22. Mai

Ordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), voraussichtlich in Essen

31. Mai bis 3. Juni

Bundesjugendtreffen der IG Bau – Steine – Erden in Walsrode (Lüneburger Heide)

17. bis 23. Juni

10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München

2. bis 8. September

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Westberlin

4. bis 9. November

11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Mannheim

26. bis 30. November

13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund.

D 3476 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 180372,
6000 Frankfurt/M.

0693655 11 84.702 5529 24
FREIE UNIVERSITÄT B.
VERM. ETUO-SOHP-INSTITU
INNESTR. 22

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Überall dabei

In „diesem unserem Lande“ sind die Geheimdienste überall dabei: Sie betätigen sich als Lauscher am Telefon, registrieren ahnungslose Autofahrer, legen Karteien über Gewerkschafter an und beschaffen sogar, falls von ihren Herren gewünscht, „Beweise“ aus dem Strichjungenmilieu.

Hier soll den vielen Artikeln über den wahrscheinlich aus dem Grunde geschaffenen General Kießling, der dem NATO-Befehlshaber Rogers nicht paßte, kein neuer hinzugefügt werden. Das machen schon die Massenmedien. Und dafür sorgt auch Minister Wörner, der das „erstaunte Volk mit Märchenstunden aus dem Strichjungenmilieu in Atem hält“, so die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“.

Worauf aber eingegangen werden muß, sind einige Fakten, die im Zusammenhang mit dem Wörner-Skandal aus der Kölner MAD-Zentrale ans Tageslicht gekommen sind. Da wurde bekannt, daß es Akten über 500000 Bundesbürger und auch Dossiers über Gewerkschaftsfunktionäre gibt wie z.B. über den ehemaligen Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), Bernd Engelmann, und den langjährigen 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Reutlingen, Helmut Buck, die bestimmt nicht angelegt wurden, weil der MAD den Gewerkschaften bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche helfen will.

Aber der MAD steht nicht allein für Bespitzelung. So wurde wenige Tage, bevor dieser Skandal hochkochte, bekannt, daß das rheinland-pfälzische Landeskriminalamt an den Aktionstagen der Friedensbewegung vom 20. bis 28. November und vom 9. bis 12. Dezember ahnungslose Autofahrer systematisch erfaßt hat. 75000 sollen es gewesen sein, die dabei der „Aktion Gitternetz“ buchstäblich ins Netz gegangen sind. Allein im Bezirk Koblenz hat es 23 geheime Kontrollpunkte gegeben. Übrigens soll diese Bespitzelungsaktion nicht nur auf Rheinland-Pfalz beschränkt gewesen sein.

Und noch ein weiterer Skandal wurde zur gleichen Stunde bekannt: Danach hat sich die Zahl der richterlich genehmigten Telefonabhöraktionen von 1979 bis 1982 verdoppelt, ganz zu schweigen von den illegalen Lauschern des MAD und des Verfassungsschutzes. Da zweifle noch jemand daran, daß wir uns wahrhaftig im Orwell'schen Jahr befinden. G. M.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047—8598

Herausgeber: Arthur Böppe, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 180372, Glauburgstraße 66,
6000 Frankfurt/Main, Telefon (0611)
59 97 91, Konto-Nr. 1 615 6129 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/
M., Postscheckkonto: Frankfurt/Main
3050 40—606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,— DM; Jahresabonnement 40,— DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 30. Januar 1984.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main